

Ercheint täglich außer Montags, Abonnements - Preis pränum.: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags - Nummer mit illustrierter Sonntags - Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post - Abonnement: 3,50 M. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post - Zeitung - Preisliste für 1896 unter Nr. 2277.

# Vorwärts

Inserions - Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Versammlungs - Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm - Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Dienstag, den 25. August 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

### Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.

Auf unsere Aufforderung hat ein in unserer politischen und Gewerkschaftsbewegung alt bewährter Genosse in den folgenden Ausführungen zu der unter dem gleichen Titel erschienenen Schrift unseres Genossen Parvus Stellung genommen:

Die Streiks dieses Frühjahr haben auf vielen Seiten über rascht. Sie entstanden spontan, regellos, aber an zahlreichen Orten und in den verschiedensten Gewerkschaftszweigen und — sie hatten Erfolg.

Die Frage drängt sich leicht auf: Wäre der Erfolg nicht noch größer, wenn man mehr für die Entwicklung der Gewerkschaften gesorgt hätte?

Diese Frage stellt der Genosse Parvus an die Spitze des Vorwortes, welches er einer Broschüre vorausschickt, welche von ihm herrührend erst in einer Artikelserie in unserem Dresdener Arbeiterorgan erschien und nun vom Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ herausgegeben ist. Der Verfasser fügt den vorstehenden Sätzen noch folgende Fragen an: Was ist von der Zukunft zu erwarten? Wird der industrielle Aufschwung anhalten? Wie kam er denn so plötzlich zu stande? Was haben wir zu thun, um die günstige wirtschaftliche Lage der Arbeiterbewegung zu gute kommen zu lassen?

Die Beantwortung dieser Fragen versucht nun unser Genosse in den 5/2 Bogen, welche die Broschüre stark ist, und wir wollen gleich hier aussprechen, daß wir die Broschüre mit zu den interessantesten Erscheinungen zählen, welche in neuester Zeit auf dem Gebiet unserer Arbeiterliteratur zu tage gefördert wurden. Besonders gilt dieses für den ersten Teil der Arbeit, welcher sich mit der Entwicklung des Weltmarktes in neuester Zeit, den dort sich vollziehenden Umwälzungen und deren Ursachen beschäftigt. Genosse Parvus geht von der Ansicht aus, daß der industrielle Aufschwung, der in den erfolgreichen Streiks dieses Frühjahr schon zum Ausdruck kam, keine plötzliche Erscheinung sei, sondern „daß nach anderthalb Dezennien wirtschaftlicher Depression nunmehr wieder eine Periode der aufsteigenden Entwicklung der kapitalistischen Produktion anbricht. Es wird eine Sturm- und Drangperiode sein, gekennzeichnet durch die Erschließung solcher gewaltiger Absatzgebiete, eine solche Steigerung der Produktivkräfte und einen solchen scharfen Kampf der Interessen, wie sie das Kapital bis jetzt noch nicht erlebt hat.“ Diese Periode muß nach der Ansicht unseres Genossen schließlich mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion wenigstens in Westeuropa enden.

Als Ursachen für diesen industriellen Aufschwung, für welchen zum Beweise Parvus neben den öffentlichen Erscheinungen auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, besonders auf die Berichte der Handelskammern der letzten Jahre und auf die kolossale Steigerung der Ausfuhrziffern hinweist, nennt der Verfasser folgende Hauptmomente, die gleichsam die Ecksteine bilden der sich augenblicklich auf dem Weltmarkt vollziehenden Umwälzung: die russische Hungersnot, der japanisch-chinesische Krieg, die amerikanische Krise und die rasche Steigerung der Goldausbeute.

\*) Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Kritischer Bericht über die Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung von Parvus. Dresden 1896. 88 S. in guter Ausstattung. Preis 40 Pf.

Die russische Hungersnot bedeutet nach dem Verfasser den Zusammenbruch des bäuerlichen Rußlands an dessen Stelle nun ein neues industrielles Rußland getreten sei, dem in den ruinirten Bauern, welche die Städte überfluthen und sich für jeden Preis zur Arbeit anbieten, ein eben so notwendiges wie willkommenes Arbeitermaterial sich darbietet. Eine fieberhafte industrielle Thätigkeit habe in Rußland in den letzten Jahren Platz gegriffen, deren Absatzgebiet hauptsächlich das benachbarte Asien sei.

Durch den Bau der transsibirischen Eisenbahn hat Rußland den ersten kontinentalen Handelsweg in moderner Art nach dem Innern Asiens geschaffen. Es hat das reiche Zentral-Asien, das wegen der schlechten Verkehrswege der europäischen Industrie äußerst schwer zugänglich war, erschlossen und zwar einzig und allein für sich.

Ein Unternehmen gleicher Art ist der Bau der transsibirischen Eisenbahn, welchem die Eisenbahnverbindung mit China und Japan folgen wird.

Parvus sieht als Folge aller dieser bereits ausgeführten oder in Vorbereitung befindlichen Unternehmungen wirtschaftliche Umwälzungen von unabsehbarer Tragweite folgen. Durch die Erschließung der fruchtbaren Gebiete Sibiriens wird das europäische Zentral-Rußland von seiner bäuerlichen Ueberbevölkerung entlastet. Gleichzeitig wird dadurch ein reiches Absatzgebiet geschaffen für die russische Industrie. . . . Sibirien wird schnell bevölkert werden, Städte werden aus dem Boden gestampft werden und eine selbständige sibirische Industrie wird entstehen.

Wie in Rußland, so glaubt Parvus, daß wir auch in China und Japan erst vor den ersten Anfängen einer industriellen Gründerperiode stehen. Japan macht kolossale wirtschaftliche Anstrengungen, China wird vollkommen vom Kapital in Besitz genommen. Nicht nur die unausgesetzte politische Bedrohung seitens Japan zwingt China, mit dem alten Schlandrian zu brechen, sondern vielmehr sein neuer Freund, Rußland, das vom Osten und vom Norden, mittels der transsibirischen und der transsibirischen Eisenbahn ihm politisch und industriell hart auf den Leib rückt.

Japan, China, Zentralasien, Sibirien — es handelt sich darum, das asiatische Festland, das bis jetzt nur an seinen Spigen von der kapitalistischen Industrie ergriffen wurde, in seinem ganzen Umfang dem Kapital tributär zu machen. Es ist ein Gebiet, das dreimal so groß ist wie Europa bis an den Ural und jetzt schon eine anderthalb Mal so große Bevölkerung aufweist. Und wir sind erst am Anfange des Aufstiegs dieser Entwicklung.

Die Krise in den Vereinigten Staaten von Amerika betrachtet Parvus als indirektes Ergebnis der europäischen Getreidekrise.

Die Krise bewirkte eine Entlastung des Marktes, eine Reduktion der Profitrate, der Arbeitslöhne und die Schaffung einer industriellen Reserve - Armee. So ausgerüstet erscheinen erst die Vereinigten Staaten als kapitalistisch konkurrenzfähiges industrielles Land, dessen nächste Aufgabe es ist, sich einen auswärtigen Markt zu schaffen.

Diesen Markt wird sich die amerikanische Industrie vor allem neben Zentral- und Südamerika in Ostasien suchen, wo es schon lange Handelsverbindungen unterhält. Der Panamakanal gewinnt in dieser Beziehung für die Vereinigten Staaten die gleiche Bedeutung, welche die genannten großen Eisenbahnlinien für Rußland haben.

Die Bedeutung der Steigerung der Goldausbeute, welche für 1895 auf 800 bis 820 Millionen Mark geschätzt wird — eine Summe, die um volle 50 pCt. den Jahresdurchschnitt von 1856/60, als die Zufuhren aus Kalifornien und Australien ihr Maximum erreicht haben, übersteigt und fast das Doppelte des Jahresdurchschnitts von 1873/83 beträgt,“ sagt Parvus in folgenden Sätzen zusammen:

„Das viele Gold, das sofort in Geld ausgetauscht und ausgeprägt wird, tritt in der Gestalt von Dividenden, Arbeitslöhnen, Ausgaben für Maschinen u. s. w. in den Verkehr und verneht entsprechend die Waarennachfrage. Die großen Gewinne, die hohen Arbeitslöhne, die, für die Nachzügler allerdings sehr geringe Aussicht auf schnelle Bereicherung, locken große Menschenmassen zusammen, Städte bilden sich und es entwickelt sich eine mannigfache Produktions- und Handelsthätigkeit. Das Resultat ist fürs erste eine Vermehrung des industriellen Absatzes.“

Das Goldfieber wird sein rasches Ende haben, aber aller Voraussicht nach hält es noch einige Jahre an.“

Dies das Ergebnis der Ueberfluthung über die hervorragenden Erscheinungen auf dem Gebiete des Weltmarktes. Parvus kommt zu dem Schluß: „daß wir in dem industriellen Aufschwung des Jahres 1895 nur die ersten Ansätze einer neuen kolossalen Entlastung der kapitalistischen Weltproduktion zu erblicken haben.“

Freilich darf das nicht so aufgefaßt werden, daß nunmehr keine Rückschläge erfolgen werden und lauter Prosperität herrschen werde. Nur das Tempo der Entwicklung wird sich ändern.

Parvus wirft nun die Frage auf, welche Aufgaben die Arbeiterklasse zu erfüllen hat in einer Zeit, wo eine neue Ära der gewaltigsten Weltmarktentwicklung beginnt, die je das Kapital erlebte. Der Verfasser beantwortet diese Frage dahin, daß der Arbeiterklasse dieses Mal, wie stets, die wechselwirkende Aufgabe zufällt, die Verhältnisse auszunutzen, um dem Kapital unmittelbare Vortheile abzurufen und sich durch Organisation für jenen geschichtlichen Moment vorzubereiten, der ihr die politische Gewalt ausliefert.

Diese Organisation sieht nun Genosse Parvus wesentlich mit in den Gewerkschaften. Der Verfasser bedauert, daß für die Gewerkschaften in Deutschland in den letzten Jahren nicht mehr geschehen ist; wer dieses mehr hätte thun sollen, und in welcher Weise sich dasselbe hätte erreichen lassen, sagt uns Genosse Parvus freilich auch nicht. So lange aber solche bestimmte Hinweise fehlen, läßt sich mit solchen vagen Angaben nichts anfangen. Wenn Parvus auf Seite 80 meint, daß es nach dem Falle des Sozialistengesetzes organisatorische Pflicht war, die Gewerkschaften zu organisiren, so reut er damit nur offene Thüren ein. Diese Pflicht wurde damals als so selbstverständlich betrachtet, daß sie einen Punkt der Tagesordnung des Hallenser Kongresses bildete. Partei und Gewerkschaften waren sich darin einig, daß alles gethan werden müsse, um die Gewerkschaftsbewegung zu fördern und wenn diese guten Vorsätze nicht einen den gegebenen Wünschen entsprechenden Erfolg hatten, so lag das nicht an den Personen sondern an den Umständen. Das Gedeihen und Ausblühen der gewerkschaftlichen Bewegung hat zur nothwendigen Voraussetzung einen wirtschaftlichen Aufschwung. In Zeiten der wirtschaftlichen Depression aber, wie sie 1890 und die folgenden Jahre herrschte, wird man froh sein müssen, wenn die gewerkschaftliche Bewegung keinen Rückschlag erleidet, ein nennenswerther Aufschwung wird sich immer aber nur im Anschluß an eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erzielen lassen.

### Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Der Schildknappe näherte sich dem Zuge, der jetzt die Mitte des Engpasses erreicht hatte. Und es war eine stattliche Gesellschaft. Wenn die vollständige Bewaffnung der Soldaten einen kriegerischen Zweck andeuten schien, so widersprach ihm dagegen das zahlreiche Gefolge unbewaffneter Schildknappen und prächtig gekleideter Pagen, während zwei Herolde, die vor den Fahnenträgern ritten, friedliche Absichten verkündeten. Man brauchte nur einen Blick auf den Zug zu werfen, um den Anführer zu erkennen. In einem Harnisch von glänzendem Stahl, reich mit goldenen Arabesken geziert, über dem ein grün-sammetner, mit Perlen gestickter Mantel hing, während über den dunkeln Boden eine schwarze Straußenfeder auf einem hohen makedonischen Helm walle, ritt an der Spitze der Gesellschaft ein junger Ritter, der sich von den übrigen theils durch sein anmuthiges Wesen, theils durch seinen Anzug auszeichnete.

Der Schildknappe nahte sich ihm ehrerbietig, und nachdem er vom Pferde gestiegen, richtete er seinen Auftrag aus.

Der junge Ritter lächelte, indem er antwortete: „Verkünde dem Herrn Walter von Montreal den Gruß des Adria Colonna, Baron di Castello, und sage, der feierliche Zweck meiner Reise werde mir es kaum gestatten, der suchtbaren Lanze eines so berühmten Ritters zu begegnen, und ich bedauere dieses umso mehr, da ich keiner Dame die Palme der Schönheit der meinigen abtreten möchte. Ich muß der Hoffnung leben, daß eine günstigere Gelegenheit sich darbietet. Uebrigens will ich gern einige Stunden verweilen, um der Gast eines so höflichen Wirthes zu sein.“

Der Schildknappe verbeugte sich tief. — „Mein Herr,“

sagte er zögernd, „wird es sehr bedauern, mit einem so edlen Gegner sich nicht versuchen zu können. Aber meine Botschaft bezieht sich auf diesen ganzen ritterlichen Zug, und wenn der Herr Adria di Castello durch den Zweck seiner jetzigen Reise sich verhindert fühlt, an dem Kampfspele theilzunehmen, so wird gewiß einer seiner edlen Gefährten darauf eingugehen nicht abgeneigt sein.“

Schnell sagte ein junger Patrizier, Riccardo Annibaldi, der später dem Tribunen und Rom wichtige Dienste leistete und dessen Tapferkeit ihm ein frühes Ende bereitete: „Mit des Ritters Adria Erlaubniß will ich an seiner Stelle den Vorschlag annehmen.“

„Still Annibaldi!“ unterbrach ihn Adria. „Und Ihr, Herr Schildknappe, wißt, daß Adria di Castello keinen Stellvertreter annimmt. Sagt dem Johanniteritter, daß wir seine Gastfreundschaft dankbar anerkennen, und wenn, nachdem wir uns einige Zeit über wichtigere Angelegenheiten unterhalten, er jenen Wunsch noch hegt, so will ich vergessen, daß ich der Gesandte nach Neapel, und nicht nur erinnern, daß ich ein Ritter des Reiches bin. Ihr habt Eure Antwort.“

Der Schildknappe empfahl sich ehrerbietig, bestieg wieder sein Pferd und lehrte im Galopp zu seinem Herrn zurück.

„Vergieb mir, theurer Annibaldi,“ sagte Adria, „daß ich Deiner Tapferkeit in den Weg trat, und glaube mir, daß ich mich nie mehr danach sehnte, gegen irgend einen Mann eine Lanze zu brechen, als gegen diesen prahlenden Franzosen. Aber berücksichtige auch, daß, obgleich für uns, die wir unter den strengen Gesetzen der Ritterschaft aufgewachsen sind, Walter von Montreal, der berühmte Ritter aus der Provence ist, er dem Tribunen Roms, dessen wichtige Sendung wir jetzt erfüllen, nur als Hauptmann einer Freikompanie gilt. In seinen Augen würden wir durch einen so leichtsinnigen und zwecklosen Kampf mit einem anerkannten Räuber unsere Würde nur verlegen.“

„Bei alledem,“ sagte Annibaldi, „darf er nicht damit prahlen, daß ein römischer Ritter der Lanze eines Provenzalen ausgewichen sei.“

„Höre auf, ich bitte Dich,“ sagte Adria ungeduldig. Der junge Colonna bereute wirklich schon seine bescheidene und würdige Zurückweisung des Vorschlages Monreal's, und indem er sich mit einiger Erbitterung erinnerte, wie verlegend der Provenzale von der Ritterschaft Roms gesprochen, und zugleich einen gewissen Ton der Ueberlegenheit sich in das Gedächtniß zurückrief, den Monreal in allen auf das Kriegswesen bezug habenden Streitfragen sich gegen ihn angemaßt, fühlte er seine Wangen glühen und seine Lippen zittern. Sehr erfahren in allen kriegerischen Vollkommenheiten seiner Zeit, hegte er den natürlichen und zu entschuldigenden Wunsch, zu beweisen, daß er wenigstens kein unwürdiger Gegner für die beste Lanze in Italien sei, und außerdem ließ die Galanterie des Feitalters es ihn als eine Art von Verrätherei gegen seine Geliebte fühlen, wenn er irgend ein Mittel vernachlässigte, um ihren Vorzug vor der Welt zu behaupten.

Adria bemerkte daher mit einiger Aufregung, daß, als sie das Feld Monreal's erblickten, der Schildknappe zu ihnen zurückkehrte. Und der Leser wird urtheilen, wie sehr diese Aufregung vermehrt werden mußte, als der Schildknappe, nachdem er wieder abgestiegen war, ihn wie folgt, anredete:

„Mein Herr, der Johanniteritter, hat, nachdem er die höfliche Antwort des Herrn Adria di Castello vernommen, mich beauftragt, zu sagen, daß insofern die Unterhaltung über wichtigere Gegenstände, deren der Ritter Adria erwähnte, dem beabsichtigten Lanzenrennen Eintrag thun sollte, er sich vorzuschlagen erlaubt, das Kampfspiel der Unterhaltung vorhergehen zu lassen. Der Hase vor dem Feld ist so sanft und weich, daß selbst ein Fall weber für einen Ritter, noch für ein Pferd von Gefahr sein könnte.“ (Fortsetzung folgt.)



Wird sich erfüllen, was Parvus glaubt und was er in seiner Arbeit auf beschränktem Raum in geistvoller Weise zu beweisen versucht, daß wir am Beginn einer Periode der aufsteigenden Entwicklung der kapitalistischen Produktion stehen, so haben wir nicht die geringste Sorge, daß wir in kürzester Zeit die Reihen der Gewerkschaften bis zum letzten Gliede gefüllt sehen. Unsere deutschen Arbeiter werden dann zeigen, daß sie auch auf diesem Gebiete Musterarbeiten zu leisten wissen. Ohne die durch Jahrzehnte andauernde ausschließliche Beherrschung des Weltmarktes durch die englische Industrie und die dadurch bedingte wirtschaftliche Prosperität hätten die englischen Gewerkschaften nie die Bedeutung erlangt, welche sie tatsächlich haben. Daß die Leiter und Führer jener Bewegung in grausamster Weise verfolgt wurden, wofür Parvus reichliche Beweise anführt, konnte nicht hindern, daß die Bewegung sich doch Bahn schaffte. Der Unterschied zwischen der englischen und deutschen Gewerkschaftsbewegung ist nur der, daß wir um gut zwei Menschenalter später auf dem Weltmarkt erschienen wie die englische Industrie, und daß bei uns erst heute die Drangsalierungen der Arbeiter und ihrer Führer stattfinden, welche man in England vor 60 Jahren und später belebte. Die englischen Arbeiter haben jene Drangsalierungen in den Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs ertragen und aberwunden, die deutschen Arbeiter erlitten und erleiden diese Drangsale neben dem Druck einer wirtschaftlichen Depression. Wenn trotzdem die deutsche Gewerkschaftsbewegung wie die Arbeiterbewegung überhaupt sich immer mehr entwickelt und Position um Position gewinnt, so zeigt das nur für die Tüchtigkeit und den kernaegerten Naturen des deutschen Proletariats. Nur kleinmüthige Naturen können angesichts dieser Thatfachen über den Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung Trübsal blasen; wir beeilen uns aber zu konstatieren, daß Parvus zu diesen kleinmüthigen Naturen nicht gehört. Im Gegentheil, er proklamirt nicht nur die Pflicht, die Gewerkschaften zu fördern, sondern er ist der Ansicht: Die Gewerkschaften entwickeln sich, sie haben in der letzten Zeit größere Erfolge aufzuweisen, als die politische Partei, und die Gewerkschaften werden sich entwickeln. Den Gewerkschaften gehört in Deutschland die nächste Zukunft.

Wir können, immer vorausgesetzt, daß wir wirklich eine längere Periode wirtschaftlicher Prosperität vor uns haben, diese Sätze nur unterschreiben. Freilich sind wir der Meinung, daß sich der Aufschwung der Gewerkschaften von dem der Partei nicht trennen läßt und daß die errungenen Erfolge beiden Richtungen zu verdanken sind und auch zu gute kommen. Man übersehe doch nicht, daß die Führung der Gewerkschaften mit verschwindenden Ausnahmen fast nur in den Händen von Parteigenossen liegt. Schon daraus ergibt sich, wie sehr auch Parvus daneben haut, wenn er im Anschluß an obige Sätze schreibt: „Ob man in den leitenden Kreisen der politischen Partei mehr oder weniger wohlwollend der Gewerkschaftsbewegung gegenübersteht, das hat nicht viel zu bedeuten.“

Es kann in der Partei Genossen geben, welche über die Bedeutung der Gewerkschaften im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse nicht die Auffassung theilen, wie sie Parvus hat, das aber hat mit mehr oder weniger Wohlwollen gar nichts zu thun. Von allen Delegirten auf dem Kölner Parteitag hat sich Genosse Bebel am skeptischsten über die Zukunft der Gewerkschaften geäußert und doch hat derselbe praktisch zur Förderung derselben mehr geleistet als alle jene Projekten-Schmiede zusammen, die kaum ein halbes Jahr vergehen lassen, ohne mit einem neuen Rezept zur „Hebung der Gewerkschaften“ auf dem Markte zu erscheinen. Parvus glaubt also an einen dauernden wirtschaftlichen Aufschwung und nichts ist folgerichtiger, als daß er die Arbeiter auffordert, daß sie sich vorbereiten, auch ihren Antheil an diesem Aufschwunge einheimen zu können. Zu diesem Behufe verlangt er, daß vor allem die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit (Achtstundentag) in den Vordergrund gestellt werde und schlägt er vor, folgende vier Punkte auf die Tagesordnung des nächsten Gothaer Parteitags zu stellen: Achtstundentag; Koalitionsfreiheit; Kampf gegen die handindustrielle Ausbeutung; die Parteipresse und die sozialistische Propaganda.

Was speziell den letzten Punkt betrifft, so wollen wir nicht verschweigen, daß Genosse Parvus besonders am „Vorwärts“ vieles ausgesetzt hat. Auch an der parlamentarischen Thätigkeit unserer Abgeordneten findet Parvus manches zu tadeln, besonders vermisst er in der Thätigkeit der letzten Jahre ein prinzipielles rein proletarisches Streben. Er bringt als solches die Forderung des Achtstundentags in Vorschlag. Was diese kritischen Betrachtungen über die bisherige Parteithätigkeit auf den verschiedenen Gebieten betrifft, so halten wir diesen Theil der Broschüre für den weniger werthvollsten. Manche Beschwerden von Parvus ist ja gewiß berechtigt, aber welche menschliche Thätigkeit ist ohne Schattenseite! Der hohe Werth der Parvus'schen Arbeit liegt aber in den dort niedergelegten Betrachtungen über die Vorgänge auf dem Weltmarkt und die Schlüsse, die der Verfasser daraus zieht. Der Verfasser lenkt den Blick auf ganz neue Vorgänge und damit hat er sich ein großes Verdienst erworben. Wir können den Genossen deshalb die Anschaffung der Broschüre nur auf das dringendste empfehlen.

## Der französische Sozialistenkongress in Lille.

Paris, 21. August 1896.

Dem Londoner internationalen Kongress ging unser Parteitag in Lille voraus; Ort und Zeit waren so gewählt, um den Delegirten die Teilnahme an beiden Kongressen möglichst zu erleichtern; denn Lille ist nur zwei Stunden von dem Hafen von Calais entfernt, wo man sich nach England einschiffen mußte.

Der Viller Kongress zählte 168 Delegirte, die 457 Gruppen oder Gruppenvereinigungen aus 245 Städten oder Dörfern vertraten. 38 sozialistische Gemeinderäte waren durch ihre Bürgermeister oder deren Adjunkte vertreten; 23 Gemeinderäte, in denen die Minderheit sozialistisch ist, hatten sich durch Mitglieder des Gemeinderathes vertreten lassen. Die Bürgermeister von Marcellle und Narbonne, die noch im letzten Augenblick am Erscheinen verhindert wurden, sandten Zustimmungstelegramme zu den Beschlüssen, die man fassen würde. Dieser Kongress ist wegen der Zahl der Theilnehmer und der politischen Stellung einer großen Anzahl unter ihnen von den 14 Kongressen, welche die Arbeiterpartei bisher in Frankreich abgehalten hat, der wichtigste.

Die Arbeiterpartei hat seit dem letzten Kongress von Romilly 1895 dank den Gemeinderaths-Wahlen im Mai dieses Jahres eine hervorragend politische Bedeutung gewonnen. Guesde's Bericht des Nationalraths zeigte in der That, daß die Partei bei den Gemeinderaths-Wahlen von 1896 365 000 Stimmen auf sich vereinigt hatte, während 1892 nur 152 000 Stimmen auf sie fielen; 1897 Gemeinderäte waren gewählt worden: in 123 Ortsgemeinden waren sie in der Majorität, und in mehr als 200 Gemeinden in der Minderheit. In so wichtigen Industriestädten wie Lille, Roubaix, Montlucon, Narbonne, Roanne u. a. besaß sie die Mehrheit, wenn nicht alle Stimmen, und in anderen großen Städten wie Bordeaux, Nantes, Lyon, Rochefort, Marseille u. s. w. hatte sie eine Minderheit durchgebracht. Der Fortschritt auf dem Lande war dank dem auf dem Marceller Kongress 1892 angenommenen Agrarprogramm ebenso groß. Herr Dr. Delou, der in Lille und London Martignargue, eine kleine Gemeinde von 99 Einwohnern im Departement le Gard vertrat, sagte in seinem Bericht: „Unsere Kleingrundbesitzer sind sehr dankbar

dafür, daß die Arbeiterpartei sich die Interessen der Bauern angelegen sein läßt. Viele begreifen, daß der Kleinbetrieb bedroht ist, und daß er allmählig in dem Maße zu Grunde gehen wird, als die ländlichen Produktionsmittel theurer werden und ein leistungsfähiges Kapital verlangen. Ebenso sehen sie ein, daß diese Entwicklung der Verhältnisse zu der Vernichtung des Kleingrundbesitzes führen wird; aber nichts desto weniger wird diese Art des Bodenbesitzes noch lange Zeit Widerstand leisten. . . In zahlreichen Gemeinden sind gerade unsere eifrigsten Genossen begüterte Grundbesitzer, die nicht die Noth zu uns geföhrt hat, sondern die Erkenntniß der Nothwendigkeit einer wirtschaftlichen Umgestaltung.“

Nachdem der Viller Kongress die Berichte der verschiedenen Delegirten über die Ereignisse seit dem letzten Kongress in ihren Gegenden angehört hatte, nahm er einstimmig folgenden Antrag an:

„In anbetraht der Aufopferung und Thätigkeit, mit der die Genossen Guesde und Lafargue immerfort die kollektivistischen Ideen und die Arbeiterinteressen verteidigt haben, schlagen die Mitglieder der Gruppe Egalité sociaux in Paris (Sardie) den Vertretern der sozialistischen Gruppen und Arbeiterorganisationen, die in Lille zum vierzehnten Parteikongress versammelt sind, vor, öffentlich ihren Dank den tapferen Bekämpfern der Arbeiterpartei auszusprechen, die im Verein mit den ältesten Genossen ganz Frankreich stolz auf ihr vollbrachtes Werk sein können, dessen Größe die letzten Gemeinderaths-Wahlen gezeigt haben.“

Die erste Frage, mit welcher der Kongress sich beschäftigte, war die des Verhaltens bei den Wahlen. Dies erfordert einige Erläuterungen, da der Wahlgang dem unsrigen nicht gleicht. Wir haben zwei Wahlgänge; um im ersten gewählt zu werden, muß der Kandidat die absolute Mehrheit erhalten, das heißt mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen; beim zweiten Wahlgange hingegen genügt die relative Mehrheit, d. h. derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen von allen Bewerbern erhält, gilt als gewählt. Seit dem Kaiserreich haben die Republikaner die Regel aufgestellt, daß derjenige republikanische Kandidat, der im ersten Wahlgange zwar nicht die absolute Mehrheit, aber doch die größte Stimmengahl auf sich vereinigt, allein Kandidat beim zweiten Wahlgange sein soll, und daß die anderen republikanischen Kandidaten zurücktreten sollen, damit die republikanischen Stimmen sich nicht zerstückeln.

Diese Taktik, der sich alle Republikaner angeschlossen, hat ihnen zum Sieg über die Reaktionen, Monarchisten wie Klerikalen verholfen. Der Augenblick war gekommen, diese Taktik auf die verschiedenen Fraktionen der französischen Sozialdemokratie anzuwenden, um so mehr, als häufig die Radikalen sich Sozialisten nannten, um die Arbeiterstimmen zu fangen, und weil öfters die Kandidaten der verschiedenen sozialistischen Fraktionen aus persönlicher Feindschaft oder anderen unbekanntem Beweggründen ihre Kandidatur beim zweiten Wahlgang aufrecht erhielten und so die Wahl des opportunistischen oder klerikalen Kandidaten unterstützten.

Nachdem der Kongress erklärt hatte, daß die weniger begünstigten Kandidaten, um nicht den Reaktionen in die Hand zu arbeiten, ihre Kandidaturen zu gunsten desjenigen zurückziehen sollten, der beim ersten Wahlgange die meisten Stimmen erhalten habe, beschäftigte er sich mit derjenigen, die aus dieser Taktik Nutzen ziehen sollten und faßte folgenden Beschluß:

„Als Sozialisten, die aus dieser Taktik beim zweiten Wahlgange Nutzen ziehen können, betrachtet die französische Arbeiterpartei nur die Kandidaten, welche mit der sozialistischen Kammergruppe die Abschaffung der kapitalistischen Herrschaft nur mittels der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, der Umwandlung des kapitalistischen Eigenthums in gesellschaftliches und der internationalen Verständigung der Arbeiter erstreben.“

Unwillkürlich der Parole der Radikalen folgend, forderten die Sozialisten bei jeder Gelegenheit die Abschaffung des Senats, erklärten aber, die beste Art ihn zu beseitigen sei, keinen Versuch zu machen, in ihn hineinzukommen; während die Radikalen, obwohl sie seine Abschaffung fordern, jede Gelegenheit ergreifen, sich zu Senatoren wählen zu lassen. Bisher hatten die Sozialisten eine schöne Entschuldigung für dieses thörichte Verhalten: sie hatten gar keine Aussicht, gewählt zu werden, denn die Senatswahlen finden auf Grund eines beschränkten Wahlrechts statt: nur die Municipal- und Generalräthe und die Abgeordneten dürfen die Senatoren ihrer betreffenden Departements wählen. Jetzt, wo der Arbeiterpartei eine große Anzahl dieser Senatswähler angehört, haben sozialistische Kandidaten Aussicht zu Senatoren gewählt zu werden. In zwei Wahlkreisen, in den Departements „la Seine“ und „l'Alsace“ hatten die Genossen Longuet und Tiphon bei den Senatswahlen kandidirt. Sie wurden jedoch geschlagen. Da aber seit ihrer Niederlage die Zahl der sozialistischen Senatswähler beträchtlich gewachsen ist, und im Januar 1897 ein Drittel des Senats neugewählt werden muß, so beschloß der Kongress:

„Der Arbeiterpartei, die vor allem eine Partei des Handels und der Propaganda ist, ist hier Gelegenheit gegeben, ihre bis zum heutigen Tage aus eigenem Antrieb befolgte Taktik auch auf die Senatswahlen auszubehnen und sich an denselben wie an allen sonstigen Wahlen, unter offener Bekennung ihrer Ziele und Entfaltung ihres Wagners zu betheiligen.“

Die republikanische Bourgeoisregierung, die dem Wahlspruch Ludwigs XI: *diviser pour régner* (theilen um zu herrschen) zum Prinzip erhoben, hat sich stets jeglicher Verständigung der Gemeinderäte untereinander entgegengestellt, um sie in ihrer Abgeschlossenheit zu halten und ihnen ihren (d. h. der Regierung) Willen aufzwingen zu können, ohne daß Opposition möglich wäre. Während des Kampfes zwischen der Pariser Kommune und der Regierung von Versailles versuchten die republikanischen Gemeinderäte, einen Kongress abzuhalten, der sich mit den Mitteln und Wegen zur Beendigung des Bürgerkrieges befassen sollte; doch Thiers widersetzte sich lebhaft jeder Vereinigung der Gemeinderäte. Seitdem nun die Sozialisten anfangen, sich der Gemeindevertretungen zu bemächtigen, ist die Angst und der Widerstand der Regierung noch gestiegen. Die Gemeinderäte werden in jeder Weise bevormundet; ihr Ausgaben- und Einnahme-Budget bedarf der Zustimmung des allmächtigen Departementspräsidenten. Er untersagt natürlich alle Ausgaben, die sozialistischen Charakter haben, und nicht zufrieden damit, macht er den Gemeinderäthen noch tausend Schwierigkeiten. Inzwischen haben die sozialistischen Gemeindevertretungen, geführt auf die öffentliche Meinung, trotz der Feindseligkeit der Präfecten triumphiren können. — Die Arbeiterpartei war darauf bedacht, aus diesen Gegensätzen Nutzen zu ziehen, indem sie ihnen anstelle des rein lokalen Charakters einen nationalen gab. Zu dem Zweck hat der Kongress beschlossen, daß die gleichen Reformen von allen Gemeinderäthen der Partei beantragt werden sollen, um die Regierung zu zwingen, allgemeine Maßregeln zu ergreifen, die dann sicherlich die öffentliche Meinung des ganzen Landes gegen sich haben würden. Man möchte also durch Vermittlung des Nationalrathes ein Einvernehmen zwischen den Gemeinderäthen herstellen können, sollten sie alle zum Parteikongress kommen, der somit auch ihr Kongress wäre. Es giebt kein Gesetz, das man nicht umgehen könnte.

Deshalb nahm der 14. Parteikongress folgende Resolution an: „Eine Verbindung aller Gemeinderäte der französischen Arbeiterpartei wird ins Leben gerufen.“

Diese Verbindung, dazu bestimmt, das Vorgehen der Gemeindevertretungen in ganz Frankreich zu einem einheitlichen zu machen und es nachdrücklicher zu gestalten, wird aus dem Nationalrath hervorgehen.

Die Abgeordneten der Verbindung werden sich alljährlich zur Berathung mit dem Parteikongress selbst vereinigen.

Alle sozialistischen Gemeinderäte werden zu dieser Berathung zugelassen, gleichgiltig, ob Anhänger der Arbeiterpartei oder nicht.“

Zugestimmt haben die Bürgermeister, Adjunkte und Gemeinderäte von 37 Gemeinden.

Weiterhin hat sich der Viller Kongress mit den Fragen beschäftigt, die auf der Tagesordnung des Londoner Kongresses standen und mit dem Mandat für seine 37 Delegirten. Gewöhnlich ist, daß über alle Fragen Beschlüsse im Sinne der Mehrheit des Londoner Kongresses gefaßt wurden.

Der Viller Kongress ist ein Beweis für die Macht des Sozialismus in Frankreich und seine Einigkeit auf der ganzen Erde.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 24. August.

**Hohenlohe hat vorläufig gesiegt.** Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute folgende Note:

In der Presse sind in letzter Zeit wiederholt Zweifel an der Durchführung der in Aussicht gestellten Reform des Militär-Strafprozesses geäußert worden. Dem gegenüber sind wir zu der Mittheilung ermächtigt, daß es die Willensmeinung des Kaisers ist, dem Bundesrath wegen der Militär-Strafprozessordnung im Herbst dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, welcher der von dem Reichskanzler am 18. Mai d. J. im Reichstage abgegebenen Erklärung entspricht.

Die angezogene Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage vom 18. Mai lautete, wie folgt:

„Es ist seit langem allgemein anerkannt, daß unsere Militär-Strafgerichtsordnung der Verbesserung bedarf und daß die deutsche Armee ein einheitliches Strafgerichtsverfahren nicht entbehren kann. Das hat dazu geführt, daß schon vor längerer Zeit, wie Sie wissen, mit der Ausarbeitung einer neuen Militär-Strafgerichts-Ordnung begonnen worden ist. Der Entwurf einer solchen ist nunmehr soweit vorbereitet, daß ich die bestimmte Erwartung hegen darf, denselben im Herbst d. J. den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches vorlegen zu können. Derselbe wird — vorbehaltlich der Besonderheiten, welche die militärischen Einrichtungen erheischen — auf den Grundsätzen der modernen Rechtsanschauungen aufgebaut sein.“

Wie lange sich Fürst Hohenlohe dieser Befestigung seiner Stellung erfreuen wird, ist natürlich nicht abzusehen. —

**Die Religion muß dem Volke erhalten werden.**

Dieser Satz, den wir vom Standpunkte der Herrschenden wohl begreifen, wird recht schlecht durch folgende kurze Zusammenstellung illustriert:

Die evangelische Kronprinzessin von Griechenland trat zum griechisch-orthodoxen Glauben über.

Die griechisch-orthodoxe Prinzessin von Montenegro wird römisch-katholisch.

Der römisch-katholische Fürst Ferdinand von Bulgarien läßt seinen Sohn griechisch-orthodox taufen und erziehen.

Und alles dies um weltlicher Vortheile willen!

Ja, die Religion muß dem Volke erhalten werden!

Dafür traten auch Friedrich II. von Preußen und Katharina von Rußland ein. Sie glaubten aber weder an Gott noch an den Teufel! —

**Die Bimetallisten machen gegen den Vorwurf, daß sie ihre Schulden in entwertheten Silbermünzen bezahlen und damit die Gläubiger betrügen wollen, geltend, daß ja durch eine internationale Vereinbarung das Verhältnis zwischen Silber und Gold festgesetzt und so das Silber vor Entwerthung bewahrt werden solle. Das ist aber eitel Schwindel. Die internationale Festschickung würde eine reine Scheinmaßregel sein. Ganz abgesehen von den betrügerischen Mandatieren zur künstlichen Dinaufschraubung des Silberpreises würde vom Tage des Inkrafttretens der Vereinbarung an der Silberpreis wieder zu sinken anfangen — eben weil das Silber in solchen Massen vorhanden und zu erlangen ist, daß es eigentlich nicht mehr als Edelmetall gelten kann.**

Und gerade auf dieses Sinken des Silberpreises stützt sich die ganze bimetallistische Bewegung. Denn, bliebe das gegenseitige Preisverhältnis von Gold und Silber nach der Vereinbarung fest, dann hätten die nach Doppelwährung schreibenden Junker nicht den mindesten Vortheil. Alle von ihnen erstrebten Vortheile können erst eintreten in Folge der Silber-entwerthung. —

**Latifundien und Rentengüter.** Der unlängst veröffentlichte Jahresbericht des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen hebt ganz besonders die Gefährdung des Kleinbesitzes durch die von Jahr zu Jahr sich steigende Latifundienbildung hervor. Es heißt in dem erwähnten Berichte u. a.:

„Der Anlauf von Ländereien seitens der Großindustrie hat in letzter Zeit bereits bedenkliche Fortschritte gemacht. Die Preise für die Ländereien sind häufig sehr gering, da die zurückgekommenen Bauern um jeden Preis verkaufen müssen, wenn sie überhaupt noch etwas retten wollen. Am Rheinereichen bleiben die ehemaligen Besitzer häufig als Pächter, doch sind die Pachtbedingungen in solchen Fällen nichts weniger als günstig für dieselben.“

Man sieht auch hier sich wieder denselben Prozeß wie überall abspielen: die Vernichtung zahlreicher Existenzen durch die zersetzende Uebermacht des Großkapitals. Gerade in der Rheinereichen, wie in dem gesamten westlichen und südwestlichen Deutschland, wo seit alter Zeit her die Theilbarkeit des Grundbesitzes Geltung hat, herrscht bis vor kurzem noch der Kleinbesitz beträchtlich vor, während der Großgrundbesitz dort fast ganz in den Hintergrund trat. Auch hier vollzieht sich der Umschwung eben stetig.

Wenn man die Thatfache mit in betracht zieht, daß ein großer Theil der Kleinbauern nur zu häufig in vollster Abhängigkeit von der Gutsherrschaft steht, so weis man freilich auch schon ohne genauere statistische Zahlen, daß die Verhältnisse bei uns in Deutschland nicht viel bessere sind, wie in England und Italien, wo die Bauern bereits längst in Pächtern herabgedrückt worden sind. Wenn die Verhältnisse in Deutschland ja heute auch noch nicht gerade derartige sind, wie in Irland und Schottland, wo siebzig Pächter zusammen ungefähr die Hälfte der Gesamtfläche in Händen haben, so besitzen doch auch bereits bei uns in den sieben östlichen Provinzen, vom Domänenfiskus und der Krone ganz abgesehen, zwanzig Latifundienbesitzer zusammen die Kleinheit von 678 Gütern mit einer Fläche von circa 600 000 Hektar. Besitzt doch der Fürst v. Pleß allein 83 Güter mit 70 000 Hektar Land. Freilich wollen die Regierungen ja in weiser Voracht als Gegengewicht für die stetig überhandnehmende Latifundienbildung ein vorzügliches Beschnitzungsmittelchen in der Institution der sogenannten Rentengüter gefunden haben. Diese nimmt sich allerdings zu jener wie eine ganz kleine Fliege zu einem riesigen Elephanten aus.

Trotz des großen Hallohs, mit dem die Rentengüter-Gesetze vom 27. Juni 1890 und 7. Juli 1891 ins Leben getreten, sind die Resultate, welche durch sie erzielt worden sind, doch gleich Null anzuschlagen. Dem eigentlichen Landarbeiter können diese Gesetze ja auch am allerwenigsten zu gute kommen, wird doch von vornherein von dem Rentengüternehmer verlangt, daß er mindestens den vierten Theil des Wertes des vollständig eingerichteten Rentengutes bestimme.

\* Obgleich wir über den Viller Kongress schon verschiedene Beiträge unserer französischen Korrespondenten veröffentlicht haben, wollen wir doch nicht die Betrachtung unseres Gallus Korrespondenten unseren Lesern vorenthalten.



Die Lage der armen Landarbeiter, die ja in der That bei uns die unterdrückteste und geknechtete Menschenklasse darstellen, ist aber in den weitaus meisten Fällen eine derartige, daß an den Ankauf eines Rentenannes auch nicht im entferntesten gedacht werden kann. Doch selbst angenommen, der Arbeiter hat sich in taustlosem Ringen, durch glückliche Zufälle begünstigt, wirklich so viel erspart, um den Ankauf eines kleinen Rentenannes zu ermöglichen, seine Verschuldung ist dann doch von vornherein eine so enorme, daß ein derartiger Besitzwerb den Reim eines baldigen Zusammenbruchs meistens schon in sich trägt.

Mit derartigen Mitteln ist sicherlich dem Landarbeiter ebenso wenig geholfen, wie es durchaus lächerlich ist, von ihnen eine Steuerung der Latifundienbildung erwarten zu wollen. So lange der Landarbeiter und der kleine Bauer, der ja in den meisten Fällen auch nichts weiter als Landarbeiter ist, sich vollständig von den Organen der Regierung, von der feudalen Junkerfamilie und von den Großbauern bevormundet und ins Schlepptau nehmen lassen, so lange ist denselben auch nicht in der allergeringsten Weise zu helfen.

Das Ende einer Kolonialmacht, und zwar der in früheren Jahrhunderten ersten und größten, der spanischen, scheint bevorzustehen. Zu den unlöslichen Schwierigkeiten der Lage auf Kuba gesellt sich nun ein Aufstand auf den Philippinen, der großen und werthvollen Inselgruppe im Stillen Ozean. Truppen sollen nun auch dahin entsandt werden; in Madrid sind Mitglieder des spanisch-philippinischen Klubs verhaftet worden. Dabei werden die Schwierigkeiten in Spanien selbst immer größer. Die Bevölkerung und vor allem die Frauen sehen der Einschiffung der Truppen nach Kuba Widerstand entgegen. In Barcelona hat die Polizei Paläste revolutionären Inhaltes von den Aufschlagssäulen entfernt. Gleichzeitig wachsen die finanziellen Schwierigkeiten. Der Augenblick, wo Spanien seine Zahlungen einstellen muß, steht bevor, jeden Moment kann die revolutionäre Bewegung offen auftreten. Der Verlust von Kuba scheint sicher, der Sturz der Monarchie bevorstehend.

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Ein Beamter der Dresdener königlichen Polizeidirektion, der Stadtdirektor Emil Hugo Kerner, wurde wegen Majestätsbeleidigung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Monat gilt als verbüßt. Die Beleidigung ist im betrunkenen Zustande begangen worden.

### Deutsches Reich.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht das bürgerliche Gesetzbuch und das dazu gehörige Einführungs-gesetz.

Ueber den Rücktritt des Kriegsministers sind die bürgerlichen Blätter noch immer mit Betrachtungen gefüllt. Die Aeußerung der „Wolfs. Bl.“ erscheint uns die interessanteste:

„Als das Ergebnis der vom Reichs-Anzeiger“ auf eine neue Erörterung der Gründe für den Rücktritt des Kriegsministers ist bereits festgestellt worden, daß die Darlegung ihrer Zweck, Mißverständnisse und Mißdeutungen zu erklären, vollständig verfehlt hat. Ist es an sich schon ein unerfreuliches Zeichen der Zeit, daß eine so ungewöhnliche, von amtlicher Stelle ausgehende Kundgebung so wenig Glauben im Volke findet und — wie jugendstolz werden muß — so wenig Glaubwürdigkeit verdient, so ist es noch weit bedauerlicher, daß jene Auslassungen Rückschlüsse auf Gefinnungen und Anschauungen förmlich ausdrängen, die man bei Leuten, vor denen sich die Spalten des Reichs- und Staats-Anzeiger“ öffnen, am Ende des 19. Jahrhunderts für unmöglich halten sollte und die, falls sie auch fernerhin Eingang finden, auf unser Verfassungsleben geradezu verhängnisvoll wirken könnten. Wir meinen die Anschauung, der offenbar der Gedankengang der Verfasser jenes amtlichen Schriftstückes entspringt, daß das preussische Volk so „unbefangen“, harmlos und so politisch gleichgültig sei, daß man ihm die äußere Form derartiger Bräuche, wie es die Begründung von ministeriellen Entlassungsgesuchen mit Gesandtschaftsentscheidungen ist, für die inneren Sachgründe, die Schale für den Kern bieten könnte. Wäre das der Erfolg, den die verfassungsmäßige Beteiligung des Volkes an seiner Regierung gestiftet hat, so stände es traurig um Deutschland. Nicht minder verhängnisvoll ist der im „Reichs-Anzeiger“ unternommene Versuch, den Chef des Militärkabinetts, dem, mag er auch nach der Verfassung nicht verantwortlich sein, doch als Staatsdiener sein verantwortliches Maß an Verantwortung zufällt, beiseite zu stellen und die Person des Königs in den Vordergrund zu schieben in der unverkennbaren Absicht, so einer beschränkten Unterthanenkritik den Mund zu verbieten. Sollte dieser Versuch erneuert werden, so könnte auch er leicht das Ergebnis haben, daß er das Gegenteil seines Zweckes erreicht und somit die Kundgebung des Reichs-Anzeiger“ der Ausgangspunkt einer Aera innerer Kämpfe würde, die hoffentlich nie anbrechen wird. Ueberhaupt sollte man meinen, es könnte nicht gar so schwierig sein, zu vermeiden, daß den Feinden der beschworenen Staatsordnung immer wieder neue Waffen an die Hand gegeben würden. Die Leute, die soeben im „Reichs-Anzeiger“ zu Wort gekommen, sind doch sicherlich mit uns und allen treu monarchisch gesinnten Männern im Reich darin einig, daß auch sie dem Könige und dem Vaterlande dienen und für dieses Ziel ihre besten Kräfte einsetzen wollen. Dazu aber thut vor allem die Einsicht noth, daß das heute, wo die Füglosigkeit in Wort und Schrift sich immer dreister gegen jede Autorität auflehnt, nicht mehr mit einer Rücksichtlosigkeit nach Art des großen Friedrich geschehen kann. Auf diesem Gebiet scheinen uns die Mißverständnisse zu liegen, die zerstreut werden müssen, wenn Mißdeutungen vermieden werden sollen.“

Zur Erhöhung der Beamtengehälter erfährt die „National-Zeitung“, daß die Gehälter der Oberpräsidenten von 21 000 auf 24 000, das Höchstgehalt der vortragenden Räte von 9000 auf 11 000, der Regierungsräte von 6000 auf 7200 und der Landräthe von 4800 auf 6800 M. steigen. Außerdem soll durchweg das Aussehen innerhalb der Gehaltsklassen rascher als bisher erfolgen.

Man sieht, daß für die Großen reichlich gesorgt wird; leider erfreuen sich diejenigen, die es am nötigsten haben, nicht der gleichen Fürsorge.

Der deutsch-silensische Handelsvertrag vom 1. Februar 1882, dessen Ablauf auf Grund der in vorigen Jahre von silensischer Seite erfolgten Kündigung am 27. August bevorstand, ist gestern im Wege des Notenaustausches bis zum 31. Mai 1897 verlängert worden.

Die Generalversammlung der deutschen Katholiken ist mit einem Festzuge eröffnet worden.

Folgende Thematata sind aus der Tagesordnung der Generalversammlung, die bis einschließlich Donnerstag, den 27. d. Mtz., dauern wird, gesetzt: 1. Die Römische Frage; 2. Missionen und Caritas; 3. Die soziale Frage; 4. Die Agrarfrage; 5. Unterricht, Schule und Wissenschaft; 6. Presse; 7. Vereinswesen; 8. Christliche Kunst.

Zu dem Thema „Soziale Frage“ sind bereits zahlreiche Anträge, betreffend Fortführung der Sozialreform, Arbeiterwohl, Frauenarbeit, Bekämpfung der Trunksucht, Arbeitsvermittlung, Sonntagsruhe u. s. m. eingegangen.

Zu dem Thema „Agrarfrage“ hat der Landtags-

abgeordnete Herold folgenden Antrag gestellt: Die 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erklärt:

1. Ein leistungsfähiger und kräftiger Grundbesitzerstand ist für unsere gesammte wirtschaftliche und soziale Entwicklung von der höchsten Bedeutung.
2. Es ist daher Aufgabe des Staates und der kommunalen Verbände, in anbeacht der äußerst bedrückten Lage, in der sich die gesammte Landwirtschaft befindet, derselben ganz besonders ihre Fürsorge zuzuwenden.

Zur einzelnen ist vorzugsweise anzustreben: Die Gewährung vermehrter Mittel zur technischen Hebung der Landwirtschaft, unter anderem für landwirtschaftliche Schulen, für Versuchsanstalten, für Meliorationen, zur Hebung der Viehzucht und zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaften in ihren Aufgaben, ferner Anregung und wirksame Unterstützung von Verbänden und Genossenschaften zur Erleichterung sowohl des Real- als Personalcredits, die entschiedene Bekämpfung der Einschleppung und Verbreitung der Viehseuchen, Ausdehnung und bessere Ausbarmachung der Verkehrsstraßen für die Landwirtschaft, mögliche Verwendung von einheimischen Produkten der Landwirtschaft, eine der Billigkeit entsprechende Steuerpolitik und Ausgestaltung der Gesetzgebung für die Bedürfnisse der Landwirtschaft auf verschiedenen Gebieten, insbesondere die Einführung eines der Stammesstätte entsprechenden Erbrechts.

So sehr außerdem für das Gedeihen der Landwirtschaft und damit auch im Interesse der Gesamtbevölkerung angemessene Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erstreben sind, so ist doch zur Herbeiführung derselben eine Monopolisierung des Handels oder staatliche Festsetzung der Preise zu vermeiden.

3. Zur allgemeinen Verbreitung und Anwendung der erheblichen Fortschritte in landwirtschaftlichen Betrieben, zur besseren Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und zur Förderung des ländlichen Kreditwesens, sowie zur angemessenen Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen, zur Hebung des Standesbewußtseins und Aufrechterhaltung guter alter Sitten, namentlich auch in bezug auf gesundes Erbrecht, ist die Bildung von zweckentsprechenden Genossenschaften und der Zusammenschluß der Landwirthe in Vereinen, besonders den christlichen Bauernvereinen, dringend zu empfehlen, um so mehr, als zur Zeit eine geschliche, organisch gegliederte Vertretung des landwirtschaftlichen Berufsstandes nicht besteht.

Betreffs der Römischen Frage haben die Abgeordneten Dr. Bieber, Gröber, Dr. Schäbler, Dr. Vachem und Genossen folgenden Antrag eingebracht:

Die 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands spricht von neuem die durch die Ereignisse der Zeit immer mehr begründete und befristete Ueberzeugung aus, daß die Wiederherstellung der territorialen Souveränität des heiligen Stuhles für die Selbständigkeit desselben und für seine volle Freiheit und Unabhängigkeit in der Regierung der Kirche eine unabweisbare Nothwendigkeit ist, und daß jede von Gott gesegnete weltliche Gewalt im wohlverstandenen eigenen Interesse handelt und zur Wiederherstellung der erschütterten Gesellschaftsordnung mitwirkt, wenn sie die vom hl. Stuhle deshalb erhobenen Rechtsansprüche erfolgreich unterstützt.

Die 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands spricht die unverrückliche Hoffnung aus, daß die dem heiligen Stuhle gebührende Weltstellung noch mehr zur Anerkennung gelangt, und ist überzeugt, daß diese Weltstellung zur Anreicherung des Friedens, sowie zur Vermittlung der widerstreitenden Interessen der Völker und der Gesellschaftsklassen dasjenige leisten werde, was weltliche Macht nicht vermag.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Dortmund: Die 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands wurde durch eine Festversammlung eröffnet. Anwesend waren 8500 Personen. Es wurden die üblichen Ansprachen gehalten. Der protestantische zweite Bürgermeister Dortmunds gedachte in längerer Rede der blühenden Entwicklung Dortmunds und sprach die Hoffnung aus, daß die Versammlung den sozialen und konfessionellen Frieden fördern werde. — Als Mitglied der Versammlung sind bis jetzt 2200 eingeschrieben. — Nachmittags fand ein Verbandsfest der katholischen Arbeitervereine statt.

Dortmund, 24. August. Gleichzeitig mit der gestrigen Begrüßungsfeier des deutschen Katholikentages tagte eine von etwa 1000 Personen besuchte polnische Versammlung, in welcher von einem Theil der Versammelten versucht wurde, die politisch-religiösen Streitigkeiten auszutauschen. Diese gingen sogar soweit, einen Franziskanerpater, der zum Frieden mahnte, zu verhöhnen, worauf dieser, um weiteren unliebsamen Szenen vorzubeugen, die Rednertribüne verließ. Es entstand ein großer Lärm, so daß der anwesende Polizeibeamte mit der Auflösung drohte. Der Pole, der eigentlich für Rheinland und Westfalen einberufen war, schloß mit der Annahme einer Ergebnissenadresse an den Bischof von Baderborn sowie mit Annahme einer Resolution, worin der deutsche Katholikentag um Wahrnehmung und Förderung der Interessen der Polen in Deutschland gebeten wird. Gleichzeitig wurde ganz entschieden der Unterricht in polnischer Sprache gefordert. Die Versammlung war von langer Hand vorbereitet und eigens aus Posen Redner nach Dortmund gereist, während in der breiten Öffentlichkeit von der beabsichtigten polnischen Tagung in Dortmund nichts bekannt war.

„Noch ist Polen nicht verloren.“ Wie verschiedenen Blättern aus Posen gemeldet wird, hat nach Mitteilung der Posen'ser Polizeibehörde das Amtsgericht I zu Berlin auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme des bekannten polnischen Liedes „Noch ist Polen nicht verloren“ angeordnet, weil dasselbe die Aufforderung an die polnische Bevölkerung zur Anwendung der Waffen behufs Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Reiches enthält und somit, da die national-polnische Agitation hierfür auch einen Theil des preussischen Staates reklamiert, eine Klasse der Bevölkerung des Deutschen Reiches zu Gewaltthätigkeiten gegen die andere öffentlich anreizt.

Die Bevölkerung in Posen ist politisch zu rückständig, um zu begreifen, daß ein Lied, das Jahrzehnte hindurch anstandslos gesungen und verbreitet werden konnte, plötzlich ein fürchterliches Verbrechen enthalten soll. Brauchen die Staatsanwälte so lange zur Ueberlegung oder ist eine neue Polenpolitik im Gange?

Zur Landtags-Nachwahl im Oberamt Cannstatt (Württ.) schreibt der „Beobachter“, das Zentralorgan der württembergischen Volkspartei: „In der Stadt spricht man mit Nachdruck davon, es dürfe diesmal unter keinen Umständen ein Sozialdemokrat gewählt werden. Die Bürger haben dies ganz in der Hand, doch darf schon heute betont werden: falls nicht die Volkspartei, sondern wieder die deutsche Partei mit der Sozialdemokratie in die Stichwahl kommt, hat die Demokratie weder einen allgemein-politischen noch lokalen Grund, ihr früheres Verhalten für die etwaige Stichwahl irgendwie zu verändern.“

Wismann's Ansicht, von seinem Posten als Gouverneur der ostafrikanischen Kolonie zurückzutreten, wird anscheinend offiziell dementirt.

Der Gouverneur von Kamerun, Herr Jello & Puttamer, ist bereits nach Afrika abgereist.

### Ungarn.

Budapest, 23. August. Gestern wurden bei der Waffenschließung der Honveds (Landwehr) in der Nähe von Unghear dreißig Mann infolge der enormen Hitze bewußtlos. Ein Mann ist bereits am Hitzschlag gestorben.

### Schweiz.

Zürich, 22. August. (Eig. Bericht.) Die Kosten des infolge der Auserkürer Unruhen notwendigen Truppenaufgebots werden auf 20 000 Fr. berechnet.

Wegen der Auserkürer Unruhen sind noch 60 Personen in gerichtlicher Untersuchung, aber nur 5 davon in Haft. Bis auf 6 sind sämtliche Schweizerbürger. Dem Verufe nach sind die Angeeschuldigten Bauarbeiter, Landwirthe, Handlanger, Metzger, Tagelöhner, Bahnarbeiter, Schlosser, Schreiner, Birthe, Holzhandwerker, Arbeiter des Stadtbauamtes und eine Kellnerin. Wie viele von den vorgenannten berufstätigen Unternehmern und wie viele Arbeiter sind, sagt der Bericht der Regierung nicht. Unter 42 Einoernommenen waren 19 schweizerische Soldaten. Geständig der Körperverletzung oder Eigenthumschädigung sind 14, des Diebstahls 1.

Zürich, 22. August. (Eigener Bericht.) Das sozialdemokratische Parteimittee fordert in einem Aufruf die Genossen auf, für die Ende Oktober stattfindenden Nationalratswahlen die Vorbereitungen zu treffen. Wo es den Genossen irgend möglich ist, sollen gemäß der 1892 vom Solothurner Parteitag beschlossenen Resolution eigene sozialdemokratische Kandidaten und zwar bewährte Parteigenossen aufgestellt werden. Wo die Aufstellung einer selbständigen sozialdemokratischen Kandidatur nicht möglich, bleibt es den Genossen der betreffenden Wahlkreise überlassen, wie sie sich zu den Kandidaten der bürgerlichen Parteien stellen wollen. Bis zum 15. September wünscht das Parteimittee die Bezeichnung der sozialdemokratischen Kandidaten. Einige Wochen vor der Wahl wird das Parteimittee in allen Wahlkreisen mit sozialdemokratischen Kandidaturen ein einheitliches, populäres Flugblatt verbreiten lassen.

Mit ihrem Aufruf an die Genossen ist die sozialdemokratische Partei wieder die erste, die öffentlich in die Wahlbewegung eintritt. Der eine Theil der leider gespaltenen sozialdemokratischen Partei in Bern, nämlich die neue Vereinigung „Vorwärts“, hat bereits einen Kandidaten nominirt in der Person des Genossen Jraggen. Ob ihn auch die Genossen von der Arbeiterunion akzeptiren werden, darüber ist wohl noch nichts beschlossen worden.

### Frankreich.

Paris, 22. August. (Eig. Ber.) Die anfangs dieser Woche eröffnete Generalraths-Session bietet nicht dasselbe politische Interesse wie die Frühjahrssession. Damals hatten sich die Departementsvertretungen auf Einladung der radikalen Regierung hin über die allgemeine Einkommensteuer auszusprechen. Diesmal gab es keinen bestimmten Steuerentwurf, zu dem die Generalräthe hätten Stellung nehmen können, zumal nach der Melin'schen Erklärung, die den einzigen festen Punkt der Regierungsvorlage, die Rentensteuer, über Bord geworfen hatte. Davon den Generalräthen gefassten politischen Resolutionen beziehen sich denn auch nur zum kleinsten Theile auf die Melin'sche Steuerreform. Von Bedeutung sind dagegen die „Wünsche“ der Generalräthe in bezug auf die Einführung des Alkohols in Form der staatlichen Melitization des Alkohols. Bisher haben sich neun Generalräthe dafür ausgesprochen. Die Kammer hatte freilich die Einführung dieses Monopols bereits in der ordentlichen Session von 1895 beschlossen. Der Senat behandelt aber auch diese Reform nach seiner altbewährten Verschleppungs- und Verzugsmethode.

Im allgemeinen spiegelt sich in der gegenwärtigen Session die politische Schlafmattigkeit wieder, die sich der bürgerlichen Parteien seit dem Regierungsantritt des Radikals Melin bemächtigt hat. Bezeichnend sind namentlich die friedfertigen Reden einiger radikaler Politiker, worunter Sarrien, der Vorsitzende der bürgerlich-radikalen Kammerfraktion und ehemalige Minister im Kabinet Bourgeois. Dieser mittelmäßige, aber um so einflussreichere Radikale zog sich für seine „Friedensworte“ das Lob des opportunistischen „Temps“ zu. Als das dringende Bedürfnis des Landes bezeichnete er die Wiederherstellung der republikanischen Parteien, also die Wiederkehr zu den farb- und programmlosen opportunistisch-radikalen Ministern, in denen die beiden Parteien die Ministerfessel und die sonstigen Vorteile der Macht unter sich vertheilten, um dann ruhig saule Stillstandspolitik treiben zu können.

Eine Reihe von Generalräthen hat sich eine Kniebeuge vor dem Jaren geleistet: sie erjuchten die Regierung, dem „großen Freunde“, dem „großmüthigen Freunde“, dem „mächtigen Freunde“ u. s. f. ihre „hochachtungsvollen u. Guldigungen“ zu übermitteln. Der Generalrath von Gers stiftet außerdem dem Selbstherrscher in suniger Weise einige Flaschen — Schnaps von Armagnac, derjenige von Bas-de-Galais zwei Vollblut-Hengste. In Lille wurde aber die Kniebeuge von den bösen Sozialisten gestiftet. Die Genossen Chesquiers und Deverny protestirten energisch gegen die Beweihäucherung des Jaren.

Es liegt auf der Hand, daß die Regierung durch die jarenfreundlichen Kundgebungen der Generalräthe zur Ausführung der von ihr beabsichtigten geschwindigen „Sicherheitsmaßnahmen“ aufgemuntert wird. Das monarchistische Blatt „Soleil“ berichtet aus bester Quelle, daß ein Abgesandter der Petersburger Polizei in Paris eintreffen werde, um der hiesigen Polizei eine Liste von russischen Flüchtlingen zu unterbreiten, die vor der Ankunft des Jaren auszuweisen wären. Es ist bezeichnend, daß diese für jede Regierung erwidrigende Nachricht nicht dementirt wird. Mit Ausnahme der „Petite République“ und des „Intransigeant“ findet kein Blatt ein Wort des Protestes gegen die ebenso ungebührliche wie überflüssige Liebedienerei. War also die Nachricht des „Soleil“ bloß ein Frühhorn, so weiß nun die Regierung, daß sie dem Jaren zuliebe der „republikanischen“ öffentlichen Meinung alles bieten darf.

Lez, 24. August. Bitter Kollektivisten hatten eine Zusammenkunft in dem Dorfe Bahagnies veranstaltet und wurden beim Verlassen des Dorfes von den Einwohnern angegriffen. Mehrere Kollektivisten wurden ernstlich verwundet, darunter Chesquiers, der Adjunkt des Maire von Lille.

Man sieht, die Iskraerei macht in Frankreich rasende Fortschritte.

### England.

London, 22. August. Major Coventry, der mit Jameson und Genossen kürzlich zu mehrmonatlichem Gefängnis verurtheilt worden war, ist heute aus Gesundheitsrücksichten auf Befehl des Ministers des Innern in Freiheit gesetzt worden.

### Spanien.

Eine große Anzahl militärpflichtiger Spanier hat die französische Grenze überschritten, um sich der Entsendung nach Kuba zu entziehen. Dieselben erklären, daß sie zur Dienstleistung nach Kuba bereit seien, wenn auch die Reichen sich beteiligten.

### Türkei.

Konstantinopel, 24. August. Die Pforte hat dem hiesigen griechischen Gesandten Vorstellungen gemacht betreffs der Landung von 28 griechischen Offizieren mit Waffen auf Kreta. Von griechischer Seite wird erklärt, es seien nur 8 Offiziere und einige entlassene Unteroffiziere ohne Kanonen und nur mit einem kleinen Waffenquantum gelandet. Die Nachricht von dem Auslaufen des griechischen Ge-



Schwabes zu den Mandatieren macht hier einen sehr unangenehmen Eindruck.

Drei arnautische Büchsenmacher sind unter dem Verdachte eines Komplotts gegen den Hildiz-Kiosk verhaftet worden.

**Kandia, 22. August.** Gestern überfielen ungefähr 3000 Aufständische zwanzig kleine, insgesamt von etwa 300 Mohamedanern bewohnte Dörfer. Von den Einwohnern wurden viele getötet. Die Aufständischen verbrannten auf ihrem Zuge 29 Ortschaften und trieben gegen 1000 Stück Vieh weg.

## Partei-Nachrichten.

Von einem Mitgliede des Bureaus, das den internationalen Arbeiterkongress in London leitete, wird uns geschrieben:

Ueber den Londoner Kongress findet sich in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ ein Artikel, der, neben vielem Nichtigem, doch auch Manches enthält, das der Verfasser nicht geschrieben hätte, wenn es ihm möglich gewesen wäre, einen Ueberblick der Verhandlungen und Vorgänge des Kongresses zu gewinnen. Wir wollen nur zwei Punkte herausheben.

Dem Bureau wird ein Vorwurf daraus gemacht, daß es zu Rednern für die politische Aktion am zweiten Tag Jaurès und Hyndman bestimmte, und nicht Genossen, welche mit der Geschichte des Züricher Beschlusses genau bekannt waren. Aber die Gültigkeit dieses Beschlusses war bestritten — er existierte nicht für den Londoner Kongress. Das war ja der fatale Irrthum gewesen, daß man sich in Zürich eingebildet hatte, durch eine Zauberformel die Anarchisten für die Zukunft von den Kongressen fern halten zu können. Es handelte sich nur um die Frage: Politische Aktion oder Zulassung der Anarchisten. Und um hierüber zu reden, dazu bedurfte es keiner Kenntniss der Geschichte des völlig werthlos gewordenen Züricher Beschlusses. Zunächst war als einer der Redner für die politische Aktion Liebknecht in Aussicht genommen; dieser trat jedoch zu gunsten eines französischen Genossen — Jaurès, Millerand oder Guéde — zurück, weil die Frage der politischen Aktion gerade für die französische Sektion zu einer brennenden geworden war, und unsern französischen Genossen viel darauf ankam, angeführt der Ueberrumpelung durch eine anarchistisch-antipolitische Scheinmajorität, das politische Moment scharf zur Geltung zu bringen. Und ähnliche Erwägungen führten zur Ernennung eines Engländer als zweiten Redners, nachdem einmal beschlossen war, daß zwei Redner für und zwei gegen die Zulassung der Anarchisten und Antipolitiker sprechen sollten. Auch bei den Engländern ist diese Frage brennend und hat eine praktische Bedeutung, wohingegen sie für uns Deutsche, für die Schweizer, die Belgier, die holländischen Genossen u. s. w. erledigt ist. Die Genossen Jaurès und Hyndman haben ihre Aufgabe auch vortrefflich gelöst und mit mehr Klugheit für die Sache, als wenn, wie der Verfasser des „Neuen Zeit“-Artikels meint, ein Holländer und ein Belgier gesprochen hätten.

Der zweite Tadel, gegen den wir uns wenden, gilt dem Beschlusse, der die Bildung einer zweiten französischen Sektion gut hieß. Vom rein theoretischen Standpunkt stimmen wir mit dem Verfasser des Artikels vollkommen überein. Aber praktisch liegen die Dinge so, daß die haushaltene Theorie bei Seite gelegt werden mußte. Die Franzosen hatten sich gespalten. Die Vertreter der französischen Sozialdemokratie waren durch die Vertreter einiger an sich ganz bedeutungsloser anarchistischer und Gewerkschafts-Gruppen in die Minorität gebracht worden, und sie hatten den unwiderruflichen Beschluß gefaßt, den Kongress zu verlassen, wenn ihnen nicht die Anerkennung als selbständige Sektion II seitens des Kongresses zu Theil würde.

Mit dieser Thatsache, die hier nicht diskutiert werden soll, die sich aber nicht ändern ließ, war wohl über abel zu rechnen. Wurde die Anerkennung verweigert, so verließen unsere französischen Genossen den Kongress, während die französischen Anarchisten und Antipolitiker (unter die Baillant sich vertritt hatte) als Vertreter Frankreichs zurückblieben. Geschaß dies, so war der Kongress den theoretisch ausgeschlossenen Anarchisten praktisch überlassen. Und wir Deutsche waren vor die Alternative gestellt: mit den Anarchisten, die unsere eigenen Verdrängung, zusammensetzen, oder unsern französischen Genossen zu folgen. Das letztere wäre geschehen und auch die Mitglieder der (englischen) Socialdemocratic Federation wären mitgegangen.

Die Mehrheit des Bureaus fand, daß es besser sei, die Alternative zu vermeiden, und sie erklärte sich für die Anerkennung der zweiten französischen Sektion. Vom Standpunkt der Prinzipien-Konsequenzen aus hätte das Bureau unrecht, vom Standpunkt des Partei-Interesses hätte es entschieden recht, und hatte die Kongressmehrheit recht. Es war ein Ausnahmefall, der keine Wiederholung finden wird, also auch kein Präzedenz ist. Vandalen selbst gestand nachträglich dem Schreiber dieses, daß er sich über den Beschluß des Kongresses freue. Im theoretischen Denksüßchen sehen die Dinge oft anders aus als in der Wirklichkeit.

**Todtenfeier der Partei.** Ein alter treuer Parteigenosse, der Schriftsteller Matthias Schwab in Stuttgart wurde zur letzten Ruhe gebettet. Schwab war jederzeit ein treuer Anhänger unserer Sache und hat während des Sozialistengesetzes bei den Grundsätzen der verschiedenen Stuttgarter Parteiblätter eine besondere Rolle gespielt. Er erreichte das für Proletarier seltene Alter von 71 Jahren.

In Hamburg starb im Krankenhause der Tischler August Ludwig Wilhelm Friede, einer der Parteigenossen, die zur Zeit des Sozialistengesetzes mit in den vorbersten Reihen standen. Er war Bezirksführer im zweiten Wahlkreise. 1888 wurde er verhaftet und mußte 6 1/2 Monate im Gefängnis verleben. Unter Gefängniswachen, wohin er durch sein Eintreten für unsere Sache gekommen war, holte er sich den Keim zu der Krankheit, welche ihn jetzt ins Grab gebracht hat. Krank wurde er aus dem Gefängnis entlassen und seit der Zeit ist er nie wieder gesund geworden. Am 14. Januar 1894 ging er ins Krankenhause, wo er Ende vorigen Monats verstarb. Die Nachricht von seinem Tode gelangte erst jetzt in die Presse.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In den Räumen der Buchhandlung und Druckerei von Auer u. Co. in Hamburg wurde auf Anordnung der Kieler Staatsanwaltschaft gehäusucht. Man sahndete nach der Nr. 33 der „Neuen Welt“ wegen des darin enthaltenen Artikels „Der Nazarener“, der strafbaren Inhalts sein soll. Die wenigen Exemplare, die noch da waren, wurden konfisziert. Die Mainzer Staatsanwaltschaft hat wegen des gleichen Artikels gegen den Redakteur und den Verleger der Mainzer Volkszeitung, welche die „Neue Welt“ als Sonntagsbeilage bringt, ein Strafverfahren eingeleitet und die Beschlagnahme der betreffenden Nummer verfügt.

### Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Kämpfe oder Ausparungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

In der Glaskleberei von S. Tremer u. Son in London sind am 22. August die Glaskleber aus-gesperrt worden. Da sich diese Firma auf alle mögliche Weise bemüht, Streikbrecher aus Deutschland zu bekommen, so ersuchen wir alle Glaskleber Deutschlands, Angebote von hier auf alle Fälle zurückzuweisen, um uns zum Siege zu verhelfen.

The National Plate Glass Makers' Trade Union. Joseph Pys, Sekretär.

Die thörichte Ausschließerei der den Herren Döblin und Gesele wegen ihrer Unterstützung der „Buchdrucker-Wacht“ nicht

genehmen Buchdruckergehilfen beginnt nun auch in Preußen. Der Buchdruckergehilfe G. in Berlin ist vom Vorstand des Berliner Buchdruckervereins ausgeschlossen worden, weil er sich weigerte, die Erklärung abzugeben, daß er die „Buchdrucker-Wacht“ nicht mehr verbreiten wolle. Der Ausschluß trifft den Benannten um so härter, als er gegenwärtig arbeitslos ist. Selbstverständlich hat auch in diesem Falle die Mitgliedschaft nicht, wie es statutarisch erforderlich ist, den Ausschlußantrag gestellt, sondern der Vorstand hat eigenmächtig gehandelt. Der Vorsitzende Maffini verweigerte sogar Herrn G. ihm den Ausschluß schriftlich mitzutheilen; er sagte, wie und Herr G. glaubhaft versicherte: „Ich habe Ihnen den Ausschluß mündlich mitgeteilt, das genügt; wenn Sie nach der Versammlung kommen, werse ich Sie raus!“

Selbst der gewiß nicht sonderlich freirechtliche preussische Staat glebt dem Staatsangehörigen laut Verfassungsurkunde das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Die Herren Döblin und Maffini ahnden aber im Fall der „Buchdrucker-Wacht“ nicht nur die freie und durchaus nicht gegen den Verband gerichtete Meinungsäußerung mit dem Verlust aller Rechte an den Verband, sondern sogar schon die Kolportage der „Buchdrucker-Wacht“.

Wir wollen abwarten, ob sich die Mitglieder des Berliner Buchdruckervereins ebenfalls schon auf der schieben Ebene des brachsten Unrechts befinden, wo ihr Gau- und Zentralvorstand herabdrückt.

**An die organisierten Brauerei-Arbeiter Berlins!** Verschiedene bürgerliche Blätter bringen nach dem Bericht der letzten Brauerei-Versammlung angeblich von Herrn Direktor Arendt eine Verhöhnung, in welcher es heißt: „Die Sperre über das Münchener Brauhaus sei nie verhängt worden“. Dem gegenüber stellen wir hierdurch fest, daß das Münchener Brauhaus für organisierte Brauer gesperrt, und die Sperre noch nicht aufgehoben ist. Dieses den organisierten Brauerei-Arbeitern zur Kenntniss. Der Vorstand. J. M.: Preuss.

In Cranienburg haben die Kochmacher der Wittwe Fehner wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt und ersuchen um Vermeidung des Zugangs. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck des Vorkommenden gebeten.

**Zum Stuhlarbeiter-Streit in Lauterberg a. O.** berichtet die Magdeburger „Volkstimme“: Infolge der anhaltenden Streikbewegung in Lauterberg hat das Landrathsamt zu Osterode eine Polizeiverordnung für Lauterberg und Barbis erlassen, nach der das rothenweisse Stechen und Lagern der Streikenden an und auf den Wegen und öffentlichen Plätzen beider Orte bei Strafandrohung verboten ist.

**Siebente ordentliche Generalversammlung der Zentral-Kranen- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.** Im Verlauf der weiteren Beratung wurde beschlossen, das neue Statut am 1. Jan. 1897 in Kraft treten zu lassen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Sitz der Kasse bleibt Hamburg. Als Sitz des Ausschusses wurde Frankfurt a. M. gewählt. Die nächste Generalversammlung soll in München abgehalten werden. Hierauf wurde die Generalversammlung geschlossen.

In Solingen haben die Scheerenausmacher und die Fabrikanten sich über ein neues Preisverzeichniß geeinigt.

**Aus Velbert** wird berichtet, daß die Streckenarbeiter, welche an dem Bau der elektrischen Straßenbahn Eberfeld-Neueis-Velbert beschäftigt sind, ungefähr 30 an der Zahl, die Arbeit eingestellt haben, weil der Unternehmer ihnen statt des versprochenen Tagelohnes von 4 M. nur 3,40 bis 3,50 M. zahlen wollte.

**Die Berichterstattung der Königlich „Leipziger Zeitung“** in Sachen der sieben Schmiede hatten wir in der Sonntagsnummer kurz erwähnt. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht jetzt den Wortlaut der über alle Begriffe gemeinen Notiz, die das von dem sächsischen Staate errichtete Blatt am 8. Juni d. J. gegen die Schmiede veröffentlichte. Die Notiz lautet:

„Eines wahrhaft skandalösen Exzesses machten sich gestern Nachmittag sieben ausländische Schmiedehilfen schuldig, welche in die Geschäftsräume eines in der Antonstraße wohnhaften Schmiedemeisters eindringen und mit demselben Händeln anfangen, weil er die Gehilfenforderungen nicht bewilligt und an Stelle der inoffiziellen angeforderten Gehilfen fremde Gehilfen eingestellt hatte. Die rohen Patrone setzten dem Meister in dessen Werkstätte, Hof und Remise in frechter Weise mit Nebensarten zu und gingen dann sogar zu Thätlichkeiten über, indem sie auf den Meister brutal losschlugen. Auch an dem Sohne des letzteren, welcher seinem Vater zu Hilfe eilte, vergriffen sich die Banditen und rissen ihm die Sachen vom Leibe. Als nunmehr nach der Polizei geschickt wurde, ergriff die erbärmliche Gesellschaft natürlich das Hasenpanier. Glücklicherweise wurden noch im Laufe des gefrigen Nachmittags zwei der Thäter ermittelt, und es steht zu erwarten, daß auch die Persönlichkeiten der übrigen Strochse festgestellt werden. Den Burschen ist eine ganz exemplarische Strafe sicher und zu gönnen. Aus dem ganzen Vorgange aber kann man wieder einmal die verderblichen Folgen muthwilliger Streiks erkennen.“

Das Schöffengericht hat, wie wir schon erwähnten, die sieben Schmiede, die des gemeinschaftlich verübten Hausfriedensbruchs angeklagt waren, freigesprochen. Die Notiz des sächsischen Regierungsblattes war also in allem wesentlichen erstunken und erlogen.

**Aus Wismar** wird unterm 28. August geschrieben: Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung der hiesigen Mitglieder des Buchdruckerverbandes beschäftigte sich gestern Abend mit dem Ausschluß des hiesigen Vertrauensmannes Paul Jenschers durch den Zentralvorstand. Der Gauvorsteher Stoy aus Chemnitz machte dort den mißglückten Versuch, das Vorgehen des Vorstandes zu rechtfertigen. Nach lebhafter Diskussion wurde bei fünf Stimmenthaltungen folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erkennt den Ausschluß Jenschers seitens des Zentralvorstandes, weil statutenwidrig, nicht an, erklört vielmehr in diesem Vorgehen des Zentralvorstandes einen Mißbrauch der letzteren zusehenden Machtbefugnisse, in Folge dessen kann sich die Versammlung mit der vom Gauvorstand geplanten Amtensetzung Jenschers nicht einverstanden erklären, sondern wird auch fernerhin denselben als ihren Vertrauensmann betrachten; gleichzeitig werden die Mitglieder aller Orten aufgefordert, gegenüber der Rechtsverletzung des Zentralvorstandes entsprechende Stellung zu nehmen.“

Am 18. Juli fand im Badegarten eine Tischler-Versammlung statt, wo beschlossen wurde, zur Deckung der Unkosten von jedem Tischlergehilfen einen Beitrag einzulassen; kaum, daß das Sammeln begonnen hatte, löste der überwachende Beamte aus diesem Grunde die Versammlung auf; die beiden Sammler sind aber nachträglich doch noch wegen verbotenen Sammelns mit einem Strafmandat von je 10 M. bestraft worden. In vorhergehenden Versammlungen ist ein solcher Beschluß unter den Augen der Polizei ausgeführt worden, ohne daß dieselbe etwas eingewendet hat.

Auf dem Brückenberg, Schacht III, weigerten sich am Freitag früh die Bergleute des 4. Flözes, anzufahren, weil in der letzten Zeit das „Gunteillen“ von seiten der Beamten so flott betrieben wurde, daß diesen Monat der dadurch verursachte Lohnverlust für manchen Arbeiter bis 15 Mark betragen konnte. Der Direktor Brücken unterhandelte mit den Vertrauensleuten, versprach den Ueberschuß der Extrastrafen und Nachrevision der gemulden Hunte; darauf sind die Leute wieder eingefahren. Hitz IV ist sehr mit Bergen (Steinen) durchsetzt, ein reines Fördern deshalb schwierig; nun

wurde aber zuletzt jeder Hunt gemuldet, worin sich Berge (Steine) in geringen Quantitäten vorfinden, das heißt der 3. B. mit 75 Pf. Lohn angelegte Hunt wird dem Drittel (2-3 Mann) nicht gezahlt und beim Monatschluß wird nach der Zahl der gemulden Hunte noch eine Extrastrafe, 10-20 Pf. pro Hunt, vom Lohn abgezogen. Es ist nun vorgekommen, daß einem Drittel in einer Schicht 5 Hunte gemuldet wurden. Ein Drittel hatte bis zum 21. August bereits 30 gemulde Hunte auf der Lohnliste, also 90 x 75 Pf. Lohnverlust, ohne die Extrastrafe; da war es wirklich Zeit, daß sich die Leute rührten.

In Leipzig legten auf dem Delschlagel'schen Bau in der Ritterstraße 63 Maurer wegen des Auftretens des Poliers die Arbeit nieder.

**Eine Versammlung des Vereins Leipziger Buchdruckergehilfen**, deren Besuch auf circa 1200 Personen geschätzt wird, nahm die Mittheilung des Vorstandes, daß die Mitglieder Gask, Kressin, Guth, Kumath und Senfeth ausgeschlossen seien, mit vielhundertstimmigem Psuf! auf und beschloß gegen wenigen Stimmen die Disziplin dieser Vorstandsmaschine. Die Redner verurtheilten aus scharfste die durch den Ausschluß etablierte Beschränkung der freien Meinungsäußerung. Als der Vorsitzende Eichler sich weigerte, den genannten ausgeschlossenen Mitgliedern das Wort zu erteilen, beziehentlich darüber abstimmen zu lassen, brach die Versammlung in langanhaltende stürmische Unruhe aus, was der Vorsitzende als Vorwand benutzte, um die Versammlung zu schließen.

Mehrere hundert Mitglieder haben bereits bei dem Vorstand den Antrag auf Einberufung einer neuen Mitgliederversammlung auf Montag Abend gestellt, um eine Beschlusfassung über die vom Vorstand vollzogene Ausschließung der fünf Mitglieder herbeizuführen.

In Dresden streiken die Arbeiter der Zigarrenfabrik von Bernhard Fischer.

Der schweizerische Brauering, schreibt man uns aus Zürich, hat betreffs des Friedensvorschlages des Bundeskomitees beschlossen, vom Arbeitsnachweis gar nicht mehr zu reden, die Wiedereinstellung der Ausgesperrten dem „freien Ermessen“ der Ringbrauer zu überlassen, einige ergänzende Bestimmungen in die einseitig vom Ring aufgestellte Arbeitsordnung aufzunehmen und dagegen die Aufhebung des Boykotts zu fordern. Diese Zugeständnisse der Ringbrauer sind so absolut bedeutungslos, daß man darüber kaum diskutieren kann. Es wird sich nur fragen, ob man die Herren zu einem wirklichen Friedensschluß, nicht nur zu solchen faulen Wischen wird bringen können, wenn man den Boykott noch ein halbes Jahr fortgeführt. — Die Produktion der schweizerischen Brauerien hat sich von 1450000 Hektolitern im Jahre 1894 erhöht auf 1680000 Hektoliter Bier im Jahre 1895. Der Bierimport wuchs von 61412 auf 62986, der Export von 6954 auf 8280 Hektoliter.

## Soziales.

**Die Geißlichkeit und die Arbeiter.** Aus Briesen wird uns geschrieben: Da es hier sehr häufig vorgekommen ist, daß Arbeiter, die in irgend einer Sache einen Scheitern erlitten, gewissenlosen Skribenten in die Hände fallen, welche für ihr Geld ihnen ganz wirkungslose Aufsätze angefertigt haben, so faßte der hiesige Arbeiter-Gesangverein den Beschluß, den Arbeitern derartige Eingaben und Gesuche jeden Sonntag von 10-12 Uhr vormittags unentgeltlich in seinem Lokale anzusetzen zu lassen. Diese Bekanntmachung wurde in den beiden hiesigen Lokalbältern veröffentlicht. Eines Tages erhielt nun Genosse Salomon als Unterzeichner des Inserats eine polizeiliche Verfügung, bei 30 M. Strafe die gefällteste Thätigkeit einzustellen und auch das Inserat zurückzuziehen, da darin der Oberkirchenrath, an der Spitze der hiesige Oberprediger Jung, eine Gefährdung der Sonntagsruhe erblickte. Am Schlusse der geistlichen Beschwerde war bemerkt, daß man einer derartigen Volksbeglückung entgegenzutreten müsse. Das erwähnte Inserat wurde nun dahin geändert, daß statt 10-12 Uhr zu lesen war: 11-1 Uhr. Um 11 Uhr ist nämlich die Kirchzeit hier vorüber. Da hier Sonntags alle Geschäfte von 11 bis 1 1/2 Uhr geöffnet sind, Lustbarkeiten für Sonntags durch Inserate angelündigt, gegeben werden, Krüge, Turn- und sonstige Feste für Sonntags sogar durch große Plakate bekannt gemacht werden und in all diesem keine Gefährdung der Sonntagsruhe gefunden wird, so wird der Oberkirchenrath sich schon gefallen lassen müssen, daß das Inserat in der hier erwähnt abgeänderten Gestalt ruhig veröffentlicht wird. Auf alle Fälle wird man es auf eine Klage antworten lassen. Wie übrigens der Prediger Jung es mit den Ausgaben des Christenthums vereinbaren kann, die redlichen Bemühungen einer Arbeiterorganisation höhniisch als eine Volksbeglückung zu bezeichnen, der man entgegenzutreten müsse, das ist wohl sein Geheimniß, denn die Grundlagen der protestantischen Kirche, die Bibel, giebt darüber keinen Aufschluß, und Luther wird das Buch der Bücher doch im allgemeinen richtig überseht haben. Sollte Prediger Jung jedoch den Zwang verfehlen, durch das amtliche Anrufen der Polizei Leute in ihrer Fürsorge für das arbeitende Volk lediglich deshalb zu hindern, weil sie Sozialdemokraten sind, so mag er sich gefaßt sein lassen, daß nach einem bekannten Wort des Oberhauptes der preussischen protestantischen Kirche die Geißlichkeit sich in Politik nicht zu mischen hat.

**Mit der Unfallverhütung auf den Bauten** will es nicht besser werden. In Hannover sind, wie der „Volkswille“ berichtet, beim Bau der Lutherkirche an der Schauffeldstraße durch theilweisen Einsturz eines überlasteten Gerüstes zwei Arbeiter schwer verletzt worden. Der Unfall ereignete sich im Verlaufe des Innungsmeisters Bohne, der zugleich Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft in Unfallangelegenheiten ist und als solcher die Bauten zu kontrollieren hat. Wenn die Herren Kontrolleure nicht einmal in ihren eigenen Betrieben für genügende Sicherheitsvorkehrungen sorgen, wie schlimm mag es mit der Kontrolle erst bei den übrigen Betrieben stehen!

## Soziale Rechtspflege.

Beim Engagement des Arbeiters A. äußerte der Bau-meister Schacht, er könne nicht versprechen, daß die Arbeit von längerer Dauer sei. Die Kammer III des Gewerbe-gerrichts, welche über einen Anspruch des A. verhandelte, den dieser mit seiner plötzlichen Entlassung begründet hatte, entschied dahin, daß jene Bemerkung nicht als Kündigungsanlass angesehen werden könnte. Da ein Entlassungsgrund nicht vorlag, wurde Schacht deshalb zu der geforderten Lohnschädigung verurtheilt.

Der Banarbeiter G. erhielt vom Unternehmer Hirsch bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses keine Beschädigung über Art und Dauer seiner Beschäftigung, obwohl er darauf Anspruch machte. Seine Bemühungen nach Arbeit blieben zehn Tage lang ohne Erfolg, weil er keinen Ausweis über die letzte Stellung besaß; er verklagte deswegen Hirsch auf Schadenersatz. Die Kammer III des Gewerbe-gerrichts sprach ihm dann auch 30 M. zu, indem sie die fragliche Forderung als berechtigt anerkannte.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Tromsøe, 24. August.** (W. T. B.) Das Schiff Andros, die „Virgo“, kam heute Nachmittag um 1 Uhr 58 Minuten hier an. An Bord befindet sich alles wohl.

**Genf, 24. August.** (W. T. B.) Der internationale Kongress für Kriminal-Anthropologie wurde heute durch eine Ansprache des Bundespräsidenten Lachenal eröffnet.



## lokales.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend von 7-8 Uhr abends statt.

**Au die Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises Ost!** Seit Neugründung des Vereins sind nunmehr fünf Wochen verfloßen. Eine beträchtliche Anzahl Genossen sind in dieser Zeit der Organisation beigetreten, aber immer sind ihrer noch nicht genug im Verein, um die bekannte Kollateralthat in gebührender Weise wieder weit zu machen. Wir erwarten von der Arbeiterschaft im Osten, daß die bekannten Verfolgungen ein Ansporn für sie sind, um den Gewaltthätern zu zeigen, daß all ihr Streben zu Schanden wird an der ehernen Entschlossenheit und dem Opfermuth des Proletariats. Sache eines jeden Parteigenossen ist es, in Werkstatt und Familie für Anschluss an den Wahlverein zu wirken und ihm Willkür in immer größerer Zahl zuzuführen. Um die Formalitäten des Beitritts möglichst zu erleichtern, hat der Vorstand in allen Stadttheilen des Ostens Zahlstellen errichtet; zum Zweck der Werkstatt-Agitation können außerdem beim Kassierer Otto Franke Listen in Empfang genommen werden.

Folgende Zahlstellen sind errichtet: Vogel, Ebingersstraße 9. Zabel, Frankfurter Allee 90. Baumgarten, Königsbergerstr. 7. Voß, Grünweg 46. F. Wille, Andreasstraße 26. Köpnick, Schillingstr. 30. Radtke, Krautstr. 48. Neumann, Kleine Andreasstr. 15. Lorenz, Koppenstr. 47. Böhl, Frankfurter Allee 74. A. Böhl, Radesdorferstr. 8. Wiedemann, Blumenstr. 88. O. Franke, Friedrichsbergstraße 11. Spaet, Weinstr. 28. A. Hoffmann, Blumenstr. 14.

**Achtung, Gesangsvereine des Arbeiter-Sängerbundes.** Folgende Vereine wirken zur Lausfeier am 29. August mit: Weimanns Volksgarten, Gesundbrunnen. Vereine: Nord, Rote Kette, Gleichheit, Neue Zeit, Bruderberg, Bruderkund, Freundschaft, Sangeslust II, Wineta, Vorbergsberg. Eine Probe findet am Donnerstag, den 27. August, abends 8 Uhr, bei Gröndel, Brunnenstr. 188, statt.

**Norddeutsche Brauerei.** Vereine: Hilaritas, Steinicke, Sangeslust I, Raigoldchen I, Nordmacht, Wieber'scher Chor, Webdinger Harmonie, Unverdorben, Alpenröslein. Eine Probe findet am Donnerstag, den 27. August, abends 8 Uhr, bei Neumann, Pajewalkstr. 3, statt.

**Wernau's Festfeste.** Vereine: Wacht auf, Entertien, Steinseher-Chor, Rosenthaler Vorstadt, Deutscher Männerfang, Rhythmenblätter, Freiheitsgruß, Vorwärts, Arion, Kaiser'scher Männerchor. Eine Probe findet am Donnerstag, den 27. August, abends 8 Uhr, bei Wernau, Schwedterstraße, statt.

**Ähren's Brauerei, Moabit.** Sämtliche Vereine Moabits. Eine Probe findet am Donnerstag, den 27. August, abends 8 Uhr, in Fischer's Klubhaus, Beusselstr. 9, statt.

**Deckpläne für Damen.** Der Magistrat hat der zu erlassenden Polizeiverordnung wegen Zulassung der weiblichen Personen zu den Deckplätzen der Pferdebahn-Wagen mit dem Hinzufügen zugestimmt, daß er schon jetzt sein Einverständnis damit erklärt, wenn unter gleichen Bedingungen auch bei den Fahrzeugen anderer Transportgesellschaften die Benutzung der Deckplätze durch weibliche Personen gestattet würde.

**Ueber die Pflicht des Miethers,** die Wohnung Miethelustigen zu zeigen, hat sich, wie berichtet wird, das Kammergericht dahin ausgesprochen, daß für die Befichtigung die Stunden von 1/2 bis 1/4 Uhr nachmittags als „angemessene Zeit“ anzusehen seien, mit der Maßgabe jedoch, daß der Miether an Sonn- und Feiertagen eine Befichtigung überhaupt nicht zu gestatten brauche. Wo der Mietkontrakt diesbezügliche Bestimmungen enthält, haben natürlich diese Vorrang.

**Der Jahresabschluss der städtischen Markthallen-Verwaltung** für 1. April 1895/96 weist einen Gewinnüberschuß von 85 779,34 M. auf, welcher dem Erneuerungs- und Ergänzungsfonds zugeführt worden ist.

**Polizeiliche Revisionen in Bäckereien** finden, nachdem der Bäckereimeister König sich selbst bezichtigt hatte, die Verordnung des Bundesrats nicht respektiert zu haben, der „Vollzeitung“ zufolge des öfteren statt. In einem Falle wurde die Revision sogar mitten in der Nacht vorgenommen. In einer größeren Bäckerei in der Potsdamerstraße erschien in der vorigen Woche morgens gegen 1 1/2 Uhr ein Polizeileutnant in Begleitung eines Beamten in Zivil. Der Leutnant ließ sich die Kalendertafel zeigen und fragte die Gesellen, ob sie Ueberarbeit hätten, was jedoch verneint wurde.

Die „Vossische Zeitung“ reißt sich an uns, weil wir gelegentlich der Meldung über die Hinausbeförderung eines bestimmten Rowdys aus unserer Redaktion daran erinnerten, wie, nun sagen wir, wie — bescheiden man sich vor etwa 4 Jahren in einer liberalen Redaktion einem Revolver-Attentäter, der gegen den Redakteur gar einen Mordversuch ausführte, gegenüber benommen hat. Wir nehmen an, daß die „Voss. Ztg.“ nur das kollegiale Mißbehagen zum Ausdruck bringt, daß einen naturgemäß befallen muß, wenn so fatale Dinge wieder aufgeführt werden und wir entschuldigen es daher, wenn das liberale Blatt die Gegenüberstellung in unserer Sonnabendnummer „Geschmacklosigkeit“ und „un glaubliche Bäckerei“ schimpft. Sehr bei den Haaren herbeigezogen erscheint in diesem Falle aber der dann noch weiter in der „Voss. Ztg.“ erhobene Vorwurf, daß der „Vorwärts“ beliebe, alles was Sozialdemokrat sei, verglichen mit dem verrotteten und verkommenen Bürgerthum, als hochherzig, brav, gut und edel zu bezeichnen. Die Berrichtung, zu der wir am Sonnabend gedrängt wurden, war eine sehr unangenehme, und nur Böswilligkeit kann aus dem kurzen Bericht, den wir darüber brachten, herauslesen, daß wir uns derselben gerührt und am Ende gar den Rowdy als Typus desselben Bürgerthums hingestellt haben, dem wir gerade zum Vorwurf machen, daß es dem höheren Rüpeltum gegenüber zu wenig Energie beweist. Desgleichen ist es uns noch nie eingefallen, Rohheiten und Ackerhaftigkeiten, die sich in unseren Arbeiterkreisen ereignen haben, zu vertuschen und sie nicht beim rechten Namen zu nennen, mögen diese Rohheiten vielfach auch noch so sehr in einer Weltordnung ihre Erklärung finden, vor deren Gottähnlichkeit doch nachgerade selbst der „Vossische Ztg.“ zuweilen angst und bange wird.

**Mit der Entdeckung des Kranke-Attentäters** scheint es Eßig zu sein, wenn die Meldung über die Hinausbeförderung richtig ist: Die Anarchistenaffäre Roschmann und Genossen, die bereits seit längerer Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt, dürfte langsam in Sande verlaufen. Die Untersuchung hat bisher nur wenig Thatsächliches ergeben, und es hat den Anschein, als ob die ganze Sache von vornherein ungebührlich aufgebauscht worden sei. Der mysteriöse Vorgang der Rücksendung der Kleider des Roschmann an die Frau Gürtler in Rixdorf, die eine gewisse Rolle zu spielen schien, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. In polizeilichen Kreisen ist man, wie uns versichert wird, überhaupt nicht der Ansicht, daß es sich um ein spezifisch anarchisches Attentat gegen den Polizeiobersten Krause handle. Ähnliches

ist bereits vor gut einem Jahre in hiesigen Blättern angedeutet worden.

**Reiche Wüstlinge.** Am Sonnabend wurde der Sohn eines unserer hervorragenden Möbeltransporteure verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert. Der junge Mensch brachte auf ein Zeitungsinferat hin die Masseuse K. in der Borfigstraße aufgesucht. Er äußerte gesprächsweise während er sich von ihr behandeln ließ, daß er Bildhauer sei, und bat Frau K., ihm für seine künstlerischen Zwecke Mädchen und Knaben im Alter von 10-12 Jahren als Modelle zu verschaffen. Da gerade die Schule aus war und mehrere Kinder im bezeichneten Alter auf dem Hofe spielten, holte Frau K. ein kleines Mädchen herauf. Da das Gebahren des Fremden ihr jedoch sonderbar vorkam, belauschte sie ihn und überraschte ihn in dem Augenblick, als er an dem Mädchen unzüchtige Handlungen vornehmen wollte. Der Thäter wurde verhaftet und zur Wache gebracht. — Vor einigen Tagen ist es der Kriminalpolizei gelungen, eine unnatürliche Mutter dingfest zu machen, welche seit einiger Zeit unter der Maske des Streichholzverkaufs ihre noch nicht 12-jährige Tochter gewohnheitsmäßig verknuppelte.

**Von der gemeldeten „Droschkenkutscher-Revolution“** wird jetzt von beteiligter Seite folgende Darstellung gegeben: Der um 9 Uhr 34 Minuten fällige Extrazug hatte 2 Stunden Verspätung und lief um 11 Uhr 34 Minuten geteilt ein. Schon beim Einlaufen der ersten Hälfte habe es sich bemerkbar gemacht, daß viele Reisende, welche willens waren, 1. Klasse zu fahren, Nachmarken für 2. Klasse hatten, auch sollen verschiedene Reisende sich dahin ausgesprochen haben, daß sie wohl irrtümlicherweise Marken 2. Klasse erhalten, obwohl sie 1. Klasse verlangt hätten. Die Kutscher 2. Klasse wie auch die Gepäckdroskschützen hätten somit sämtlich „Zuhre“ erhalten, während die Kutscher 1. Klasse ziemlich leer ausgegangen wären, was diese begrifflicherweise in keine rofige Laune versetzte. Kurz vor dem Einlaufen der zweiten Hälfte des Extrazuges habe nun der auf dem Bahnhofe dienstthuende Schuttmann die Kutscher zum „Aufstehen“ kommandirt. Dies sei ihm nun nicht schnell genug gegangen und sei er speziell an den Kutscher J. herangetreten mit der kategorischen Aufforderung, den Kutscherbock schneller zu besteigen und sofort den Bahnhof zu verlassen. Das habe J. nun allerdings nicht so ohne weiteres gethan, sondern vielmehr den Beamten sehr energisch gefragt, aus welchem Grunde er ihn vom Bahnhof weise. Bei dieser Gelegenheit soll nun J. dem Schuttmann etwas zu nahe getreten sein, worauf dieser blank gezogen und dem Kutscher J. derartig am Arm verletzt habe, daß derselbe ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Inwieweit diese Darstellung den Thatsachen entspricht und auf welcher Seite die Hauptschuld an der „Droschkenkutscher-Revolution“ liegt, wird die eingeleitete Untersuchung wohl lehren. Anzunehmen ist, daß die Droschkenkutscher wohl kaum aus purem Uebermuth „revoltirt“ haben werden.

Noch nicht festgestellt ist die Persönlichkeit des jungen Mannes, der sich im Wartesaal vierter Klasse des Schlesischen Bahnhofes erschossen hat. Er wird voraussichtlich unbekannt beerdigt werden müssen.

**Der Fahrrad-Fabrikant Hugo Neumann, Prinzenstr. 86,** ist am Sonnabend verhaftet worden, nachdem kürzlich Konkurs über sein Unternehmen verhängt worden ist.

**Um den Maurer Julius Behlow** aus Reichenhagen bei Langitz scheint es sich bei einem Leichenfund zu handeln, der am Sonntag Morgen gegen 7 Uhr in der Spree hinter einem Grundstück der Stralauerstraße gemacht wurde. Der Todte ist ein Mann von etwa 40 Jahren mit blondem Vollbart; bei ihm befanden sich Papiere auf den vorgenannten Namen. Vermuthlich liegt Selbstmord oder Unglücksfall vor, da bei der Leiche eine Geldtasche mit Inhalt vorhanden war. Näheres ist noch nicht ermittelt worden.

**Auf offener Straße** versuchte sich am Sonntag Nachmittag der 45 Jahre alte Sattler Gustav Pinsler zu erhängen. Der Mann war gegen 3 Uhr nachmittags dabei, sich an einem Baume in der Pantstraße aufzuhängen, als man ihn bemerkte und an der Ausführung seines Vorhabens verhinderte. Ein Schuttmann des 69. Reviers brachte ihn in eine Anstalt, da sich herausstellte, daß er geistesgestört ist.

**Vorjährige konservirte Matjes-Seringe** werden jetzt häufig als „frische“ verkauft. Bekanntlich wird ein solches Verfahren vom Gericht als Betrug aufgefaßt und bestraft. Sollten dies gewisse Händler nicht wissen?

**Der ehemalige Rentner Franz Gompert** aus Charlottenburg, der vor mehreren Jahren hier ein sogenanntes Heirathsvermittlungsbureau betrieb und wegen Betrügereien von der Kriminalpolizei verfolgt wurde, ist dieser Tage in Wein-Böhlen in Sachsen verhaftet worden.

**Der vollständig veraltete Körper** eines etwa 12 Jahre alten Knaben, der nahezu ein Jahr lang in Wasser gelegen haben mag, wurde am Sonnabend Abend zwischen 6 und 7 Uhr bei der Oberbaumbrücke aus dem Wasser gezogen und von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Das Fleisch hat sich im Laufe der Zeit von den Knochen gelöst, so daß ein Erkennen der Person unmöglich ist. Einen Anhalt für die Feststellung des Kindes bietet nur die Kleidung, welche aus einem grauen Rock, grauer Hose, sowie einem gelb- und blaue gestreiften Hemde besteht.

**Verschwinden** ist seit dem 19. d. M. der achtzehnjährige Klempnergehilfe Max Stöck aus der Bergmannstraße 22. Es scheint, daß er in schlechte Gesellschaft gerathen ist und sich in Berlin herumtreibt.

**Eine Prügelei** entbrannte wegen einer Frauensperson an der Ecke der Danziger- und Hochmeisterstraße zwischen dem 25-jährigen Former Richard Bräning und dem 19 Jahre alten Arbeiter Georg Hildebrandt. Bräning erhielt fünf Messerstiche in den Kopf und einen in den Arm, während sein Gegner eine anscheinend nur leichte Verletzung am Kopfe davontrug. Beide waren stark angetrunken und wurden auf der Unfallsstation verbunden.

**Durch Messerstiche** in Brust und Rücken wurde am Sonntag früh um 1 1/2 Uhr der 26 Jahre alte Bäcker August Wendt aus der Stallschreiberstraße 25 gefährlich verletzt. Es handelt sich um eine „Athletenschlacht“ auf offener Straße zwischen Mitgliedern des Athletenklubs „Teutonia“, der in dem Lamprecht'schen Lokal, Alte Jakobstraße 54/55 tagte, und mehreren anderen Gästen des Lokals, die sich über sie lustig gemacht hatten. Verwundet wurden der 20-jährige Hausdiener Franz Hinz vom Elisabethufer 43 an der rechten Wange und an der rechten Hand und der 24-jährige Tischler Zeit aus der Kochstraße 37 durch drei Stiche in den Kopf. Als die Schuttmannschaft einschritt, zog Zeit auch gegen diese das Messer, so daß er gefesselt nach der Sanitätswache in der Annenstraße 22 gebracht werden mußte.

**Polizeibericht vom 22. August.** Morgens fiel am Tempelhofer Ufer der 26-jährige Bildhauer Arthur Bickert in Krämpfen hin und verletzte sich erheblich im Gesicht. — Vor dem Hause Leipzigerstr. 6 stiftete die 16-jährige Elise Sternsdorf

aus, gerieth unter die Räder einer vorüberkommenden Droschke und erlitt eine bedeutende Verletzung am linken Arm. — Beim Befestigen eines Rouleaux im vierten Stock des Hauses Schulendorferstraße 17 stürzte vormittags der 16-jährige Arbeiter Alfred Koll auf den Bürgersteig hinab und trug außer mehreren Knochenbrüchen schwere innere Verletzungen davon. Er wurde nach der Unfallsstation VI und von dort nach der Charité gebracht. — In der Spree, nahe der Oberbaumbrücke, wurde gegen Abend die bereits stark verweste Leiche eines etwa 10 Jahre alten Knaben angeschwemmt und nach dem Schauhaufe gebracht. — Auf dem Mariannenplatz gerieth abends der 48-jährige Kupferschmied Louis Ehlers in der Trunkenheit unter die Räder eines Geschäftswagens und zog sich einen Bruch des linken Oberschenkels zu. Nach Auflegung eines Verbandes erfolgte seine Ueberführung in das Krankenhaus am Urban. — Auf dem Grundstück Hochstraße 84 brach abends in einer Scheune Feuer aus, das bald auch eine zweite Scheune, ein Stallgebäude und das Wohnhaus ergriff. Die in den Scheunen lagernden Vorräthe an Heu und Stroh wurden größtentheils vernichtet und das Wohnhaus zum Theil beschädigt. — Außerdem fanden noch zwei unbedeutende Feuer statt.

## Aus den Nachbarorten.

**Röhenitz.** Die Parteigenossen werden wiederholt auf die vom Sozialdemokratischen Arbeiterverein am Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats veranstalteten Vese- und Diskussionsabende hingewiesen. Es finden kurze Vorlesungen mit darauffolgender Diskussion statt. Zur Vorlesung kommen Ältere und neuere Erscheinungen in der Parteiliteratur, namentlich in Druck erschienene Vorträge hervorragender Redner. Kein Parteigenosse sollte veräumen, an diesen regelmäßigen Redebühnen theilzunehmen, sowie dem Verein stets neue Mitglieder zuzuführen. Die nächste Versammlung findet am 1. September im Vereinslokale bei A. Schulz, Schönekindersstraße, statt.

**Ueber den Fall von Lepra (Ausfall) in Charlottenburg** wird weiter berichtet, daß die davon befallene Person eine dort seit anderthalb Jahren ansässige wohlhabende Dame ist, welche vor ihrer Ueberfiedelung nach Charlottenburg lange Jahre in einem Lande gelebt hatte, in welchem die Lepra eine sehr häufig vorkommende Krankheit ist. Schon vor mehreren Tagen schickte sich die Dame unpässlich und war von einem eigenthümlichen Hautausschlag befallen, der als Ausfall festgestellt wurde. Von den Ärzten wurden nach der „Charlottenburger Zeitung“ alle Vorsichtsmaßregeln zur vollständigen Isolirung der Kranken getroffen, um einer weiteren Uebertragung der Krankheit auf die Umgebung der Patientin, die in ihrer Wohnung verbleiben durfte, vorzubeugen. Die von der fürchterlichen Krankheit so schwer betroffene Dame, eine in Charlottenburger Gesellschaftskreisen wohlbekannte Erscheinung, steht in den mittleren Lebensjahren. Ihr Gatte hatte kürzlich eine größere Reise unternommen. Die Kurze erhoffen bestimmt, eine vollständige Heilung herbeiführen zu können.

**In Friedrichsberg** hat sich der Klempnermeister P. am Sonnabend in seiner Wohnung, Scharnweberstraße 41, erhängt. Die That soll in einem Anfall von Geistesgestörtheit begangen worden sein.

**In der Webergesellschaft zu Nowawes** wird seit Jahren ein erbitterter Kampf um die Leitung der von der Webergemeinde errichteten Krankenlase geführt. Auf der einen Seite steht der Jünglingsverein, auf der anderen Seite alle, die der Minderheit und dem Josophum abhold sind. Zur Befriedigung der Jünglingsbrüder gelang es den frommen Patrioten noch vor zwei Jahren, einige „gefährliche“ Elemente aus der Kasse auszuschießen, als diese auf Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung hingewiesen hatten. Doch auch in diesem Falle ging der Krug so lange zu Wasser, bis er brach. Vorige Woche beschlagnahmte die Polizeibehörde die Bücher der Kasse, weil fortgesetzt Unregelmäßigkeiten in der Buchführung vorgekommen sein sollen; die Bezahlung der Beiträge war zwar in den Quittungsbüchern abgestempelt, aber nicht ins Hauptbuch übertragen worden. Wie hoch die unterschlagene Summe ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Kontrollen der Kasse sind in diesem Falle inwieweit beauftragt, als die Thatsache, daß erst vor einigen Jahren bedeutende Unterschleife vorgekommen sind, sie zu strengerer Ueberwachung hätten anspornen sollen.

**Bei dem 1. Garde-Regiment zu Fuß zu Potsdam** soll, wie der „Vollzeitung“ ein Berichterstatter mittheilt, eine Typhusepidemie ausgebrochen sein, welche die Aufnahme zahlreicher Soldaten in das Garnison-Lazareth veranlaßt hat. Die Ursache der Erkrankungen glaubt man in der schlechten Beschaffenheit des Havelwassers suchen zu sollen und habe deshalb die Militär-Schwimmhalle an der Heiligengeist-Kirche geschlossen.

## Gewerbe-Ausstellung 1896.

In dieser Woche werden im **Saal des Chemiegebüdes** folgende Vorträge gehalten: Dienstag, 25. August, Dr. Feincke, Direktor der Königl. Porzellanmanufaktur in Berlin: „Porzellan und seine Dekorationsarten“; Mittwoch, 26. August, Dr. J. Reiter, Geheimrath: „Vereitung und Pflege des Weines“; Donnerstag, 27. August, Dr. Walter: „Die natürliche Nahrung der Fische in unseren Teichen, mit besonderer Berücksichtigung der neueren Planktonforschung“; Freitag, 28. August, Dr. J. L. Sponzel: „Moderne Plakate“; Sonnabend, 29. August, Dr. Rathgen, Chemiker der Königl. Museen: „Altkühner-Konfervirung“. Die Vorträge beginnen pünktlich um 6 Uhr und sind unentgeltlich.

**Zwischen dem Arbeitsauschuss** der Ausstellung und den Direktoren von Alt-Berlin, Kairo und der Kolonial-Ausstellung ist, wie wir in hiesigen Blättern lesen, ein Abkommen getroffen worden, nach welchem am Mittwoch, 26. d. M., versuchsweise der Preis von 1 M., erhoben werden soll, welcher zu dem Besuch der Ausstellung und der drei genannten Sonderausstellungen zusammen berechtigt. Die Eintrittskarten werden demnach nur an den Eingängen zur Ausstellung selbst ausgegeben werden, während für diesen Tag Klassen und Kontrollen der Sonderausstellungen in Wegfall kommen.

**Die Zustände in einigen Bäckereien** auf der Gewerbe-Ausstellung werden uns wie folgt geschildert: Bei dem Bäckereimeister Tacke sind für zehn bis zwölf Mann acht Betten aufgestellt. Die Arbeitszeit dauert von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr und für diese Arbeitsleistung erhalten die Ausbissgesellen täglich 8 M. 40 Pf. Fünfundzwanzig Pfennige muß der Geselle für den Arbeitschein zahlen, gleichviel ob er nur einen Tag oder länger beschäftigt wird. Zur Aufklärung sei bemerkt, daß es anderswo üblich ist, 8 M. Lohn und Kost zu gewähren; im Betriebe des Herrn Tacke fällt die Kost jedoch bei Ausbissarbeit aus. Bei Garth treten die Ausbissmannschaften mittags 12 Uhr an und arbeiten bis zum andern Nachmittage 2 Uhr. Für diese 26 Stunden Arbeit giebt es 8 M. und Mittagbrot; wer länger dort bleibt, legt sich ins Bett, das zuweilen noch warm ist, weil ein Kollege es soeben verlassen hat. Als ein braver Rothhelfer wird uns der Werkmeister bei Garth geschildert. Der Herr reißt



den Mannschaften, welche über 24 Stunden gearbeitet haben, wurde eine Tasse Kaffee; für die Gutmüthigkeit zahlt jeder Gefelle an Herrn Gatz noch besonders den Betrag von 5 Pf.

Dieleicht macht in dieser schönen Sommerzeit der Gatz zu Inn- und Knupphausen sich einmal das Vergnügen, 24 Stunden hintereinander bei einem Anstellers-Bäckermeister zu arbeiten. Der Herr hat ja im Reichthum bei Gelegenheit der Video-Interpellation das bekannte große Wort zu Gunsten der ausbrennenden Bäckermeister gesprochen, daß eine recht lange Arbeitszeit gesund sei und ein hohes Alter verbürge.

Das ist rührend. Der Arbeitsausschuß hat beschlossen, am Sedantage aller Veteranen, die sich durch Anlegung der Kriegsdienstmünze als solche zu erkennen geben, den Eintritt in die Ausstellung für 25 Pf. zu gewähren.

### Kunst und Wissenschaft.

In Leising-Theater wurde am Sonnabend das Lustspiel „Der Freund der Frauen“ vom jüngeren Dumas in einer Neubearbeitung von Dora Dunder zum ersten Male aufgeführt. Die Komödie gehört zu den ältesten Arbeiten von Dumas und läßt sich in keinem Ton auf das spätere, ernste, sozialistische Schaffen von Dumas schließen. Nichts war überflüssiger, als dies Lustspiel, in dem jede einzelne Person, bis zum Ueberdruß widerwärtig, in geistreichem Feuilletonstils spricht, wiederum ausgraben. Heute erscheinen die Helden in derlei Komödien, die überlegenen Geistes über alles in der Welt wüheln und unwiderstehlich die Seelen der Frauen beherrschen, wie komische Aufschneider; aber selbstgefällige Schauspieler bewegen sich in dem beliebten Rollenkreis immer noch gerne. Die Schauspieler des Leising-Theaters, an ihrer Spitze Herr Stahl in der Rolle des Unwiderstehlichen, wandten diesmal kein besonderes feines Geschick auf. Das Dumas'sche Wortgeländel wurde zu Klodig vorgetragen.

Die Direktion des Ostend-Theaters schreibt uns: Das neue Ensemble des künftigen Ostend-Theaters ist beisammen und die Proben sind in vollem Gange. Da die Arbeiten der Handwerker bis Ende August nicht fertiggestellt werden können, so wird das Theater vom 1. bis 3. September geschlossen.

Am 4. September findet die Eröffnung statt mit einer Novität von Rudolf Knefel.

Der Vorverkauf der Billets findet vom 2. September ab an der Theaterkasse statt. Die Preise der Plätze werden noch im Laufe der Woche bekannt gemacht.

Bei dem Dienel'schen Orgelbortrage in der Marienkirche Mittwoch, den 26. August, Mittags 12 Uhr, wird Fräulein Martha Kamme „Mein gläubiges Herz“ von Bach mit Begleitung von Violoncello und Orgel singen, auch kommen Orgelkompositionen von Bach, Händel, Pesse, Gullmont und Dienel zur Aufführung. Der Eintritt ist frei.

Von Nauken liegen folgende Nachrichten vor: Christiania, 28. August. „Morgenbladet“ berichtet die folgenden Einzelheiten über die Gistritz des „Fram“: das Schiff trieb, nachdem Nauken und Johansen dasselbe verlassen hatten, langsam nordwärts. Die Insassen fertigten Geräthe für eine Gistritz, für den Fall, daß das Schiff hätte verlassen werden müssen. Der Sommer 1895 verlief ohne Zwischenfall. In der Zeit vom 19. Oktober bis 15. November war die höchste nördliche Breite erreicht, der 85. Grad war überschritten. Vom 13. Januar 1896 an trieb der „Fram“ nach Süden; von Ende Februar bis Mitte Juli befand er sich fast an gleicher Stelle; er war am 19. Juli um 83 Gr. 14 Min. n. Br. angelangt. Das Packeis war schon Mitte Mai d. J. gebrochen; am 2. Juni gelang es nach vielen Anstrengungen, das Schiff vom Eise, in dem es fest saß, loszumachen, doch begann dasselbe erst am 19. Juli sich aus der Eisregion herauszuarbeiten. Das Eis reichte von 83 Gr. 14 Min. bis 81 Gr. 32 Min. n. Br. und westwärts bis 11 Gr. 40 Min. östl. Länge. Am 18. August war offenes Meer erreicht. Das Meer zeigte überall eine Tiefe von 3400 bis 4000 Metern mit Untiefen gegen Spitzbergen.

Tromsø, 23. August. Mancherlei verlautet hier von weitreichenden Plänen Nauken's. Daß er vielleicht eine neuerliche Nordpolfahrt machen werde, hat er in Bardø und hier wiederholt geduldet, nunmehr heißt es aber, er wolle auch eine Expedition zum Südpol unternehmen. Es werden sogar Details des Reiseplanes hinzugefügt, die beweisen, daß Nauken zum mindesten sich angelänglichlich mit dem Südpolproblem befaßt und daß er eine glückliche Lösung desselben für möglich hält. Nauken will zur Südpolexpedition zwei Schiffe und eine große Zahl von Hundemithnehmern. Das eine Schiff würde bei den Vulkanen Erebus und Terror, welche Noß im Jahre 1872 erreichte, überwintern. Dem zweiten Schiffe stiele die weitere wissenschaftliche Untersuchung zu. Mit Schlitten — sobald es zu Schiff unmöglich wäre — wäre dann nach Nauken's Meinung auch ein weiteres Vordringen nach Süden möglich.

Tromsø, 28. August. Die Stadt gab gestern zu Ehren der Mitglieder der Nauken'schen Expedition ein großes Fest; die Volsfahre waren Gegenstand ungemein begeisteter Palldigungen.

Aus Bern wird vom Montag berichtet: In der heutigen ersten geschäftlichen Sitzung des Kongresses für Schu literarischen und geistigen Eigentums gaben zuerst die neu eingetroffenen Delegierten, unter anderen vom Börsenverein deutscher Buchhändler, Bericht über den Fortgang des Werkes der Vereinigung in ihren Ländern und in ihren Bezugszweigen. Das Bureau ist folgendermaßen zusammengesetzt: In Ehrenpräsidenten wurden gewählt: Der Bundespräsident Buchenau, die Bundesräthe Müller und Ruff sowie der frühere Bundesrath Anna Drog; zu Präsidenten: Soullist, Dierks und Morel; zu Vizepräsidenten: Wambler, Bannermann und Lopus; zu Sekretären: Woinard, Bloethberger, Lobel, Oerrieth, Hermann, Gannois und de Gernmont. Maillard, Paris erstattete einen längeren Bericht über die Prüfung der Arbeiten der Pariser Konferenz für Revision der Berner Konvention. Redner konstatiert, daß die formulierten Abänderungen dieser Konvention als bemerkenswerthe Fortschritte gelten müßten. Man dürfe hoffen, daß auf der in sechs oder 10 Jahren in Berlin stattfindenden zweiten diplomatischen Konferenz alle zurückgebliebenen Fragen ihre Lösung finden werden. Der Kongreß beschloß, auf baldige Ratifikation der Ergebnisse der Pariser Konferenz d. J., sowie auf die Reform der Bundesgesetz über Urheberrecht in den einzelnen Staaten, namentlich Großbritannien und Deutschland, hinzuwirken und sich zu diesem Zwecke mit den Gesellschaften von Autoren und Rechtsgelehrten in diesen Ländern in Verbindung zu setzen. Der Kongreß sprach sich ferner für die Gründung von Rechtsbüros in jedem Staate, sowie von Gesellschaften von Urhebern dramatischer Werke zum Schutze ihrer Interessen aus.

Die ältesten Bergwerke der Erde. Der berühmte französische Chemiker und ehemalige Minister des Aeußeren Berthelot machte in der Pariser Akademie der Wissenschaften eine interessante Mittheilung über die Metallurgie in den weitest zurückliegenden Epochen der Menschheit. Er legte dar, daß aus den neuesten Forschungen Herrn v. Morgan's hervorgehe, daß im Sinalgebirge Kupferminen existiren, die noch vor 3000 Jahren im Betrieb waren, nachdem sie während einer Periode von 4000 Jahren Mineral zur Verarbeitung geliefert hatten. Danach dürften diese gewiß als die ältesten Bergwerke der Welt angesehen werden. Recht bemerkenswerth ist, daß Berthelot nach den von Morgan gelieferten Erprobungen feststellen vermochte, daß die Hüttenvorgänge, die zu jener Epoche zur Anwendung gelangten, um die Metalle zu scheiden und herauszugutieren, den heutigen ganz gleichartig waren. Bei

den Sinal-Erzen war ein sehr vervollkommenes Verfahren erforderlich, da ihr Kupfergehalt sehr gering war. Nur die Billigkeit der Arbeitskräfte, die von gefangenen Sklaven geliefert wurden, deren Leben, wie in der heutigen Kulturwelt noch meistens nicht weiter in Betracht gezogen wurde, machte es möglich, Lager von so geringem Kupfergehalt, wie die im Sinalgebirge, vortheilhaft auszuberten. Das aus diesen alten Bergwerken stammende Kupfer ist mit einem Bruchtheil Zinn und Antimonium vermischt, so daß es also eine richtige Bronze bildete.

### Gerichts-Beitrag.

Der Fall, daß einem Schuymann weniger Glauben beigegeben wurde, als den Angeklagten und ihren Schuymännern, ereignete sich wiederum in einer Verhandlung, welche vor der 181. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Angeklagt waren der Töpfer Julius Glier und seine Ehefrau Auguste Glier, ersterer wegen thätlicher Beleidigung eines Beamten, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung, letztere wegen Widerstands, verführter Gefangenenbefreiung und Beleidigung. Der Schuymann Rathje schützte den zur Anklage stehenden Fall folgendermaßen: In der Nacht zum 28. Juni sei er auf seinem Patrouillengange von dem Privatwächter Weidemann darauf aufmerksam gemacht worden, daß kurz zuvor in der Straßunderstraße ein arger Sclandal getobt habe. Der Zeuge sei dorthin gegangen. Er habe sich dorthin begeben und schon von Weitem bemerkt, daß vor dem Hause Straßunderstraße 89 eine weibliche Person stand, die mehrere vorübergehende Männer ansprach. Als er näher gekommen war, habe er zu der Frauenperson gesagt: „Gehören Sie hier in's Haus, so gehen Sie doch hinein und stehen Sie hier nicht auf der Straße herum!“ Sie haben ihn darauf in beleidigender Weise angegriffen und gerufen: „Julius, komm doch!“ Darauf sei der Angeklagte Glier, der mit mehreren Männern auf der entgegengelegten Seite der Straße stand, angelaufen gekommen und habe ihn sofort mit den Worten: „Was wollen Sie von meiner Frau?“ an der Brust gepackt und ihm den Kopf zerissen. Der Zeuge habe jetzt den Angreifer im Gesicht gepackt. Von den Begleitern des letzteren hätten die meisten sich genähert, der Zeuge habe befürchtet, angegriffen zu werden und deshalb blank gezogen. Es sei aber von anderen Personen kein Angriff gegen ihn erfolgt; auf dem Wege zur Wache habe nur Frau Glier ihn Schwierigkeiten bereitet, welche unter Schimpfworten wiederholt versucht habe, ihren Mann loszureißen. Eine ganz andere Darstellung gaben die Angeklagten. Die Ehefrau Glier bestritt, daß sie jemanden auf der Straße angeredet habe, als sie kurze Zeit auf ihren Mann wartete, der noch von einigen Vereinsmitgliedern Abschied nahm. Der Schuymann habe sie barsch angefahren und beschimpft, worauf sie ihren Mann gerufen habe. Dieser sei von dem Schuymanne ebenfalls mit den Worten angeredet worden: „Was will der B... junge, der Strolch?“ Gleichzeitig habe derselbe versucht, ihren Mann am Halse zu packen, dieser habe darauf den Beamten zurückgestoßen, der nun blank zog und ihm mit dem Säbel über den Kopf schlagen wollte. Glier habe den Schlag mit dem rechten Arm, unter dem er eine eiserne Kasse getragen, aufgefangen. Nun habe der Schuymann ihn mit der Rechten im Gesicht gepackt und ihn vor sich her zur Wache geschoben, wobei der Beamte ihm mit der Linken ohne Veranlassung viele Schläge versetzt habe. Darauf habe sie, die Ehefrau Glier, allerdings wiederholt gerufen, der Schuymann solle ihren Mann nicht schlagen, der doch kein Mörder sei. Der Angeklagte Glier behauptete, daß er auch auf der Wache mißhandelt worden sei. Da beide Angeklagte mehrfach vorbestraft sind, so würde der Gerichtshof auf ihre Anklagen wohl wenig gegeben haben, wenn der Verteidiger, H. A. Berthauer, nicht eine Anzahl einwandfreier Zeugen geladen hätte, welche die Angaben der Angeklagten bestätigten. Sie bezeugten, daß der Schuymann den Angeklagten Glier sofort mit den vorerwähnten Schimpfworten angeredet und mit dem Säbel auf ihn eingeschlagen habe, weil Glier durch vorgehenden Arm den Schuymann von seiner Frau trennen wollte. Während der Staatsanwalt gegen den Ehefrau Glier 14 Tage Gefängnis, gegen die Ehefrau 4 Wochen Gefängnis und 20 M. Geldstrafe beantragte, folgte der Gerichtshof den Ausführungen des Verteidigers, daß bei den widersprechenden Zeugenaussagen von einer Ueberführung der Angeklagten keine Rede sein könne. Nur die angeklagte Ehefrau Glier wurde wegen groben Unfugs zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt.

Der Irrenprozeß in Lengo. Am Sonnabend Vormittag ist die Verhandlung in dem Beleidigungsprozeß Koller gegen von Köppen wieder aufgenommen worden. Die Defensivität war ausgeschlossen bis zur Verständigung des Urtheils, die 1/2 Uhr nachmittags erfolgte. Das Urtheil lautet: Der Beklagte wird wegen Beleidigung der Eheleute Koller auf Grund des § 185 Str.-G.-B. zu einer Geldstrafe von 600 Mark und Tragung der Kosten verurtheilt. Aus der Begründung des Urtheils heben wir nach einem Bericht des „Berliner Tageblatt“ folgendes hervor:

Das Gericht erkannte an, daß der Beklagte den Beweis erbracht habe, daß in der Irrenanstalt Lindenhof, namentlich im Männerhause, ein Mangel an Wäsche herrsche, es sei ihm aber nicht möglich gewesen, dem Leiter der Anstalt auf wissenschaftlichem Gebiete, Geheimen Sanitätsrath Koller, die ärztliche Fähigkeit abzuspüren. Es sei nachgewiesen, daß Herr Koller die Mißstände erkannte und bereits im September vorigen Jahres, wenn auch nicht mit der nöthigen Energie, deren Befestigung beabsichtigt habe. — Die Wahrung berechtigter Interessen erachtete jedoch das Gericht bei dem Beklagten nicht für vorliegend, das Erkenntnis führt vielmehr in bemerkenswerther Weise aus, daß Dr. v. Köppen, wenn es ihm darauf angekommen wäre, den Mißständen der Irrenanstalt Abhilfe zu verschaffen, sich anderer Wege, zum Beispiel der Presse hätte bedienen können, statt zu persönlichen Beleidigungen zu schreiten. Die Begründung ist deshalb so interessant, weil in ihr — eine Seltenheit bei deutschen Urtheilen — der Presse endlich einmal das Recht und der Betrag zugesprochen wird, öffentliche Mißstände zu beleuchten, während, wie bekannt ist, das Reichsgericht auf dem Standpunkt steht, der Presse ein solches Recht nicht einzuräumen ist!

Wenn der Dahn läßt auf dem Mist — soll er erst fragen, ob's polizeilich genehmigt ist. Ein gut sächsisches Polizeistückchen wird aus Lößnitz gemeldet. Es erhielt dort kürzlich ein Restaurateur einen Strafbesehl über 3 M., weil sein Dahn schon vor 5 Uhr geträht hatte. Freilich hätte sich auch der Dahn sagen sollen, daß man in einem Wäsenort wie Lößnitz nicht vor 5 Uhr föh schon aufsteht; wenn diese Voreiligkeit mit 3 M. bestraft wird, entspricht das nur der bekannten sächsisch-polizeilichen Fürsorge für die Bundesländer.

### Verfassungen.

Den zahlreich erschienenen Formern und Gieberei- Arbeitern berichtete Körken am Sonntag Vormittag in Gohn's großem Saal über den gegenwärtigen Stand des Ausstandes. Die Kommission sei in anbetender der augenblicklichen Situation nach sorgfältigen Beratungen mit den hierbei in Betracht kommenden Kollegenkreisen zu dem Resultat gelangt, die bisherige Taktik zu ändern. Bereits 16 Wochen dauere der Kampf. Um den kleinen Giebereien die Veranlassung zu nehmen, sich den Forderungen der Arbeiter geneigt zu zeigen, seien die Inhaber derselben von den Rührern finanziell unterstützt worden. Das

solle noch einige Wochen geschehen. Die Folge von dem Auslassen der Arbeit in diesen Betrieben mache sich empfindlich bemerkbar hauptsächlich in den Giebereien; diesen fehle die Gussarbeit, wodurch aber viele Kollegen der Giebereibranche arbeitslos geworden seien, und sich als Opfer des Streiks betrachteten. Wenig nachtheilig sei der Versuch, Gussarbeit nach der Provinz zu vergeben, für die Ausständigen zu betrachten, da diese Arbeit sich, ohne Transportkosten, um das Doppelte an Arbeitslohn stelle. Es frage sich nun, ob sich's nicht empfehle, das Hauptaugenmerk auf die Kundenschaft der Unternehmer zu richten. Den Arbeitern erwachsen dadurch sofort positive Vortheile, während in den Reihen der Gegner ungeahnte Verwirrung angerichtet werde. Bei der Kundenschaft sei der Hebel anzusetzen. Die Kommission schlage vor, überall die verweigerten Modelle anzufertigen. Hierdurch würde in den Reihen der Ausständigen Raum geschaffen, und mit größerer Energie könne der Kampf gegen diejenigen Unternehmer fortgeführt werden, um die es sich ursprünglich handelte, die ihre Arbeiter am 1. Mai aussperrten. Den hierbei ausschlaggebenden ausständigen Kollegen sei in einer Versammlung am Donnerstag dieser Vorschlag unterbreitet und von denselben akzeptirt worden; der gegenwärtigen Versammlung liege er zur Sanction vor. Es u h wandte sich in einer Ausführungen unterschieden gegen diesen Vorschlag; in seinen Begründungen räumte er auch der Unterhüsungfrage einen breiten Raum ein, und rüß schließlich zu einem Generalstreik mit der Devise, kämpfen bis zum Siege oder bis zum räumlichen Untergange. R ä t h er wandte sich gegen einen Generalstreik. Letzter erklärte erklärte es als ein durchaus günstiges Resultat, daß aus den Reihen der Kollegen in der Metallbranche, ohne jegliche Beihilfe irgend einer, stets von den Metallarbeitern unterstützten Gewerkschaft, 100 000 M. zur Führung des gegenwärtigen Kampfes ausgebracht seien. Nach so gepflogenen eingehenden Erwägungen des Für und Wider zu dem Vorschlag: Aus gewissen Gründen sollen die Modelle, deren Ausfertigung bislang verweigert wurde, jetzt angefertigt werden; alle Werkstätten vom 1. Mai bleiben gesperrt! — stimmte die Versammlung demselben durch einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution zu, in der sie zugleich die weiter Streikenden zum muthigen Aushalten ermunterte, und ihnen ihre vollste Sympathie ausdrückte. Es wurde noch mitgetheilt, daß sich nur die Arbeiter der nun freigegebenen Werkstätten am Montag, den 24. August, in die Nähe derselben zu begeben und jemand aus ihrer Mitte zur Entgegennahme des Beschlusses des Prinzipals in die Fabrik zu entsenden haben. Es dürfen jedoch an die Wiederaufnahme der Arbeit keinesfalls für die Arbeiter ungünstige Bedingungen von den Prinzipalen geknüpft werden. In solchen Fällen ist sofort der Kommission Meldung zu machen. Vor allen Dingen ist die übliche Arbeitszeit streng innezuhalten; Ueberstunden sind nicht zu arbeiten. Wo die Arbeit drängt, ist dahin zu wirken, daß mehr Arbeitskräfte eingestellt werden. Die Arbeitsnahme geschieht nur durch die Kommission oder durch den Verband. Zum Schluß wurde den beiden Kollegen, von denen bekannt geworden, daß sie beabsichtigten, am Montag wieder bei Thilke anzufangen, anheim gegeben, dieses nicht zu thun, sondern sich an die Kommission zu wenden, von wo aus ihnen binnen kurzer Zeit Arbeit verschafft werden soll.

In unserem Bericht über die Parteiversammlung des 8. Berliner Reichstags-Fraktion in Nr. 196 vom 22. d. M. muß es anstatt: „Börner erklärt auf eine diesbezügliche Aufforderung Schmidt's vielmehr heißen: ... auf eine diesbezügliche Aeußerung“.

### Vermischtes.

Diagnose der Cholera. In der „N. N. S.“ lesen wir: Der Kultusminister hat an sämtliche Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, der durch einen fälschlich als Cholera angesehenen Krankheitsfall in Danzig veranlaßt ist. Der Minister hat infolge dieses Vorfalles das Berliner königliche Institut für Infektionskrankheiten mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt, und dieses hat dabei für die Diagnose der asiatischen Cholera nach den Erfahrungen der letzten Jahre und den neuesten wissenschaftlichen Forschungen die mikroskopische Untersuchung von Trockenpräparaten, das Plattenverfahren, die Befestigung von drei bis fünf Peptonröhren mit dem verdächtigen Material behufs Anweisung bei vielheit und spärlich vorhandenen Vibrationen, die sorgfältige Beachtung der Form der nach 24 Stunden bei 28 Grad Celsius gewachsenen Gelatinekolonien, die Anstellung der sogenannten Choleraeraktion mit den in 24 Stunden in Peptonröhren gewachsenen Vibrationen, sowie die Prüfung mit Hilfe der spezifischen Serumreaktion als unbedingt erforderlich bezeichnet. Mit Rücksicht hierauf hat der Kultusminister die Regierungspräsidenten ersucht, in jedem choleraverdächtigen Falle, sobald nach dem Ergebnisse der in dem Bezirk nach einer oder mehreren der vorstehenden Methoden ausgeführten Untersuchung die Annahme eines wirklichen Cholerafalles berechtigt erscheint, unverzüglich Untersuchungsmaterial an das königliche Institut für Infektionskrankheiten in Berlin zur sofortigen Nachprüfung gelangen zu lassen. Das Ergebnis wird vom Minister in jedem einzelnen Falle mitgetheilt werden, und erst daraufhin ist, sofern in Berlin die asiatische Cholera festgestellt ist, die amtliche Bekanntgabe über den ersten Fall einer solchen in dem betreffenden Bezirke zu veröffentlichen. Ist in dieser Weise der Fall festgestellt, so ist in weiteren Fällen die Entsendung von Untersuchungsmaterial an das Institut für Infektionskrankheiten nicht mehr geboten; es behält vielmehr bei den bisherigen Bestimmungen sein Bestehen.

Ein frommer Christ. Die Untersuchung gegen den wegen Unterschlagungen verhafteten Rentanten der St. Jakobskirche Bessert in Steffin bringt ganz erstaunliche Ergebnisse zu Tage. Ueber seine Kasseeverwaltung hatte der Pastor primarius Pauli die Oberaufsicht; weder Pauli noch die Mitglieder des Kirchenraths scheinen sich aber, so wird der „Königlichen Zeitung“ berichtet, um die Aufsicht gekümmert zu haben. B. führte die Kasseeverwaltung in geradezu ungläublicher Weise. Er nahm alle eingehenden Briefe in Empfang und öffnete sie, auch wenn sie an den Kirchenrath oder an den Pastor primarius gerichtet waren. Das ihm nicht gefiel, verbrannte er und buchte nur, was er gerade wollte; Tage, ja Monate lang ließ er die Kasseebücher unberührt liegen und sein ganzes Bestreben war, möglichst viel Gelder einzuziehen und in seine Tasche wandern zu lassen. So konnte er in der kurzen Zeit seiner Amtsthätigkeit 22 000 M. unterschlagen, obwohl die Kasseebücher die Revisionsbescheinigung des angestellten Kalkulators wiederholt zeigen. In welcher Weise diese Revisionen ausgeführt wurden, ohne daß man die Unordnung in den Büchern und die Unterschlagungen entdeckte, ist unerklärlich; ebenso unerklärlich ist es, daß den zur Aufsicht bestimmten Personen nie der Umstand als verdächtig erschien, daß sich B. bei einem Jahresgehalt von nur 1800 M. Pferd und Wagen hielt und auch sonst allerlei kostspieligen Unterhaltungen nachhing. In der Kirchengemeinde ist die Aufregung groß, und es besteht die Absicht, den Pastor primarius wie den Kirchenrath für den Geldbetrug verantwortlich zu machen.

Zeitungsverkauf auf Bahnhöfen und Sonntagbrühe. Eine bemerkenswerthe Verfügung hat der Regierungspräsident in Wiesbaden erlassen. Durch dieselbe wird der Zeitungsverkauf auf dem Hauptbahnhof zu Frankfurt a. M. unabhängig von den Bestimmungen über die Sonntagbrühe an Sonntagen und Feiertagen freigegeben.

Ein Pfarrer als Feind der Prügelpädagogik ist eine so seltene Erscheinung, daß ein solcher Mann wohl der Beachtung



wert ist. Allerdings wohnt dieser Mann nicht im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte, sondern in der wilden Schweiz. Es ist der Pfarrer und Stadtschul-Inspektor Christinger in Hättlingen; er genießt in der ganzen Schweiz als Schulmann eines hohen Rufes, und hat in einem auf der Schulstunde in Frauenfeld gehaltenen Vortrage über die Erziehung der Talente die Schulstrafen u. a. wie folgt beurtheilt:

Körperliche Strafen und schwere Demüthigungen sollen soviel als möglich von der Schule gänzlich ferngehalten werden, jedenfalls nie in der Hitze des Hornes zur Anwendung kommen. Nur als ultima ratio regum (letzter Rath der Regenten) bei wiederholter moralischer Verschuldung mag ihnen noch eine Stelle eingeräumt sein. Sie fördern den guten und heiteren Geist der Schule mehr, als sie nützen und wirken durch Furcht und Abföhen lähmend auf die kindlichen Geisteskräfte ein. Den alten Schulstoch, der bei jeder Gelegenheit sich erhebt und loschlägt, möchten wir begraben sehen und würden ihm folgende Inschrift setzen:

Hier liegt Herr Bakulus, der alte Schulstoch ohne Gnaden, Von seiner Müß' und Arbeit ruht er, ledig und entladen, Er hat im Leben mehr als seine Schuldigkeit gethan, Drum soll man ihn fortan in Frieden ruhen laß.

In Darmstadt verhaftete die Polizei zwei Fremde, welche auf Grund eines fingierten Depesche 4564 M. von der dortigen Volksbank zu erschwindeln versuchten. Man vermutet, es mit einer internationalen Gaunerbande zu thun zu haben.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Brienz meldet, ist das Dorf Kienholz bei Trient durch einen vom Lammbach kommenden 100 Meter breiten Schlaumstrom verflüht. Die Einwohner haben alle Häuser verlassen, da neue Vergrüchungen zu befürchten sind. Die Dependenz des Gasthauses zum „Witbelm Thal“ wurde von dem Strom 100 Fuß weit unversehrt bis zum Bahndamm fortgeweht. Die Grünbahn ist 100 Fuß weit verflüht. Das ganze, bis zum Brienzsee reichende, fruchtbare Gelände ist verflüht. Die Bruchstelle ist 2 1/2 Stunden von Kienholz entfernt. Die Wächter geben durch Rothsignale neue Abbrüche kund.

Aus Paris wird vom Sonntag berichtet: Ein zwischen hier und Biergau von zwei Jagdhunden auf einem Eisenbahnzug ausgeführten Mordanschlag, bei dem den Räubern bedeutende Summen in die Hände fielen, macht hier großes Aufsehen. Die Räuber sprangen, nachdem sie sich der Weichhölzer bemächtigt hatten, in einem Tunnel vom Zuge, wobei einer einen Beinbruch und schwere Kopfwunden erlitt. Der Zug wurde angehalten. Den Räuber fand man im Besitze von 15 000 Fr., während der andere in Biergau gefangen wurde. Letzterer hatte 19 200 Fr. geraubt. Beide verweigern jede Auskunft über ihre Person.

Sturm in Ungarn. Aus Salassa, Charnatt wird vom Sonntag berichtet: Gestern Nacht wüthete hier und in der Umgegend ein fürchterlicher Sturm. Bäume wurden entwurzelt, vom hiesigen Gefängnisse und zahlreichen Wohngebäuden wurden die Dächer abgerissen. Eine auf einem Nachtmansber befindliche Honved-Truppe wurde durch den Sturm zerstreut, wobei zahlreiche Soldaten Verwundungen erlitten; ein Korporal wurde durch einen umstürzenden Baum erschlagen. In der Umgebung richtete der Sturm große Verwüstungen an.

Die Ueberschwemmung des Reno im Gebiete von Marrara und Codifume bedeckt jetzt 5000 Hektare. Die Behörden und die Truppen treffen thatkräftig Hilfsmaßnahmen.

Unwetter in Italien. Ueber den durch das andauernde Unwetter verursachten Schaden wird weiter gemeldet, daß in der Provinz Massa Carrara auch der Fluß Carrione aus seinen Ufern getreten ist; zahlreiche Vieh wurde von den Fluthen fort-

geschwemmt. Eine Person wurde durch Blüthschlag verwundet. Auch in den Provinzen Ferrara und Bologna wurden große Schäden durch das Ausreten des Flusses Reno angerichtet, welcher bei Riola (Provinz Bologna) die Eisenbahn auf eine Strecke von 60 Metern zerstörte und die Brücke bei Pioppe wegzuschwemmen drohte. — Die Ueberschwemmung des Reno im Gebiete von Marrara und Codifume 5000 Hektare. Die Behörden und die Truppen treffen thatkräftig Hilfsmaßnahmen.

Aus Petersburg wird berichtet: Letzte Nacht brach in einem am rechten Newa-Ufer gelegenen Holzlager von gewaltigem Umfange ein großer Brand aus. Der dadurch verursachte Schaden läßt sich noch nicht abschätzen.

In Moskau brach in der Nacht zum Montag im Rumjanew'schen Museum Feuer aus, welches den „Garin“-Saal, der die öffentliche Bibliothek enthält, zerstörte; die Bücher sind verbrannt. Die anstehenden Säle „Rumjanew“ und „Dolgorutij“, in denen reiche Sammlungen aufgestellt sind, wurden durch das durchdringende Wasser beschädigt.

### Briefkasten der Redaktion.

J. S. Wir können die Frage nicht beantworten. Es dürfte am besten sein, Sie fragen in einer Postkarte mit Rückantwort bei der Redaktion des „Vollboten“ (Stettin, Friedrich Karlstraße 29) an.

G. M. 60. 1. Es kann der Vater (beim Gewerbegericht) klagen. Aber auch der Sohn ist trotz seiner Minderjährigkeit zu Klagen aus dem Arbeitsverhältnis befugt, in das er mit Genehmigung seines Vaters trat. 2. Derartige Klagen hängen in ihrem Resultat davon ab, ob nach dem Gefühl des Richters die Anzahl der ohne Mithilfe hausenden Thiere zu groß ist, daß die Wohnung für unbrauchbar zu erachten und daß diese Unbrauchbarkeit nicht auf Schuld des Miethers zurückzuführen ist.

W. R. Wie alle anderen Geschäfte. — P. 11. Ja. — R. Schmidt. Die Frau kann sich unter Darlegung der Verhältnisse an Oberst und Hauptmann wenden; ein Recht steht ihr nicht zu. — D. W. An jedem Wochentage von 9-8 Uhr.

M. 37. Nein. — A. L. 12. Wann werden die Klebebeiträge zurückerstattet? Eine Rückerstattung der Hälfte der Klebebeiträge findet in drei Fällen unter der Voraussetzung statt, daß mindestens 235 Klebmarken geflekt sind, Erstens können Frauen, die heirathen, ohne in den Genuß einer Rente gelangt zu sein, die Hälfte zurückverlangen, wenn vor der Heirath 235 Klebmarken liegen und wenn der Antrag spätestens innerhalb dreier Monate nach der Verheirathung geltend gemacht ist. Zweitens haben die Wittwen, und falls eine solche nicht vorhanden ist, die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren ein Rückforderungsrecht, wenn der Ehemann, beziehungsweise der Vater, gestorben ist, bevor er in den Genuß einer Rente gelangt ist. Drittens haben die ehelichen verlassenen Kinder einer Frau, die noch nicht in den Genuß einer Rente gelangt war, einen gleichen Anspruch. Die Anträge auf Rückerstattung sind bei dem Vorstand derjenigen Versicherungsanstalt anzubringen, an welche zuletzt Beiträge entrichtet waren. Beispiele für solche Anträge finden Sie im „Arbeiterrecht“ S. 819, 320. Die dreimonatliche Frist gilt nur für den Fall einer Heirath.

A. V. 100. Welche Steuern die Dankesgemeinde zu erheben berechtigt ist, ist nicht bekannt. — G. Neukircher, Guben. Die betreffende Verordnung verbietet das Kollektiren von Haus zu Haus ohne oberpräsidiale Genehmigung. Sie ist indes nach

richtiger Ansicht, die früher auch das Kammergericht theilte, schon deshalb unzulässig, weil ihr der Kopf fehlt. Dem steht nicht entgegen, daß der jetzt fast nur aus ehemaligen Staatsanwälten bestehende Strafsenat des Kammergerichts auch diese kassirte Verordnung für gültig erachtete. Vor allem liegt überdies bei Ihnen eine „Kollekte“ überhaupt nicht vor. Versuchen Sie, deshalb den gerichtlichen Weg. — Bod. 1. Die Einreichung der Statuten genügt; keine Antwort erhalten Sie nicht, falls Sie nicht beantragt haben, Ihnen eine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung zu ertheilen. 2. Bebel im Jahre 1871. Es wurden an sozialdemokratischen Stimmen abgegeben, beziehentlich Abgeordnete gewählt:

|                |           |                          |
|----------------|-----------|--------------------------|
| im Jahre 1871: | 101 927   | — 1                      |
| 1874:          | 351 070   | — 9                      |
| 1877:          | 498 447   | — 12                     |
| 1878:          | 487 158   | — 9                      |
| 1881:          | 811 981   | — 12                     |
| 1884:          | 549 990   | — 24 (mit Nachwahl 25)   |
| 1887:          | 783 128   | — 11                     |
| 1890:          | 1 427 298 | — 35 (mit Nachwahl 36)   |
| 1893:          | 1 786 738 | — 44 (mit Nachwahlen 49) |

Zeuge 13, Mozart D. J. J. Rein. — Reinhold. Sie müssen sich an die Polizeibehörde wenden. — E. V. Friedenau. Sie können Antrag auf Verstrafung bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II, Berlin Alt-Moabit 11/12, stellen und falls Ihr Antrag wegen Mangels öffentlichen Interesses zurückgewiesen wird, die Verleumdungsklage beim Amtsgericht II einreichen. — 100 f. a. Vom Lohn ist nichts abzuziehen. — G. Böttcher. Uns nicht erreichbar. — G. Porta. Das hat keine Bedeutung. — P. S. 65. 1. Rein. 2. Wenn gepöndelt werden sollte, müßte die Ehefrau Interventionalklage erheben. Ein Beispiel hierzu finden Sie im „Arbeiterrecht“ S. 305. — J. 2. Der Chef ist nicht berechtigt, für mehr als zwei Lohnzahlungsperioden die Klebebeiträge abzuziehen. Thut er es dennoch, so ist er strafbar und der Arbeiter kann auf Zahlung des zu wenig gezahlten Lohnes klagen. Der Arbeitgeber und der Arbeiter haben je die Hälfte des Klebmarkenbetrages zu zahlen. Die Klage auf Lohnzahlung verjährt in 2 Jahren. — J. S. Die Forderung ist verjährt. — A. R. 94. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Zahlung. — A. S. C. 1896. 1. Geld- oder Gefängnißstrafe. 2. und 3. Ist möglich.

### Witterungsüberblick vom 24. August 1896.

| Stationen. | Barometerstand in mm reduziert auf 0. Meeressp. | Windrichtung | Windstärke (Scala 1-12) | Wetter  | Temperatur nach Celsius |
|------------|---|--------------|-------------------------|---------|-------------------------|
| Evinemünde | 761   | SWB          | 2                       | heiter  | 14                      |
| Hamburg    | 761   | SB           | 3                       | bedeckt | 14                      |
| Berlin     | 762   | SB           | 3                       | bedeckt | 13                      |
| Biesbaden  | 764   | SB           | —                       | bedeckt | 15                      |
| München    | 766   | SB           | 5                       | bedeckt | 12                      |
| Wien       | 764   | SB           | 3                       | bedeckt | 12                      |
| Naparranda | 752   | NO           | 2                       | wolkig  | 14                      |
| Petersburg | 752   | SB           | 2                       | Regen   | 14                      |
| Coft       | 762   | SWB          | 3                       | Regen   | 17                      |
| Aberdeen   | 754   | SEB          | 2                       | bedeckt | 13                      |
| Paris      | 767   | SEB          | 2                       | Regen   | 15                      |

Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. August 1896. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit Regenschauern und mäßigen bis frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 25. August.

- Neues Opern-Theater. (Kroll.) Phantasien im Bremer Rathshaus. Cavalleria rusticana (Bauernecker). Die Hofe von Shiras.
- Deutsches Theater. Die Weber.
- Lesing-Theater. Das Glück im Winkel.
- Rehden-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie Madame!
- Neues Theater. Tata-Toto.
- Theater unter den Linden. Die Schatulle.
- Schiller-Theater. Was ihr wollt.
- Felle-Alliance-Theater. Der Silberkönig.
- Central-Theater. Eine tolle Nacht.
- National-Theater. Durchgegangene Weiber.
- Alexanderplatz-Theater. Die offizielle Frau.
- Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
- Friedrich-Wilhelmsstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.
- Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)  
Dienstag, abends 8 Uhr: Was ihr wollt.

### Central-Theater.

Alte Salabstr. 90.  
Direktion: Richard Schultz.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Dienstag, den 25. August 1896:  
Zum 1. Male:  
Eine tolle Nacht.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität der Saison.  
Zum 1. Male:  
Die offizielle Frau.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends  
8 Uhr.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags  
3, 5 und 7 Uhr:  
Drei grosse historische Umzüge.  
Zwei altdeutsche Musikkorps.  
Sänger-Gesellschaft „Flora“,  
20 Personen, in Bierländer Kostümen.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Sonnabend:  
Große Illumination.

### Spezial-Ausstellung KAIRO

Von 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.  
Kassen-Eröffnung: 10 Uhr vorm.  
Um 5 und 8 Uhr nachmittags  
in der Arena:  
Hochinteressante  
Massen-Schaustellungen  
von 400 Beduinen, Arabern,  
Fellachen etc. mit Pferden,  
Dromedaren, Eseln etc., die  
berühmten Reiter-Fantasten  
der Beduinen.  
Konzert von 5 Kapellen  
Entree 50 Pfg.  
Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.  
Eintritt, Montag, Entree 1 Mk.  
Illuminations-Abend, jeden  
Freitag. Entree ab 5 Uhr  
nachmittags 1 Mk.

### Budapester

Pöffen- u. Operetten-Theater  
Direktion: Gebrüder Herrnsfeld.  
Heute, Dienstag, den 25. August:  
Lezte Vorstellung  
in Kaufmann's Variété  
mit den Novitäten  
Der Verwandlungskünstler.  
Bürleske von J. Armin.  
Zum 58. Male:  
Die Welt geht unter.  
Anfang 8 Uhr. Preise s. Platate.  
Wieder-Eröffnung  
unserer Vorstellung  
Sonnabend, den 29. August,  
Quarg's Vaudeville-Theater,  
Alexander-Platz.

### Viktoria-Brauerei

Garten resp. Saal.  
Lützowstrasse 11/112  
(nahe Potsdamer Platz).  
Heute,  
sowie täglich (außer Sonnabends):  
Stettiner  
Sänger  
(Moyzel,  
Pietto,  
Britton,  
Steidl,  
Krone,  
Röhl  
und  
Schröder.)  
Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Platate).  
Zum Schluss: Neu:  
Unsere Feuerwehr.  
Ensemble von Moyzel.

### Apollo-Theater

und Konzert-Garten.  
Lezte Woche von  
Ein Abenteuer im Harem,  
Alkers Wasserpantomime  
u. der gesammten Künstler  
des erfolgreichen  
August-Programms.  
Staffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

### Passage-Panopticum.

42  
wilde  
Weiber  
aus  
Dahomey.

### Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!! Neu!!  
4  
hochsensationelle  
Neuheiten  
die ein Jeder  
sehen muss!

### Reichshallen.

Leipziger-Strasse, am Dönhofsplatz.  
Täglich  
Norddeutsche Sänger  
Heute, Dienstag:  
Zum 116. Male:  
Die Alt-Parodie  
Alle fünf Barrisons  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Reserv. Platz 50 Pf.

### Puhlmann's

Vaudeville-Theater.  
Schönhauser Allee 148.  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr: Kolossaler  
Erfolg!  
Der Krach in der Gewerbe-  
Ausstellung,  
sowie 16 Spezialitäten-Nummern  
I. Ranges.  
Anfang 4 Uhr.  
Entree 30 Pf. Reserv. Platz 50 Pf.

### W. Noack's

Sommer-Theater.  
Brunnenstr. 16.  
Täglich:  
Konzert und  
Theater-Vorstellung.  
Neu! Neu!  
Banditenkreiche.  
Operette in 1 Akt von Suppe.  
Sportmädel.  
Bürleske mit Gesang und Tanz von  
Gerde.  
R. Wagner, Biederjäger, Emil Vernon,  
Kostüm-Soubrette, Geschw. Vasoni,  
Duettisten, Paulsen, Instrumental-  
Sumocist, Bruno Brauns und Miss  
Lydia, Jongleure und Equilibristen.

### Feldschlößchen

142 Müllerstraße 142.  
Telephon: Amt Moabit 1213.  
Täglich:  
Konzert, Theater.  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Germann und Dorothea.  
Sonntag: Großer Ball.  
Mittwoch: Sauphänchen.  
Theodor Boltz, Oekonom.



# Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellungen unter Regie von Jul. Türk.

Um den Wünschen, die auf einen regelmäßigen Besuch der Volks-Vorstellungen abzielen, entgegenzukommen, wird ein Abonnement vorläufig für drei Abtheilungen à 400 Plätze aufgelegt. Es haben Vortheile: die

- I. Abtheilung (rote Karten) am 6. Septbr., 4. Oktbr., 1. Novbr.
- II. " (grüne Karten) am 13. Septbr., 11. Oktbr., 8. Novbr.
- III. " (graue Karten) am 20. Septbr., 18. Oktbr., 15. Novbr.

Gegeben wird im September: Faust von Goethe; im Oktober: Die Komödie der Liebe, Schauspiel von Henrik Ibsen; im November: Lumpaci bagabundus, Pöse von Restrop.

Die Karten sind übertragbar, d. h. der Inhaber einer Karte kann, wenn er keine Zeit hat, die für ihn bestimmte Vorstellung zu besuchen, seine Karte einem andern überlassen. Die Karte kostet für drei verschiedene Vorstellungen 1,60 M.

Abonnementkarten sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Die erste Vorstellung der neuen Saison findet am Sonntag, den 6. September statt. Gegeben wird: Faust.

**L. Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.**

Sonntag, den 30. August 1896:

## Lassalle-Feier

veranstaltet von den Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten).

### Vokal- und Instrumental-Konzert.

Die Musik wird von der „Frohen Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“ ausgeführt.

Auftreten der Gesellschaft Strelewicz. Turnerische Auführungen am Ref.

Deklamatorische Vorträge des Herrn Büchner.

Gefangsvorträge mehrerer Gesangsvereine (Ihn und Liederfreiheit).

Anfang 4 Uhr. **Großer Tanz.** Billets 25 Pf.

Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Achtung!

**Schweizer-Garten am Königsthor.**

Sonabend, den 29. August 1896: 218/2

## Lassalle-Feier

für die Parteigenossen des 5. Berl. Wahlkreises. Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert.

Gefang. Festrede. Theater-Aufführungen. Tanz.

Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr an geöffnet. Das Komitee.

### Ostbahn-Park

Rüdersdorferstr. 71. Am Kästriner Park. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.

Kaffeeküche 3-5 Uhr. - Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.

Volkshelzungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.

Gute Piere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

2 Vorstellungen täglich Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr. **Bolossy Kiralfy's „Orient“**

## Olympia

Riesentheater.

Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

**Am Königsthor. Schweizer Garten Am Friedrichshain.**

**Täglich: Vorstellung. Theater und Spezialitäten.**

**Im Harem. Der Berliner in Kairo.**

Entree 30 Pf. Volkshelzungen und Ball.

Die beste Zigarre kaufen Sie nur bei **Binneböse**, Lausitzer Platz 1. 5277b

**Mittwoch, 26. August: Dampferfahrt nach Leipzig.**  
Abfahrt: An der Straauerbrücke Nr. 5, früh 7 Uhr, mit Musik.  
Fahrpreis hin und zurück 2 Mark. 5272b  
**M. L. Kahnt.**

**Schmiedel's Festsäle,**  
Alle Jakobstr. 32, neben Centraltheater.  
Ich empfehle meine eleganten Festsäle zur Abhaltung jeder Festlichkeiten, Kommerse, Versammlungen etc.  
52988\* **Wwe. G. Schmiedel.**

O. Schmidt's Restaurant, Hochstr. 32a. Saal f. Vereine und kleinere Gesellsch.  
**M. Hild's Restaurant,** Simonstr. 23, gr. sep. Vereinszimmer frei. 45b

Unserm Vorstehenden **Hugo Gehlhar** zum heutigen Wiegensfeste die herzlichsten Glückwünsche. 36b

Die Mitglieder des Vergnügungsvereins „Flora“.

**Dankagung.** 43b  
Für die liebevollen Beweise bei der Erkrankung und Beerdigung meines lieben Mannes, des Gürtlers **Albert Zimmer**, sage ich hiermit allen Kollegen, Freunden und Bekannten sowie Herrn **Manasse** meinen tiefgefühlten Dank.  
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Sämtlichen Arbeitern vom Dombau unsern herzlichsten Dank für die Sammlung für ihren verunglückten Kollegen. 34b  
**Familie Linke.**

Erkläre den Kanarienvogel des Herrn **Reisberg** als den feinsten. Frau **Urut**, Prinz Eugenstr. 26. 45b

**Restaurant u. Festsäle von Julius Wernau,**  
Schwedterstr. 23/24.  
Dienstag, den 25., und Mittwoch, den 26. August: **Grosse Extratheatervorstellungen.** Regie: Die Herren **Dir. Reinhold Flügel** und **Dir. Kalbo.** Zur Aufführung gelangen: „Aus dem Arbeitshaus“ und **Singspiele.** Nach der Vorstellung: **Tanzkränzen.** Familien, Freunde u. Bekannte ladet ergebenst ein **J. Wernau.**

**Kaufmann's Variété.**

Sonabend, 29. August, abends 8 Uhr

**Große Fest-Vorstellung**

zur Eröffnung d. Winter-Saison. 20 Spezialitäten.

Stimmbegabte Damen und Herren finden in einem älteren Arbeiter-Gesangsverein freundliche Aufnahme. Übungsstunde **Mittwoch**, abends von 9-11 Uhr, Berlin O., Friedrichs-Raristr. 34. 249/9

**Lassalle-Nadeln!**

Groß 60 Pf. 100 Stk. 4,50. Best. g. Nachn. od. vorh. inkl. Porto.

**H. Guttman,** Abzeichen- u. Stempelfabrik, Brunnenstr. 9.

Suche für bald oder später einen Posten als 57398\*

**Redakteur.**

Seit Jahren an einem Parteiblatt tätig, habe ich dasselbe längere Zeit allein geleitet und bin mit dem Zeitungs-wesen in jeder Beziehung vertraut. Gest. Offerten unter **R. S. 76** an die Expedition des Bl. erbeten.

**Achtung!** Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtöden bei Bestellung umsonst. **Gudiel,** Rauhherplatz 2, Elsfasserstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

**Künstl. Fä h n e.** F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

**Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof**

Täglich (Sonntags vorm. von 7-9 Uhr) Verkauf von:

**Gefochtem Rindfleisch** à 30 u. 35 Pf. per Pfund.

**Gef. Schweinefleisch** à 40 Pf. per Pfund. 50101\*

**Kranzbinderei und Blumenhandlung** 4974L\*

**Robert Meyer,** Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. Widmungs-Kränze, Girlanden, Ballsträußen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert

**Möbel,** gebrauchte, laßt Barow, Rosenthalerstr. 19.

**Erstklassige Fahrräder** zu wirklichen Fabrikpreisen, **Dames,** O. Königsbergerstr. 23. 18b\*

**Bücher aller Art** suche zu kaufen. **B. Simonsohn's** Buchh. Berlin N., Invalidenstr. 138.

**Arbeitsanzüge** **W. Pahr,** Brunnenstr. 112. Klavier- u. Violinunterr. bill. Jossenerstr. 41

**Rixdorf,** 27, Berlinerstr. 27 I links.

Verkäuflich! **Nußbaum-Muschel-Kleiderspind, Vertikow, Schlafsofa, Muschelspiegel, Bettstelle, Ausziehtisch.** 57428\*

**Schlagregulator spottbill.**

**Nußbaum-Einrichtung,** neu, extra bestellt gewesen, sof. bill. g. v. **Admiralstr. 8, v. I. I.**

**Eine freundliche Wohnung** ist umständehalber billig zu vermieten, bestehend aus Stube und Küche nebst Zubehör, bei **Fähner, Wiesenstr. 29.**

**Mittenwalderstr. 40,** 8 Stuben u. Küche, 1 Stube u. Küche 1. Okt. 96 zu verm. 57418\*

**Mühlen-Straße 8** sind zwei Stuben und Küche sowie eine Stube und Küche billig zu vermieten. Der Verwalter.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Senth-Straße 2.

Esoden ist bei und erschienen:

**Verhandlungen und Beschlüsse**  
des  
**Internationalen Sozialistischen**  
**Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses**  
in  
**London**  
vom 27. Juli bis 1. August 1896

Preis 20 Pfg. Porto 5 Pfg.

Der Londoner Kongress hat an Teilnehmerzahl wie Bedeutung die früheren Internationalen Kongresse übertraffen. Die Berichte der Gegner, durch lägerliche Berichte diese Bedeutung zu verkleinern, sind der beste Beweis dafür. Die Debatten und Beschlüsse über die Agrarfrage, die politische Aktion der Arbeiterklasse, über gewerkschaftliche Organisation und Tätigkeit, über Stellung zur Kriegfrage etc. sind für die Arbeiterklasse von solcher Bedeutung, daß die weitestgehende Verbreitung dieser Schrift aus agitatorischen Gründen nur empfohlen werden kann.

**Künstl. Zähne** 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1,50. Theilzahlg. Rep. sof. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6 Uhr.

**Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Fabrik** von 5684L

**A. Schulz,** Reichenbergerstraße 5.

Liefere Wohnungs-Einrichtungen unter Garantie in **Nußbaum** und **Mahagoni** von 240, 300, 400, 500, bis 6000 M. in anerkannt ge-biegener Ausführung. Billigste Preisberechnung. Preislisten franko.

**Mohr'sche Margarine** Marke FF

aus der Fabrik von **A. L. Mohr** in **Altona-Fahrenfeld** (Jahresproduktion 32 Millionen Pfund) besteht nach einem Gutachten des Gerichts-Chemikers Herrn Dr. **Wischoff** in Berlin denselben Nährwerth und Geschmack wie gute Naturbutter, und ist bei den jetzigen steigenden Butterpreisen als vollständiger und billiger Ersatz für feine Butter zu empfehlen, sowohl zum Aufstreichen auf Brot, als zu allen Küchenzwecken. 1142R

**Ueberall käuflich!** NB. Man verlange ausdrücklich: **Mohr'sche Margarine.**

**Streng reelle Bedienung.**

**M. Schulmeister** 4977\*

Schneidermeister, **Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,**

empfehlte zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

**Einsegnungs-Anzüge** aus Satin, Rammgarn, Diagonal, Tuchstoffen, ein- und zweifärbig, von M. 12-27

**Paletots** echtfärbig in Satin und Diagonal von M. 15-30  
i. hochf. Rammg. u. Cheviot-Stoffen 20-35  
Sackfacons, ohne Naht 18-27

**Jaquet-Anzüge** in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. zweifärbig 16-24

**Jaquet-Anzüge** in glatten Diagonal, Rammgarn, Satin u. Cheviot-Stoffen, 1. u. zweifärbig 20-35

**Jaquet-Anzüge** modernster Farben in Satin u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung 22-36

**Kock-Anzüge** i. guten, wollenen, schwarz. Rammg. u. Satin-Stoffen, moderner Facons 25-38

**Kock-Anzüge** modernster Farben, elegante Schnitt-Facons 30-42

**Gehrod-Anzüge** von feinen Satin-, Tuch- und Rammgarn-Stoffen, zweifärbig 30-45

**Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Loden-Mäntel** von 9 M. an.

**Beinkleider** in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Rammgarn und Cheviot. von M. 5-10

**Beinkleider** in echtfärbigen Wachsstoffen 2-5

**Knabenpaletots, Knabenanzüge,** kleidsam. Facons in gr. Auswahl.

**Schulanzüge** in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1. und zweifärbig von 5 M. an

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

**Begründung des Geschäfts 1878.**

**Arbeitsmarkt.** Kartnarbeiterinnen verl. Hoffmann, Ritterstr. 78. 3241b

**Jackett-** Arbeiterin auf bessere Stepp- u. Trepp-sachen 2,50-4 M. Arbeitslohn, verlangt **Blach, Grüner Weg 12.**

**Arbeiterinnen** auf **Jacketts** 1,45-1,60 M., ohne Ausfertigung sucht **Deimann, Weinbergsweg 11b, 1 Tr.** 5780E\*

**Bautischler** finden bei gutem Verdienst dauernde Arbeit auf **Mücke's Werke**, Lindow i. d. Mark, Bahnstation. Fahrpreis 2,20 M. hin und zurück.

**Hinismacher,** zirka 50 Mann, werden bei **Veltener** Lohnlaris sofort verlangt und finden dauernde Beschäftigung auf **Mücke's Werke**, Lindow i. d. Mark, Bahnstation. Fahrpreis hin u. zurück 2,20 M. Schürzenmacherin verlangt **Schmidt, Wismannstr. 4.** 466

Farbigmacher gesucht **Wasserthorstr. 46.**

Rahmentröpser gef. **Wasserthorstr. 46.**

**Nähhennäherinnen** in und außer dem Hause verl. **Fraenkel u. Roer,** Kommandantenstr. 13. 59b

Ersten Tischfräuser verlangt **Kessler,** Sausigerstr. 22. 47b

**Geübte Schirmnäherinnen** für Mittelgegend finden dauernde Beschäftigung bei **Fels, Werner & Co.,** Leipzigerstr. 101/102. 41b

Korbmachergeh. (Rohleutenen) gef. **Krüger,** Spandau, Pichelsdorferstr. 10.

Maschinen-Schneid- u. Arbeiter verl. **F. Oaselswander,** Inselstr. 10. 37b

**Kinderhütchen-** Arbeiterinnen in und außer dem Hause verlangen **Fraenkel & Roer,** Kommandantenstr. 13. 39b\*

Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt d. **Möbel-fabrik von R. & C. Homann,** Verlebergerstr. 21, bei.



## Zur Diskussion über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

I.

Unter der Ueberschrift „Vorschläge zur gewerkschaftlichen Agitation“ sandte uns Genosse Dr. Quard folgenden Artikel: Durch einen inzwischen im „Vorwärts“ schon erschienenen Artikel über die neue Forderungsvorlage und die Gewerkschaftsbewegung hoffe ich an einem praktischen Beispiele meine Vorschläge zur Gewerkschaftsbewegung deutlicher zu machen, als es durch viele Streitartikel möglich ist. Als Mann des „praktischen Handelns“ halte ich von Streitartikeln, wie sie der „Vorwärts“ zuerst am 24. Juli und jetzt wieder am 16. August veröffentlicht hat, und ihrer Beantwortung überhaupt sehr wenig. Aber die Genossen im Lande beschäftigten sich, wie ich aus zahlreichen Zuschriften an mich sehe, lebhaft sachlich mit meinen Vorschlägen, und auch Dr. Ad. Braun vom „Vorwärts“ hat ja bei der Berliner Gewerkschaftskommission, wie ich aus dem Bericht über die letzte Sitzung sehe, die Anregung dazu gegeben, daß man dort der Diskussion meiner Vorschläge näher tritt. Deshalb zur Aufklärung dieser Genossenschaft, nicht um des Rechthabens und Streitens willen, habe ich mich für verpflichtet, auf den neuen Artikel meines ungenannten Kritikers vom 16. August folgendes zu erwidern:

Darüber, daß mein kritischer Freund jetzt über „Sottisen“ meinerseits jammert, während er in seiner ersten Kritik ironisch von „Frankfurter Pfadfindern“ und ähnlichem sprach, verliere ich kein Wort weiter. „Wie man in den Wald ruft“ u. s. w.

Unrichtig ist ferner, daß ich dem „Vorwärts“ ein Blatt mit meinen Vorschlägen eingesandt hätte, die als Artikel „in fetten Lettern“ die Ueberschrift getragen hätten: „Ein Programm für die Tätigkeit der Gewerkschaften“, und daß ich dies oder etwas ähnliches getan hätte, um gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen, was Genosse Quard glaubte geleistet zu haben.“ Es ist im höchsten Grade leichtfertig, mit solchen Behauptungen aufzutreten und mit ihnen einen anderen Genossen Motive unterzuschreiben, die er gar nicht gehabt hat. Was ich dem „Vorwärts“ einschickte, war weiter nichts, als der Versammlungsbericht unserer hiesigen „Volksstimme“ vom 15. Juli, der mit der Ueberschrift „in fetten Lettern“ erschien: „Der Berliner Gewerkschaftskongress“, das Thema, über das wir bekanntlich hier diskutierten. In dem Bericht über diese Diskussion befanden sich meine vier Vorschläge.“

Ebenso unfaßlich ist es von meinem freundlichen Kritiker, zu behaupten, ich suchte, in meiner Antwort Wort und Sinn meiner bezüglichen Vorschläge wegzudeckeln.“ Und das schreibt er gegen einen Artikel, zu welchem im „Vorwärts“ auf meine Bitte hin zum ersten Mal überhaupt der Wortlaut meiner Vorschläge als Anmerkung abgedruckt wurde, während der „Vorwärts“ meinen ungenannten Kritiker vorher gegen meine Vorschläge Stellung nehmen ließ, ohne sie seinen Lesern nur mitzutheilen.“

„Wegzudeckeln“ habe ich an meinen Vorschlägen gar nichts, es scheint vielmehr, daß mein liebenswürdiger Kritiker mich hinter dem Busch sucht, hinter dem er gefiekt hat. Statt ehrlich und offen zu stehen, wie es doch unter Genossen wahrhaftig keine Schande ist, daß er bei seinem ersten Artikel S. 3 und 4 meiner Vorschläge nicht genau genug in ihrem Wortlaut beachtet hat, deutelt er jetzt Dinge in dieselben hinein, die gänzlich darin stehen. Was hat die These 3 für einen Zweck, wenn nicht den, die Gewerkschaften zu veranlassen, unbefürchtet um die etwaigen strafrechtlichen Folgen, Politik zu treiben? Man traue seinen Augen nicht, wenn man diese Frage liest! Mein Satz 3 sagt offen und klar, und ich brauche nicht an einem Wort desselben dabei zu „deuteln“, daß die Behörden Unternehmern- und Arbeitervereine verschieden behandeln und daß wir deshalb nach neuen Mitteln und Wegen suchen müssen, um ohne vereinsgesetzliches Risiko uns gewerkschaftlich mit der Sozialgesetzgebung beschäftigen zu können, während sich der Berliner Gewerkschaftskongress diese Mühe nicht gegeben, sondern weiter nichts getan habe, als die Befassung mit der Sozialgesetzgebung abzulehnen. Das heißt doch wohl für jeden, der lesen kann, deutlich genug: Auch aus dem Berliner Kongress hätte man schon nach neuen Mitteln und Wegen suchen müssen, die politisch unanschätzbar sind, also gerade das Gegenteil von demjenigen, was mich mein freundlicher Kritiker in Satz 3 meiner Vorschläge sagen läßt. Damit fällt dann auch die ganze „Frage“ zusammen, die sich mein ungenannter Kritiker trotz meinen gegenwärtigen Versicherungen in meiner ersten Abwehr wiederum selbst künstlich konstruiert: handelt es sich in den Quard'schen Vorschlägen um ein solches Ziel, welches gegebenenfalls eines Opfers, wie das der Preisgabe der bestehenden Organisationen werth wäre? Die „Preisgabe der bestehenden Organisationen“, die hier von neuem entgegen allen meinen anderweitigen Erklärungen als Popanz aufmarschieren muß, kommt bei meinen Vorschlägen gar nicht in Frage, sie kann also auch nicht als „Opfer“ in Frage kommen und ich habe gar nicht nötig, etwas „beizubringen“, was dieses „Opfer“ rechtfertigt, da ich es gar nicht verlange. Im Gegenteil, ich habe in meinem ersten Artikel schon betont, daß ich jede mögliche Vorsicht angewendet wissen will, damit uns die Polizei „nichts wolle“ kann. Ich habe so stark wie möglich betont, daß mir aus diesem Grunde öffentliche Versammlungen, Gewerkschaftskartelle und Vertrauensmänner als die besten Organe zur Ausübung meiner Vorschläge erschienen. Mein freundlicher Kritiker schweigt das ganz einfach tot, wird aber doch wohl nicht glauben, daß dies andere nicht merken würden. Ich will ihm nicht mit gleicher Münze dienen, sondern umgekehrt gern anerkennen, daß sein Wink, auch die Verbindung der Vertrauensmänner der Kartelle könnte Anlaß zu polizeilichen Schikanen geben, berechtigt ist. Daraus folgt für mich, daß ich diese Vertrauensmänner aus dem Spiele lasse und vorschläge, die Kartelle auf die örtliche Agitation zu beschränken. Dann müssen eben die Vertrauensmänner, welche die Verbindung der verschiedenen Städte her-

stellen sollen, in öffentlicher Gewerkschaftsversammlung gewählt werden. Ebenso ist mir der von jener Seite so aufgebaufchte Kongress nur Mittel zum Zweck, nicht Hauptsache. Macht es zuviel Kosten und Umstände, so muß eben der Mittelpunkt für die gewerkschaftliche Sozialpolitik in etwas anderem gesucht werden, z. B. in einem großen gewerkschaftlichen Zentralorgan, wie es die Oesterreicher besitzen. Darüber kann man diskutieren, wenn man nur über die Hauptfrage einig ist: Soll sich die gewerkschaftliche Bewegung mehr mit der Sozialgesetzgebung befassen?

Schließlich das Verhältnis zur Partei. Hier stelle ich zunächst fest, daß ich bei meinen Vorschlägen die Partei ganz in Ruhe lasse. Ich habe gar keine Lust, so unfruchtbare Debatten, wie die Köhler, hervorzurufen. Ich wende mich an die in der Gewerkschaftsbewegung thätigen Genossen und fordere sie zur Belebung der Agitation in der näher angegebenen Weise auf. Erst mein ungenannter Kritiker zog dann die Partei mit seinem ersten Artikel vom 24. Juli in die Diskussion. Er ist also Schuld daran, daß es überhaupt zu Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Gewerkschaftsbewegung und Partei kam, auf die ich nunmehr nachgedrungen eingehen muß, die ich aber noch jetzt für ganz überflüssig halte. Mein Gegner hatte aber das Thema angeschnitten, und ich folgte ihm, indem ich nachzureisen suchte, daß die Partei nichts als Vortheil von der Sache haben könnte. Auf diesen Nachweis geht mein ungenannter Kritiker so gut wie nicht ein. Er hat also nichts gegen denselben zu sagen. Dagegen nimmt er eine ganz nebensächliche Bemerkung darüber, daß jede Furcht vor der zersplitternden Thätigkeit „praktischer Gewerkschaftsführer“ gegenstandslos sei, „wenn unsere politischen Führer mehr als bisher die Besprechung und Verhandlung der Sozialgesetzgebung in der Gewerkschaftsbewegung übernehmen würden“, zum Anlaß, um die „gekränkte Ueberzeugung“ zu spielen und mich mit lässigem Schwindeleien zu benehmen zu versuchen, die fortgesetzt falsche Darstellungen über die Stimmung der politischen Partei den Gewerkschaften gegenüber verbreitet habe. Es ist einfache Ehrenpflicht meines ungenannten Kritikers, diesen Nachweis jetzt bindend und klar zu führen. Aber er kann ihn nicht führen, denn ich habe niemals derartiges getan. Hier in Frankfurt leben gewerkschaftliche Bewegung und politische in schönster Harmonie, wir arbeiten gleichmäßig haben wie drüben, und mit anderen habe ich vor ihrer Veröffentlichung über meine vier Vorschläge oder ähnliches überhaupt nicht gesprochen oder geschrieben. Der ganze letzte Theil des letzten Artikels meines Kritikers besteht also aus einer grundlosen Anschuldigung, für die er sich zu verantworten haben wird. Man sieht, wie herrlich weit man es in der Diskussion mit seiner Art bringen kann: ich veröffentlichte vier Vorschläge zur gewerkschaftlichen Agitation, die absolut nichts gegen die Partei enthalten, sondern die gewerkschaftliche Bewegung in ihrem Sinne beleben wollen, und er hat es jetzt glücklich fertig gebracht, das leidige Köhler Thema wieder in einer Weise hereinzuziehen, welche die Diskussion möglichst unergiebig macht.

Den guten Humor wird mit mein ungenannter Kritiker trotzdem nicht verderben und hoffentlich auch allen denjenigen nicht, die sachlich über die Sozialgesetzgebung und die Gewerkschaftsbewegung misprechen wollen. Sorgt er doch auch wieder für die Belebung dieses Humors. So an der Stelle, wo er schreibt, ich wolle, daß sich die Partei „um die praktischen Bedürfnisse der Arbeiterchaft nicht kümmern, ihren Müllerglämpfen und Beschwerden theilnahmslos und ohne näheres Interesse gegenüber stehen soll, und nur (1), wenn diese Beschwerden an das Postament kommen, dann sollen sich unsere Vertreter als Anwälte derselben aufspielen“. Um diese Ungereimtheiten zu kennzeichnen genügt es, auf meinen ersten Artikel zurückzuverweisen und darauf, daß es sich ja immer nur um die Mittheilung der Gewerkschaftsbewegung an der Sozialgesetzgebung, nicht um die Monopolisierung derselben durch die Gewerkschaftsagitation handelt. Genosse Parvus behandelt dieses Thema in seiner schon einmal erwähnten Broschüre „Gewerkschaften und Sozialdemokratie“ noch viel eingehender.“ Die Broschüre ist doch nicht mit demjenigen abgethan, was der „Vorwärts“ über eine einzige, allerdings der Mißdeutung föhige Stelle derselben geschrieben hat; aber es scheint, daß man trotz meinem deutlichen Wink vom letzten Mal nicht auf dieselbe eingehen will.“ Dafür paßt meinem ungenannten Kritiker ein lomonisches Malheur in einer anderen Sache, auf die er eingeht. Er meint, wenn die Kontrolle der Sozialgesetzgebung der Gewerkschaftsbewegung überlassen würde, so wäre damit einer der bisher erfolgreichsten Theile der sozialdemokratischen Bewegung mit einem Federstrich aus der Welt geschafft, wenn die Quard'sche Behauptung wahr wäre als eben ein — Federstrich.“ Da muß ich Unglücklicher mit dem „Federstrich“ mich schon damit trösten, daß ich einen Schicksalsgenossen habe, nämlich unseren alten, wackeren Liebling, der S. 21 seiner bekannten Bielefelder Rede über den Köhler Parteitag sagt: „So ist unserer ganzen Arbeiter - Gesetzgebung der Stempel des Kapitalismus aufgedrückt, und soll aus dem ungerathenen, dürftigen Ding überhaupt etwas werden, so haben die Arbeiter ohne Paß und Ruhe weiter zu bohren, die Privilegien des Unternehmertums zu beschneiden, die Rechte der Arbeiter zu erweitern und vor allem darüber zu wachen, daß die den Arbeitern günstigen Gesetzesbestimmungen auch gehalten werden und kein todter Buchstabe bleiben. Diese Ueberwachung... kann aber nicht von vereinzelt Arbeitern ausgehen, dazu gehören... Organisationen, Fachvereinigungen, Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände — wie das die sozialdemokratische Partei in ihrem bekannten Arbeiterschutzgesetz - Entwurf angestrebt hat. Diese Ueberwachung durch die Organisationen der Arbeiter gestaltet sich von selbst zu einer Antheilnahme der Arbeiter an der Regierung... Und wie kann es sein ohne Gewerkschaften?“ Ist das nicht ein Schauspiel für Götter? Die Erfahrung unseres ältesten, erfahrensten Kämpfers bleibt nach meinem gestrengen Kritiker nichts als ein — Federstrich... „Nun scharf macht schartig“ lieber Freund.

Der Schlusssatz meines ungenannten Kritikers steht auf gleicher Höhe. Er „unterschreibt die Hallenser wie die Londoner

Beschlüsse“, die der Gewerkschaftsbewegung die eifrigste Beschäftigung mit der Sozialgesetzgebung zur Pflicht machen, ist aber gegen meine Vorschläge und ihre lokale Erläuterung, die jene Beschlüsse für Deutschland ins Praktische umzusetzen suchen und die er freilich hier zur Abwechslung „Kongressprojekt“ nennt, wenn auch der Vorwurf eines Kongresses bei mir gar nicht die Hauptsache ist, wie ich schon oben ausführte. Wenn mein gestrenger Kritiker nun wenigstens einen anderen Vorschlag als das angebliche „Kongressprojekt“, das meine 4 Sätze darstellen sollen, zu machen versuchte — fällt ihm aber garnicht ein: Er kritisiert — und damit glaubt er sich seiner Verpflichtung gegen die Partei und die Gewerkschaftsbewegung überhoben. Hätte unsere bisherige Debatte nur den einen Erfolg gehabt, diese absolute Unfruchtbarkeit meines Gegners klar zu stellen, dann wäre sie schon recht nützlich gewesen. Ich weiß aber, daß ihr Erfolg noch etwas weiter geht und bin deshalb immer für die Gelegenheit dankbar, auf die Sache im „Vorwärts“ so gründlich eingehen zu können.

Frankfurt a. M., 17. August 1896.

Quard.

II.

Die Parteipresse nimmt zu den Quard'schen Vorschlägen ebenfalls eine mehr oder minder ablehnende Haltung ein. Soweit das Gegenheil der Fall ist, steht sie meist unter dem Einfluß eines in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen, nicht redaktionellen Artikels, der dafür eintritt, daß sich die Gewerkschaften mehr als bisher mit der sozialpolitischen Gesetzgebung befassen sollen. Darunter versteht der Artikel vor allem die Durchführung der bestehenden Arbeiterschutz-Gesetze, die Kontrolle darüber, wie sie in den Betrieben beachtet werden. Als Beispiel für diese, unserer Ansicht nach aber vollkommen selbstverständliche und mehr oder weniger schon in allen Gewerkschaften geübte Aufgabe, wozu es keinerlei neuen Verwaltungsmittel bedarf, führt der Verfasser des Artikels an, daß die Metallarbeiter-Organisation Braunschweigs den Versuch gemacht hat, jährlich die Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie Braunschweigs auf die Durchführung der bestehenden Vorschriften hin zu kontrollieren und dadurch die Thätigkeit des Fabrikinspektors nicht nur zu ergänzen, sondern damit eben selbst die Kontrolle über die Ausführung der betreffenden Gesetze in die Hand zu nehmen. Diese Thätigkeit der Metallarbeiter-Organisation Braunschweigs ist gewiß sehr loblich, aber etwas neues ist sie nicht. Abgesehen davon ist sie jedenfalls kein Beweis dafür, daß zur Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze eine neue Organisation nötig sein soll, sondern im Gegentheil ein Beweis, daß das nicht erforderlich ist. Der Verfasser des Artikels meint weiter, durch eine solche Thätigkeit würden auch der politischen Bewegung neue Direktiven eröffnet, indem die zahlreichen Wünsche und Beschwerden, sich zu Abänderungsvorschlägen bereits bestehender und zur Einbringung neuer Gesetzesvorlagen verdichten“ würden; inwiefern diese zweite Seite der gewerkschaftlichen Thätigkeit unter der heute bestehenden polizeilichen Bevormundung durchgeführt werden könne, sei allerdings wieder eine Frage für sich. Nun, auch hierfür ist keine Organisation notwendig, denn trotz der jetzigen polizeilichen Bevormundung finden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eines Berufs schon heute stets Mittel und Wege, um ihre Wünsche auf Abänderung oder Anschaffung von Gesetzen zu erörtern. Da die Vereinigungsorgane anders nicht zulassen, bespricht man derartige Dinge nicht in den Generalversammlungen der Gewerkschaften, sondern auf den Berufs-kongressen, die aus den in allgemeinen Versammlungen aller Berufsgenossen eines Ortes gewählten Delegirten gebildet werden. Also auch hierfür ist keine neue Organisation nötig. Außerdem ist ja auch noch eine Gewerkschaftspresse da. Der Verfasser des Artikels ist ferner dafür, daß die Kontrolle der Arbeiterschutz-Gesetze „in großem Stille“ geschieht, insoweit Quard das bezweckt, sinne er seinen Vorschlägen hin. Sollte Quard aber wollen, daß die Arbeiter neben der politischen Bewegung die „eigentliche Arbeiterpolitik“ in den Gewerkschaften betreiben, so könne er sich mit den Quard'schen Vorschlägen nicht befremden. Auch erscheint ihm die Forderung einer organischen Fühlungnahme der Gewerkschaften und die Einberufung eines jährlichen Kongresses“ namentlich unrichtig. Nun, den Gewerkschaften gewissermaßen vorzuschreiben, wie sie in der Besprechung sozialpolitischer Angelegenheiten gehen sollen, das ist utopisch. Unsere Partei verlangt das auch gar nicht. Sie rät ihnen nur, sich auf die Angelegenheiten zu beschränken, die den Hauptzweck ihres Daseins betreffen; das sind die Berufsangelegenheiten, und in dem, was alle Arbeiter, gleichviel welchen Berufes, angeht, rät ich ihnen, sich der politischen Organisation, der sozialdemokratischen Partei zu bedienen. Den Gewerkschaften gegenüber den Schulmeister zu spielen, indem man ihnen das Thätigkeitsfeld schematisch begrenzt, es gewissermaßen als einen Kriegszustand betrachtet, wenn sie einmal das Gebiet der allgemeinen Arbeiterpolitik beschreiten, das fällt der Partei nicht ein. Aus ihrem wohlverstandenen Interesse müssen sich aber die Arbeiter hüten, die Kontrolle über die Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze in dem von dem Verfasser des in Rede stehenden Artikels gewünschten „großen Stille“ zu treiben, d. h. wie Quard es vorschlug, die Pflege der Sozialpolitik zu „vereinheitlichen“. Dieses „vereinheitlichen“ setzt nicht nur neue und zwar kostspielige Einrichtungen voraus, wie das von Quard bereits angekündigte „Zentralsekretariat“ oder ein eigenes Blatt, das ohne Zuschüsse nicht bestehen könnte, sondern auch eine Menge Posten in den einzelnen Orten, denn es ist schlechterdings ausgeschlossen, daß bei einer Kontrolle des Arbeiterschutzes in den gewünschten „großen Stille“ in den einzelnen Gewerkschaftskartellen zusammenfließende Massen von Material, dessen Verwertung eine entsprechende Menge Schreiber, zahlreiche Besuche beim Fabrikinspektor u. dergleichen erfordert, von den Mitgliedern der Gewerkschaftskartelle auf die Dauer nach Feierabend und unentgeltlich bewältigt werden könnten. Das alles besorgen besser, billiger und sachgemäßer die Gewerkschaften der einzelnen Berufe selbst, und wenn man Gelder für Posten anwenden will, so lange man damit an, die jetzigen Vorstände und sonstige Vertrauensleute der Gewerkschaften für ihre der Gewerkschaft gedachten, meist sehr großen Opfer wenigstens einigermaßen anerkennend zu entschädigen. Der Verfasser des Artikels in der „Leipziger Volkszeitung“ glaubt noch, daß es möglich wäre, die Thätigkeitsgebiete der Gewerkschafts- und der politischen Arbeiterbewegung gegeneinander auf dem Gebiete der Sozialpolitik abzugrenzen. Das ist aber aus Grund der Quard'schen Vorschläge unmöglich, sondern nur dann, wenn man von der „Vereinheitlichung“ der Sozialpolitik durch Kartelle, Zentralsekretariat, sozialpolitischen Gewerkschaftskongressen und dergleichen absteht, wenn es also beim alten bleibt, wo die Arbeiter sozialpolitische Fragen innerhalb des gewerkschaftlichen Wirkungsbereichs unter dem Gesichtspunkte des Berufsinteresses zu betrachten pflegen.

Auf den im vorstehenden kritizierten Artikel eines Mitarbeiters der „Leipziger Volkszeitung“ und insbesondere auf der darin erwähnten Thätigkeit der Metallarbeiter Braunschweigs fußt die „Frankfurter Tagespost“ bei ihrer günstigen Beurteilung der Quard'schen Vorschläge. Sie sagt: „Wenn es auch nicht

\*) Der Verfasser der Artikel, gegen die Q. polemisiert, hat es abgelehnt, auf diesen Beitrag zur Diskussion zu antworten. Einige Bemerkungen glauben wir aber zu demselben machen zu müssen.

\*\*) Quard hat mit diesem, freilich sehr nebensächlichem Einwand vollständig recht. Thatsächlich entstand das Mißverständnis dadurch, daß dem Verfasser des Artikels nicht die Frankfurter Volksstimme, sondern ein anderes Parteiblatt vorlag, das den Quard'schen Vorschlägen die verpönte Ueberschrift gegeben hat. Daß aber von diesem Parteiblatt und wohl auch von Dr. Quard diese Vorschläge als ein Programm für die Thätigkeit der Gewerkschaften betrachtet wurden, ist wohl nicht zu bestreiten.

\*\*\*) Der Kritiker der Quard'schen Vorschläge in Nr. 171 unseres Blattes hat gegen einen und zwar den springenden Punkt der Vorschläge, den sozialpolitischen Gewerkschaftskongress, polemisiert und dabei in ganz loyaler Weise den Passus der Quard'schen Rede zitiert.

\*) Mit der Berufung auf die Broschüre von Parvus beweist Q. bloß, daß seine Vorschläge nicht neu sind.

\*\*) Genosse Quard kann sich beruhigen, der „Vorwärts“ geht auf seinen Weg, ohne seine Weisungen. Er kann übrigens aus der heutigen Nummer ersehen, daß die Besprechung der Parvus'schen Broschüre von uns nicht hintertrieben wird.

\*\*\*) Q. vergißt, daß er durch seine Berufung auf Autoritäten, die übrigens von dem, was die Hauptsache seiner Vorschläge ist, gar nicht sprechen, nur beweist, daß das, was an ihnen gut ist, nicht neu ist.



möglich sein wird, daß jede einzelne Gewerkschaft jährlich einen solchen Bericht der Öffentlichkeit überlegt, so könnten doch die gesamten Gewerkschaften der Industriezentren gemeinsam, etwa durch das Gewerkschaftsamt, die für jede Organisation veranfalteten Aufnahmen in einem zusammenfassenden Jahresbericht herausgeben. Hier sehen wir also einen kräftigen Ansat zu Verwirklichung der Quard'schen Vorschläge. — Es ist hierbei aber nicht berücksichtigt, daß jede Gewerkschaft irgend ein Blatt hat, wo sie derartige Berichte veröffentlichen kann, und im übrigen beruht ja der Zweck der Kontrolle über den Arbeiterstand nicht in der Veröffentlichung von Sammelwerken, die erfahrungsmäßig nur wenig Leute lesen, sondern in der Einwirkung auf die Behörden, die zur Durchführung der Gesetze da sind.

Die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. sagt über die Quard'schen Vorschläge: „Der politischen Partei, welche in den sozialistischen Gewerkschaften für ihre wirtschaftlichen Befreiungen eine kräftige Unterstützung findet, bleiben in der Vertretung des arbeitenden Volkes die rein politischen Fragen (Steuern, Zölle, Heer, Marine, Reichspflege u. s. w.) allein überlassen. Die Zuweisung erster sozialpolitischer Aufgaben an die Gewerkschaften liegt unseres Erachtens durchaus im Interesse der Partei; das ist unsere gegenwärtige Anschauung zu dem „Vorwärts“-Artikel (in Nummer 171 des „Vorw.“) Das aber folgt jedoch gleich nach. Die Finanzgründung sozialpolitischer Arbeit durch die Gewerkschaften würde bei dem heutigen Stande der Vereinseinkünfte — und da finden wir uns in Übereinstimmung mit dem „Vorwärts“-Artikel — dazu führen, daß die Gewerkschaften durchweg als politisch erklärt würden, d. h. daß sie nicht in Verbindung mit einander treten und keine Frauen aufnehmen dürfen. Offenkundig wäre damit die Kraft der Gewerkschaften gelähmt. Genosse Quard hofft freilich durch das Vertrauensmänner-System die vereinseigentlichen Klippe umschiffen zu können. Das Beispiel des Prozesses gegen den Parteivorstand gibt jedoch wenig Aussicht auf Hoffnung. Da aber im nächsten Herbst in den Einzellandtagen der Verkehr politischer Vereine gesetzlich gestattet werden soll, so würde ein wesentlicher Hindernis fallen — wenn nicht andere neue geschaffen werden.“ Die Frankfurter „Volksstimme“ geht also von der Ansicht aus, daß das Tätigkeitsfeld der politischen Partei die Politik im engeren Sinne, nicht auch die Sozialpolitik sei. Dagegen spricht aber schon der Name unserer Partei. Wir sind Sozialdemokraten, was bedeutet, daß wir sowohl politisch wie wirtschaftlich tätig zu sein haben; beides durchdringt einander gerade bei uns. Daß sich eine bestimmte Abgrenzung unserer Tätigkeit in der Partei und in der Gewerkschaft nur insoweit durchführen läßt, als das Berufs- und das allgemeine Interesse dafür einen Anhalt gewähren. Alles, was über das spezielle Berufsinteresse hinausgeht, das ist und bleibt Gegenstand des Interesses der sozialdemokratischen Partei. Während sie den Gewerkschaften nicht das Tätigkeitsgebiet begrenzt, sondern ihnen nur mit Rat und Tat dient, kann sie andererseits sich nicht vorschreiben lassen, was sie zu behandeln hat und was nicht.

Am lebhaftesten tritt der „Braunschweiger Volksfreund“ für die Quard'schen Vorschläge ein. Insbesondere sieht er in der Wahrnehmung der sozialpolitischen Interessen durch die örtlichen Kartelle oder Vertrauensmänner der örtlichen Branchen ein „wohlthätiges Gegengewicht gegen die Zentralisation der Verbände“. Ihm gefällt auch der sozialpolitische Gewerkschaftskongress, den Quard will, nur möchte der „Br. Volksfr.“ lieber eine andere Benennung, „etwa Arbeiterkongress“. Wenn aber solche Kongresse die Gesetzgebung direkt beeinflussen sollen, so müßten sie sich — sagt der „Volksfreund“ — „notwendig an die parlamentarische Fraktion anlehnen. In dieser Beziehung dürfte der Vorschlag Quard's zu weit gehen. Der Kongress hätte genug zu thun, wenn er sich über die Handhabung der Arbeitergesetzgebung in den verschiedenen Orten informierte und verständigte und sich auf eine reine Verwaltungstätigkeit beschränkte. Und diesen letzteren Punkt, die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle als einer Art von Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde, möchten wir als den berechtigten Kern der Quard'schen Vorschläge festgehalten wissen, wie man auch über sein Programm im großen und ganzen denken mag. Die Kartelle sind Ausschüsse der gesamten örtlichen Arbeitervereine; sie haben die Aufnahmen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der einzelnen Branchen ins Leben zu rufen und zu leiten, die Tätigkeit der staatlichen Aufsichtsbehörde zu kontrollieren, die Wahlen für staatliche Rassen und Gewerbeämter vorzubereiten. So lange jedoch die örtlichen Kartelle diese ihre Aufgabe in ungenügender Weise lösen oder sich derselben möglichst gar nicht bewußt sind, wäre das Zusammenstreben von Kongressen auf ihrer Grundlage hinausgeworfenes Geld. Vielleicht führt jedoch die Quard'sche Anregung dazu, daß zunächst von einzelnen Kartellen eine regere Tätigkeit als bisher auf dem besprochenen Gebiete entfaltet wird; ist diese Voraussetzung einmal erfüllt, dann kann man auch wohl mit der Zeit an einen weiteren Ausbau dieser Organisation denken; und dann wird ein derartiger Arbeiterkongress werthvoller sein, als alle bisherigen Gewerkschaftskongresse zusammen.“

Der „Braunschweiger Volksfreund“ ist also für die Verwirklichung der sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften, die schon bei der Besprechung des in der „Leipz. Volksztg.“ veröffentlichten Artikels von uns als ungewöhnlich und überflüssig dargestellt ist.

Dem „Hamburger Echo“ sind die Quard'schen Vorschläge sympathisch, insofern als sie die Gewerkschaften zu größerer Beachtung der Sozialpolitik anregen, in erster Linie was die Ausführung der Gesetze, insbesondere der Arbeiterschutz-Gesetze, betrifft. Gerade die intensive Beschäftigung mit den gesetzlichen Bestimmungen werde den Blick schärfen für deren Mängel, und es werde so allmählich von den Gewerkschaften ein werthvolles Material beschafft werden können für die notwendigen Änderungen bestehender oder den Entschluß neuer Gesetze. Ohne selbst eine direkte politische Tätigkeit auszuüben, würden so die Gewerkschaften der politischen Bewegung eine willkommene Vorarbeit liefern, die sie selbst nur schwer zu leisten im Stande sei. Was die Organisation des Quard'schen Planes betrifft, so ist das „Hamb. Echo“ der Ansicht, daß es keiner neuen Organisationen, keiner weiteren Zentralisierung bedarf, sondern nur der emsigen Arbeit mit dem vorhandenen und in der angegebenen Richtung.

Die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ hat unseres Wissens zu den Quard'schen Vorschlägen nur durch folgende Eingangsworte eines Artikels „Zum neuen Gewerkschaftsprogramm“ Stellung genommen: „Die Wieder-aufwärmung des Planes der Generalkommission durch Herrn Dr. Quard, in den Gewerkschaften Politik zu treiben, veranlaßte mehrere Gewerkschaftsblätter, Stellung dazu zu nehmen. Soweit wir jetzt unterrichtet sind, findet die Anregung Quard's mit wenigen Ausnahmen Zurückweisung, was niemand Wunder nehmen wird. Unseren Lesern bringen wir heute einige Zitate über diese Angelegenheit.“ Die „Leipziger Volkszeitung“ giebt dann eine Reihe von Zitaten aus der Gewerkschaftspress. Ihre Eingangsworte können wohl nur als eine Ablehnung des Quard'schen Organisationsplans gedeutet werden.

Von den übrigen Parteiblättern hat sich bis jetzt keines für die Quard'schen Vorschläge ausgesprochen, sondern, soweit sie Stellung nahmen, sind sie gegen dieselben. Auf die Wiedergabe dieser Stimmen können wir einstweilen verzichten, da unseres Erachtens der Quard'sche Plan einer neuen Organisation der gewerkschaftlichen Tätigkeit sowieso keine Aussicht hat, von den Arbeitern verwirklicht zu werden. Was an den Quard'schen Vorschlägen gut ist, ist nicht neu, und was daran neu ist, das will und kann die Arbeiterschaft nicht mitmachen, denn es ist nicht gut.

III  
Aus der Gewerkschaftspress liegen an Meinungsäußerungen noch folgende vor:

Die „Fachszeitung für Schneider“, das Organ des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsbesitzer Deutschlands, schreibt: „Wir sind der Meinung, daß sich die Gewerkschaftsbewegung bisher schon mit der Sozialgesetzgebung beschäftigt hat und müssen uns daher sehr darüber wundern, daß, wenn ein solcher Plan ausläßt, man von politischer Seite so ängstlich bemüht ist, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor solchen „Experimenten“ zu bewahren, wie dies augenblicklich wieder vom „Vorwärts“ und anderen Parteiblättern geschieht. Die Schneider haben seit Jahren auf ihren Kongressen, zu denen Delegierte in öffentlichen Versammlungen gewählt waren, stets Forderungen an die Gesetzgebung gestellt, jedoch ist bis jetzt noch keine derselben verwirklicht worden. Die Forderungen eines freien, unbeschränkten Koalitionsrechts, sowie der Ausdehnung des Fabrikinspektors auf die Hausindustrie sind auf jedem Schneiderkongress wiederholt worden; sie sind ferner in öffentlichen Schneider-Versammlungen besprochen worden, ohne daß unsere Organisation in ihrer Gesamtheit deshalb im geringsten gefährdet worden sei. Im Anschluß an die in diesem Jahre stattgefundenen Konfektionsarbeiter-Bewegung sind auf unserem letzten, erst kürzlich abgehaltenen Kongress ja eine ganze Reihe von Forderungen aufgestellt, welche durch die Gesetzgebung verwirklicht werden sollen. Da kann man aber auch sagen: „Die Politik hört sich wohl, allein wir fehlt der Glaube.“ An der Befreiung der schädlichen Auswüchse der Hausarbeit, des Schwitzsystems u. s. w. haben auch noch andere Gewerbe dasselbe Interesse; wer könnte also wohl etwas dagegen haben, wenn die in öffentlichen Versammlungen gewählten Vertrauensmänner mit einander in Verbindung treten, um die Agitation für diese Forderungen vorzubereiten und dieselbe gemeinsam zu betreiben, denn ohne kräftige Anregung seitens der Arbeiter wird auf dem Gebiete der Sozialreform überhaupt nichts geschehen. Daß die Arbeiter an der strengen Durchführung der bestehenden Arbeiterschutz-Bestimmungen ebenfalls ein lebhaftes Interesse haben, wer wollte dies bestreiten? Nun kann aber doch die Kontrolle über die Durchführung gegebener Gesetze schon heute mit Erfolg ausgeübt werden. In dieser Beziehung können unter Umständen ebenfalls die Arbeiter verschiedener Berufsarten in London wurde von sämtlichen Berichts-beratern derjenigen Länder, wo Gesetze gegen die Auswüchse der Hausindustrie bestehen, konstatiert, daß diese Gesetze nur auf dem Papier ständen und nicht ausgeführt würden; es fehlt also allenthalben an der nötigen Kontrolle, an der so notwendigen Ueberwachung der schon vorhandenen Vorschriften durch die Gewerkschaften. Diese Ueberwachung ist nicht nur eine ideale, sondern auch eine sehr materielle Sache. Wenn sich die Gewerkschaftsbewegung aber schon mit solchen Angelegenheiten befaßt, warum darf sich dann nicht auch einmal ein allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongress, welcher von öffentlich gewählten Delegierten besetzt ist, mit denselben Fragen beschäftigen und dieselben einheitlich regeln? Wenn wir nun gegen die Vorschläge an sich nichts einzuwenden haben, so erwarten wir aber trotzdem von der Verwirklichung derselben keine große Stärkung der Gewerkschaftsbewegung oder vielmehr der gewerkschaftlichen Organisationen. Im Gegenteil, unsere deutschen Arbeiter verlassen sich schon jetzt viel zu viel und viel zu gern auf die Gesetzgebung, mehr als auf die Selbsthilfe. Daß aber die Gewerkschaften stark sein müssen, um den genügenden Druck auf die Gesetzgebung ausüben zu können, wollen sie nicht einsehen, sondern die Mehrzahl glaubt, um etwas von der Gesetzgebung zu erlangen, brauchen sie nur am Wahltag ihre Stimme für einen Sozialdemokraten abzugeben, wenn sie noch etwas mehr thun wollen, lassen sie sich noch als Mitglied in einen Wahlverein aufnehmen, aber nicht in eine Gewerkschaft; die Letztere kennen sie nur zur Zeit eines Lohnkampfes, wenn Unterstützungsgelder ausbezahlt werden. Wenn unter den deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen mehr Sinn für gewerkschaftliche Organisation vorhanden wäre, wie wäre es dann nur möglich, daß dieselben nach einem Lohnkampf wieder zu Tausenden die Fahne der Gewerkschaft verlassen, wie dies bei den Konfektionsarbeitern jetzt der Fall ist, trotz der unermüdelichen Agitation und der Aufklärung der leitenden Personen durch Vorträge in den Versammlungen, durch Verbreitung der Fachzeitung u. s. w. In England werden dagegen fast gar keine solche Versammlungen veranstaltet, sondern es findet nur alle Vierteljahre eine Generalversammlung statt, welche sich mit inneren Vereinsangelegenheiten beschäftigt, und doch ist der Stand der Organisationen dort ein bedeutend besserer als bei uns, einestheils weil die englischen Arbeiter mehr von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisationen durchdrungen sind und andererseits weil sie durch die mit der Organisation verbundenen Unterstützungszweige mehr materielle Vorteile zu erwarten haben, wofür sie allerdings aber auch wieder höhere Beiträge bezahlen müssen. Die Gewerkschaftsorganisation der australischen Arbeiter geht so weit, daß ein Streik niemals ein einzelnes Gewerbe nur betrifft; alle gewerblich mit einander verwandten, alle zu dem gleichen Gesamtwerte thätigen Berufsständen treten solchenfalls für einander ein. Streiken z. B. bei einem Neubau die Tischler, so läßt auch der Schlosser, der Zöpfer, der Glaser die Arbeit so lange ruhen, bis der Unternehmer die Forderung der Tischler erfüllt hat. Das unbedingte Zusammenhalten in Lohnfragen giebt der australischen Arbeiterschaft eine Macht, deren Tragweite sie sich wohl bewußt ist. Da infolgedessen die Noth unter der dortigen Arbeiterbevölkerung noch nicht so groß ist, so ist jede Agitation für ernstliche Auslösung der Australier über den Anhang des heutigen Wirtschaftsstandes bisher leider noch ohne Erfolg geblieben. Unsere deutschen Arbeiter sind dagegen politisch aufgefällter, hungern aber lieber und lassen sich alle möglichen Chikanen seitens der Unternehmer gefallen, als daß sie sich auch gewerkschaftlich organisieren und dem Kapitalismus, den sie politisch bekämpfen, auch auf wirtschaftlichem Gebiet in Massen entgegenreten. An dieser Thatsache werden aber auch die Vorschläge des Genossen Dr. Quard, so gut dieselben auch gemeint sind, nichts zu ändern vermögen.“

Die „Bildhauer-Zeitung“, das Organ für die Interessen aller Bildhauer, sagt: „Bis vor noch gar nicht langer Zeit vertrat Herr Dr. Quard den sozialdemokratischen Handlungsgesellen gegenüber den Standpunkt, daß Politik mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu thun habe... Daß er sich nun vorwerfen lassen muß — er, der vorher so vorsichtig war —, daß er Politik in die Gewerkschaften bringen wolle, mag ihn nicht sehr erfreuen, geschieht ihm aber recht, denn er mußte wissen, daß es noch garnicht lange her ist, wo die „dunklen Pläne“ der Generalkommission so großen Aufbruch verursachten. Und damals handelte es sich nur um eine Anfrage, während er dagegen gleich auf den offenen Markt heraustritt... Die Opposition ist begreiflich, die sich in der Gewerkschafts- und theilweise auch in der politischen Arbeiterpresse gegen die Quard'schen Vorschläge gezeigt hat. Oder sollten die Leiter der deutschen Gewerkschaftsblätter so schlecht lesen können, daß sie irrthümlich eine Gefahr für die deutsche Arbeiterbewegung in diesen Vorschlägen erblickten? Der Vortanz des Herrn Dr. Quard im „Vorwärts“ hat uns eines besseren nicht belehrt. Die Gefahr liegt nicht etwa darin, daß die Zentralorganisationen auf die politische Bahn gedrängt werden könnten, sondern vielmehr darin, daß ein Keil in die gesammte deutsche Arbeiterbewegung getrieben wird. Keine Sonder-Gewerkschaftsbewegung und Sozialpolitik, welche bestritt ist, die Gesetzgebung zu beeinflussen, keine Sonder-Gewerkschafts-Kongresse — sondern das Betreiben dieser Sozialpolitik ist mit die vornehmste Aufgabe der politischen, der sozialdemokratischen Parteibewegung und der alljähr-

lichen Parteikongresse. Geschieht das nach Ansicht des Herrn Dr. Quard und anderer nicht in genügendem Maße, dann mache man Feuer dahinter, suche dort das Interesse für die Gewerkschaftsbewegung zu beleben, lasse dieser aber endlich einmal die Ruhe — nicht die Ruhe des Kirchhofs, denn das verhalten unsere wirtschaftlichen Gegner schon —, aber die Ruhe der Entwicklung, welche den deutschen Gewerkschaften äußerst nothwendig ist. Auch wir geben uns einig dem Glauben hin, daß man diese mit Mitteln von außen künstlich beleben könnte, und vertheilen uns deshalb gegen die „dunklen Pläne“ der Generalkommission gar nicht so unsympathisch; wir haben uns aber bald eines besseren belehrt und vertreten heute den Standpunkt, den die übergroße Mehrzahl der Gewerkschaftsblätter den Quard'schen Vorschlägen gegenüber einnimmt. Damit leugnen wir nicht, daß selbst moderne Gewerkschaften auf einem anderen Standpunkt stehen wie wir — so tief der Zeitartikel der Nr. 98 des „Corresp. für Deutschl. Buchdr.“ „Sind wir Hirsch-Dunderländer?“ ein Schütteln des Kopfes bei uns hervor —; und ferner verkennen wir nicht, daß in manchen Verwaltungsstellen der Zentralisationen und in manchen Städten in öffentlichen Versammlungen mehr gethan werden könnte, aber in den Städten, wo das rege, frische Leben der Klassenbewußten Arbeiterschaft pulst, da geschieht das alles schon, was Herr Dr. Quard als Novum der wissens- und thatendürftigen deutschen Arbeiterwelt aufstiftet. Möge man den Gewerkschaften nur ihren Kleinkampf gönnen — und wir wünschten nur, daß jeder „Reformer“ von der Pike auf diesen Kampf mit durchgemacht, um ihn würdigen zu können —, der große völkerebefreiende Kampf in Verbindung mit dem Ringen nach politischer Macht und dem Druck auf die soziale Gesetzgebung muß unserer politischen Partei, muß der Sozialdemokratie anheimgestellt bleiben.“

IV.

Dr. Quard erklärt in einem Schreiben auf unsere in Nr. 196 veröffentlichte Bemerkung: „Wie wir erfahren, ist Quard mit dem Redakteur des „Bauhändler“, Genossen Kessler, zwecks Gründung eines allgemeinen Gewerkschaftsblattes in Verbindung getreten — daß jedes Wort dieser Mittheilung „platte Erfindung“ sei.“

Dieser Behauptung Quard's sei zunächst folgende „Berichtigung“ entgegenzusetzen, die uns Genosse Kessler zusandte: „Es ist irrthümlich, daß Herr Dr. Quard mit mir, wegen Gründung eines allgemeinen Gewerkschaftsblattes in Verbindung getreten ist.“ Herr Dr. Quard hat mir nur seine Ansicht über die Möglichkeit der Gründung eines solchen Blattes ausgesprochen und ich habe ganz entschieden die Möglichkeit und Möglichkeit in Abrede gestellt. Mit vorzüglicher Hochachtung Gustav Kessler.“

Nach Quard's Behauptung ist aber jedes Wort unserer Mittheilung „platte Erfindung“! Das sucht er wörtlich und folgendes zu beweisen: „Ich bin insofern der „Vorwärts“-Artikel gegen meine Vorschläge mit einer großen Reihe von Parteigenossen, die ich persönlich noch nicht kenne, in schriftlichen Verkehr und Meinungsabtausch gekommen, so auch mit Genossen Kessler-Berlin. In diesem Briefwechsel habe ich dem Genossen Kessler gelegentlich genau dasselbe geschrieben, was ich bereits unterm 18. d. M. dem „Hamb. Echo“ öffentlich schrieb und am 20. d. M. im hiesigen Frankfurter Gewerkschaftskartell ebenfalls öffentlich sagte (vgl. „Frankf. Volksstimme“ vom 21. d. M.); verwerfe man besondere Gewerkschaftskongresse zur Gewinnung einer einheitlichen Stellungnahme zur Sozialgesetzgebung, so könnte an andere Mittel gedacht werden, z. B. an ein Zentral-Gewerkschaftsblatt wie in Oesterreich, wie es nebenbei als Erweiterung des „Korrespondenzblattes“ von der Generalkommission auf dem letzten Berliner Gewerkschaftskongress beantragt, aber von den Verbänden verworfen wurde. Ich schrieb kein Wort mehr in dieser Sache an Genossen Kessler und erwarnte, daß er meine Briefstelle im Wortlaut veröffentlicht. Genosse Kessler erwiderte mir, daß er von einem Zentral-Gewerkschaftsblatt nicht viel halte, und damit war dieser rein theoretische Meinungsabtausch über diesen Gegenstand zwischen uns abgeschlossen. Wir haben nie ein Wort wieder darüber gewechselt. Da ich aber auch persönlich weder in der Lage bin, noch die geringste Betanlassung dazu habe, ohne jeden Auftrag der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein Zentral-Gewerkschaftsblatt zu „gründen“, so überlasse ich die Art des „Vorwärts“, mir wiederum auf vage Heberlein hin eins anzuhängen, der Beurtheilung aller Genossen.“

Und wir überlassen es den Genossen, zu entscheiden, ob Quard ein Recht hat, von „platter Erfindung“ zu reden, wo er das wesentliche unserer Angabe selber besitzigen muß.

Verfassungen.

Die hiesige Mitgliedschaft des Verbandes der in Buchbindereien oder Papier- und Lederwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 17. d. M. eine mäßig besuchte Versammlung ab, in der Genosse Bruno Pörsch über: „Beseitigung des Privatenthums“ referirte. Eine Diskussion fand nicht statt. Hierauf wurden die Mitglieder Kollath, Note, Lank und Andersen als Hilfskassierer einstimmig gewählt. Nach einem kurzen Referat über den Antrag der Mäandener Mitgliedschaft, betreffs Einberufung eines Verbandstages, wurde eine Resolution, wonach sich die Mitgliedschaft Berlin diesem Antrag gegenüber ablehnend verhält, ohne weitere Debatte einstimmig angenommen. Hinz erucht nochmals eine schleunige Abrechnung der Billets vom „guten Montag“ und macht gleichzeitig auf das am 19. September stattfindende Vergnügen in Sanssouci aufmerksam. Schiefer macht die Mittheilung, daß am 6. September in der Neuen Welt das diesjährige Sommerfest der im graphischen Beruf Beschäftigten stattfand und erucht um zahlreichen Besuch. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem dringenden Wunsch, für die vier großen öffentlichen Versammlungen, die in der nächsten Woche schon stattfinden und sich mit der Lohnbewegung beschäftigen sollen, tüchtig zu agitieren.

Der Fachverein der Stenokuree Berlins verhandelte in seiner Versammlung am 17. d. M. über die sogenannten Quard'schen Vorschläge. Die Debatte verlief resultatlos und soll in nächster öffentlicher Versammlung fortgesetzt werden. An Stelle des außerhalb arbeitenden ersten Schriftführers verwaltert der zweite, Kollege Wagner, dessen Geschäfte, für welchen alsdann Kollege J. Meyer gewählt wird. Die Abrechnung des Vergnügungs-Komitees über das Weihnachts-Vergnügen ergab folgenden Resultat: Einnahme 142,90 M., Ausgabe 99,01 M., Ueberschuß 43,89 M. Beim Maskenball betrug die Einnahmen 71,00 M., Ausgaben 75,39 M., Defizit 4,39 M. Ausstehen noch 7 Billets à 0,50 M. = 3,50 M. Mitbin beträgt das Defizit 0,89 M. Nachdem noch zwei Mitgliedern 10 bzw. 14 M. Unterstützung bewilligt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereins am 17. d. M. referirte die Genossin Fr. Baader über das Thema: „Sieht der englische Arbeiter höher als der deutsche?“ An der Diskussion theilnahmen sich mehrere Redner. Alsdann fand die Neuwahl des ersten Vorsitzenden statt, gewählt wurde Kollege Schäfer. Als Bibliothekar wurde Kollege Kasten gewählt. Als Ersatz für ein ausgeschiedenes Mitglied der Rechtschutz-Kommission wurde Kollege Rudolf gewählt. Als Thierkontrolleur wurde Kollege Jahn gewählt. Zum Schluß kamen noch einige interne Vereinsfragen zur Erledigung.

Die Vergolder blieben am 17. d. M. eine Versammlung ab, in der Genosse Ewald in interessanter Weise über die



sanitären Verhältnisse im Beruf sprach. Die hierauf verlesene Abrechnung ergab eine Einnahme von 1103,21 M. und eine Ausgabe von 126,60 M., mithin Bestand 976,61 M. An die Hauptkassette sind abgeführt 487,88 M. Sodann vollzog die Versammlung die Wahl eines Schriftführers, mit welchem Amt das Mitglied Bodmann betraut wurde. Ferner wurde die Abhaltung einer Ratinee in Aussicht genommen und dem Vorstand für die Ueberführung von 50 M. an die streikenden Prager Kollegen Decharge erteilt.

In einer sehr zahlreich besuchten Maurerverammlung, die am Freitag im Feen-Palast tagte, erfolgte die Abrechnung vom Streik. Silber Schmidt erstattete zunächst Bericht über die Tätigkeit der Lohnkommission. Dieselbe wurde am 19. März gewählt und hielt während der Bewegung acht Sitzungen ab. In derselben Zeit veranstaltete sie 49 öffentliche Versammlungen, darunter fünf Deputierten-Sitzungen. Die Kommission gab 15 Auflagen von Flugblättern heraus, die in 110 000 Exemplaren verbreitet wurden und Berichte über die Lage des Streiks in 28 Ausruhen und Bekanntmachungen im Vorwärts. Die Korrespondenz wurde vermittelt durch 2 Telegramme, 980 Postsendungen, darunter 708 Zustellungen an die Meister, 108 Briefe, 62 Postkarten und 100 Postkartenarten. Man werde hiernach erweisen können, daß die Lohnkommission in vollem Umfange ihre Schuldigkeit getan habe. Insbesondere habe auch die diesjährige Lohnbewegung einen so überaus günstigen Erfolg gehabt, wie es am Anfang der Bewegung niemand erwartet hätte. Eine detaillierte Abrechnung über die Gelder, welche vom 28. März bis 4. Juli durch die Hände der Kommission gingen, lag der Versammlung gedruckt vor. Dieselbe schließt ab mit einer Gesamteinnahme von 49 202,95 M., einer Gesamtausgabe von 30 653,78 M., und weist einen Bestand von 18 549,22 M. auf. Der weitans größte Teil der Einnahmen, nämlich 48 462,85 M., ist durch Sammlungen unter den Berliner Mauern aufgebracht. Nach dem 4. Juli wurden, wie der Kassierer Richter mündlich berichtete, 10 830,20 M. eingenommen und 5209,49 M. ausgegeben, so daß sich hier ein Bestand von 5620,71 M. bleibt; im ganzen ist demnach ein Bestand von 23 669,93 M. vorhanden, wovon 22 255,— M. bei der Deutschen Bank angelegt sind, während sich 1414,93 M. in den Händen des Kassierers befinden. Die Revisoren Hecke und Braun bestätigten die Richtigkeit dieser Abrechnung, worauf die Versammlung nach kurzer Debatte dem Kassierer Decharge erteilte. Eine längere Debatte entstand darüber, ob ein Defizit niedergeschlagen werden solle, welches bei zwei Beitragsamtlern durch unverschuldeten Verlust von Marken entstanden ist. Ein dahingehender Antrag wurde mit zweifelhafter Mehrheit abgelehnt und dann beschlossen, die Angelegenheit gründlich zu untersuchen und das Resultat der nächsten Versammlung vorzulegen. Der Vorsitzende Kater stellte folgenden Antrag zur Diskussion, der nach kurzer Debatte angenommen wurde: Vom Montag, den 24. August, wird das Bureau auf zwei Mann reduziert. Sollten sich jedoch die Arbeiten plötzlich mehren, so ist die Kommission berechtigt, das Bureau zu ergänzen. Von der nächsten Woche an hat jeder in Berlin arbeitende Maurer wöchentlich 25 Pf. zum Streikfonds zu zahlen. Jeder Kollege ist verpflichtet, für Durchführung dieses Beschlusses zu sorgen. Ferner wurde beschlossen, daß den Zimmerern die Gelder, welche sie zur Unterhaltung des Maurerstreiks hergegeben haben, wieder zurückgezahlt werden sollen, was schon zum Teil geschehen ist.

Mit der Aufforderung, die im Lohnkampf errungenen Vorteile durch allseitigen Anschluß an die Organisation zu sichern, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer Niddorfs tagte am Freitag bei Kummer, Berlinerstraße, um die Abrechnung des Vertrauensmannes entgegenzunehmen. Nach dem Bericht desselben betragen die Einnahmen 180,55 M., die Ausgaben 131,75 M., bleibt also ein Bestand von 49,10 M. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und erteilte hierauf die Versammlung die Decharge. Als Vertrauensmann wurde Bach gewählt und zu Revisoren Hoffmann und Siebert bestimmt. An stelle des bisherigen Kassierers wählte die Versammlung Wittich, der Dienstag, Donnerstag und Sonnabend abends und Sonntag vormittags in der Zahlstelle anwesend sein wird, um die Abstempelung der Karten vorzunehmen. In längerer Aussprache schilderte sodann Gröppler die gegenwärtige Situation, die er als eine sehr günstige bezeichnet, die aber keineswegs dazu angethan sei, nachdem der Neumundtag fast allgemein zur Durchführung gelangt ist, die Hände in den Schooß zu legen. Vielmehr sei alle Ursache vorhanden, wie die früheren Lohnbewegungen zur Genüge lehren, nach wie vor auf dem Posten zu sein, um die Erwerbschancen dauernd zu sichern. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden zum Anschluß an den Zentralverband der Maurer Deutschlands und zur regen Agitation für denselben auf. In ähnlichem Sinne äußerten sich noch andere Redner. Nachdem noch auf die am Dienstag stattfindende Mitgliederversammlung hingewiesen worden war, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf den Neumundtag.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hielt am Mittwoch, den 19. August eine Mitgliederversammlung ab, um einen statuten-gemäß von 15 Mitgliedern gestellten Antrag: Die stellt sich die Freie Vereinigung zur Redaktion des „Handels-Angeboten“ zu beraten. Julius Cohn leitete die Verhandlungen als Mit-antragsteller ein, indem er als gesammeltes Anlagematerial einen einzigen im „Handels-Angeboten“ abgedruckten Aufruf der Agitationskommission anführte, durch welchen sich die Mitglieder der Liga zur Herbeiführung des Achtuhr-Ladenschlusses beleidigt fühlen. Mit diesem einen Punkt begründete er seinen Antrag, nach welchem die Versammlung die Absetzung des Redakteurs beschließen möge. In der Diskussion, in welcher noch einmal der Streit um die Liga mit aufkorderte, wurden die Vorwürfe der Antragsteller gegen das Fachblatt energisch zurückgewiesen. Es gelangte sodann ein Antrag zur Annahme, nach dem die Versammlung die erhobenen Angriffe zurückweist und der Redaktion des „Handels-Angeboten“ ihr volles Vertrauen ausdrückt.

Der Vorsitzende theilte noch mit, daß am 16. September wieder mit den regelmäßigen Vortragsabenden begonnen wird und an diesem Abend Herr Dr. med. Weyl über die Lebenshaltung des kaufmännischen Proletariats sprechen wird.

Die Modeller und Gipfelführer besprachen in einer öffentlichen Versammlung am 20. August die Durchführung des Lohnstreiks. Eingeladen waren zu dieser Versammlung: Herr Caspary (Domann); der Prinzipals-Kommission) und Herr Kleefeld. Ersterer entschuldigte schriftlich sein Nicht-erscheinen, während letzterer keine Erklärung für sein Fernbleiben zugesandt hatte. Einleitend theilte Domscheit mit, daß die erste Lohnbewegung in dem Berufe insofern ein günstiges Resultat gezeitigt habe, als ohne Kampf eine Reihe von Werkstätten den Tarif demüthigt hätten. In 24 Werkstätten bestand bereits die 8-stündige Arbeitszeit; infolge der eingeleiteten Bewegungen sei die Zahl derselben auf 50 gestiegen. Da in letzter Zeit jedoch verschiedene Prinzipale versuchten, den Tarif zu durchbrechen, zu welchen der freisinnige Stadtwater Kleefeld gehöre, der sich anständig sehr entgegenkommend verhielt, sei es notwendig, Maßregeln zu ergreifen, etwaigen Zurückziehungen L.e Bewilligungen vorzuziehen. Vor allen Dingen sei den beliebtesten Gepflogenheiten der Prinzipale entgegenzutreten, den Minimallohn als Normallohn zu betrachten, wie es bereits vereinigt versucht wurde. Der Versammlung liege hauptsächlich die Verantwortung der Frage ob, wie bei der gegenwärtig ungünstigen Konjunktur den Tarifzurückziehungen zu begegnen sei. In der Diskussion wurde noch einmal an dem sich widersprechenden Verhalten des Herrn Kleefeld scharfe Kritik geübt, und bekämpft, daß nur auf Grund der Zurückziehung seiner gegebenen

Versprechungen die Arbeit bei ihm niedergelegt wurde. Unter denen, die die Arbeit niederlegten, befinden sich Leute, die bis zu zehn Jahren in derselben Werkstatt beschäftigt waren. Ein derartiges einmütiges Handeln wurde allen gerathen, denen das gegebene Wort gebrochen würde. Die organisierten Kollegen würden von ihrer Organisation über Wasser gehalten während ihrer Arbeitslosigkeit. Aus taktischen Gründen wurde hauptsächlich die Bewegung von Domscheit ein Zusammengehen mit den Studateuren bei Lohnbewegungen empfohlen; nicht ausgeschlossen sei dieses schon bei der zum Herbst geplanten Lohnbewegung der Studateure. Hierzu wurde zwar der Antrag abgelehnt, den im Tarif vorgeschriebenen Minimallohn von 27 M. auf 30 M. zu erhöhen, dagegen beschlossen, bei dieser Gelegenheit die Anerkennung der Organisation und des Arbeitsnachweises zu fordern. Das positive Ergebnis der Verhandlungen war: das Festhalten der Sperre resp. Neusperrern folgender Werkstätten, über deren jede einzeln debattiert und abgestimmt wurde: Geygla, Brach, Konrad u. Wals, Biffing, Jungermann, Muß, Wenzel in Wilmerdorf, Ziele, Kleefeld. Ueber die Werkstatt Weidt u. Weder lag noch kein bestimmter Bescheid vor. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung ihr Bedauern über das Verfahren des Herrn Kleefeld ausdrückt, die Kollegen verpflichtet, sich der Organisation anzuschließen, so weit dieses noch nicht der Fall ist, und zum Festhalten an den gestellten Forderungen mahnt.

In einer öffentlichen Versammlung der Schrankendreher und Berufsgenossen, die am Sonntag im Konfessionshäusern-Kongreßtagte, hielt Genosse A. D. Hoffmann einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Gesunde und Gefunde“, in dem er die einzelnen Paragraphen der Gesunde-Ordnung und deren praktische Anwendung einer herben Kritik unterzog. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildeten die Mißstände in den Fabriken der Firma G. M. Stelzner. Die angeführt wurde, sei es bei der betreffenden Firma beinahe zum Auslande gekommen deshalb, weil zwei Kollegen entlassen wurden; angeblich sollen sie minderwertige Arbeit geliefert haben, und die Entlassung nach der Meinung eines Theiles der Kollegen zu unrecht erfolgt sein. Die gewählte Kommission, die sich an die Chefs wandte, um die Gründe zu erfahren, wurde auf die Fabrikordnung verwiesen, wonach die Abgabe der Entlassungsgründe nicht erforderlich ist; auch wurden bei dieser Gelegenheit weitere Entlassungen in Aussicht gestellt, trotzdem bereits neue Arbeiter und zwar aus Hinterwalde an stelle der Entlassenen eingestellt sind. Die Lohnverhältnisse bei dieser Firma sollen, wie von mehreren Rednern angeführt wurde, keineswegs glänzende sein und Löhne von 15 M. und weniger nicht zu den Seltenheiten gehören. Für einen Artikel, für den anderwärts 2,25 bis 2,40 M. bezahlt wird, ist der Akkordpreis auf 1,15 M. festgesetzt. Bemängelt wurde sodann noch das ungenügende Solidaritätsgefühl einzelner Kollegen, die ihren Verpflichtungen in finanzieller Beziehung nur theilweise nachkommen oder sich vollständig hiervon ausschließen und sich um die gefassten Beschlüsse nicht kümmern. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden aufgefordert hatte, für den Anschluß an die Organisation zu wirken und gleich den anderen Branchen für den öffentlichen Fonds einzutreten, wurde zum Schluß bekannt gegeben, daß am Dienstag, den 25. August, bei Cohn, Beuthstraße, eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter stattfindet und rege Beteiligung erforderlich ist.

In der Mitgliederversammlung des Berliner Korbmacher-Verbandes brachte zunächst der Kassierer die Schlussabrechnung der hiesigen Filiale des aufgelösten Zentralverbandes. Danach betrug der Bestand 112,77 M. und wird beschlossen, dieses Geld so lange hier zu behalten, bis von der Hauptkassette die Abrechnung erfolgt ist. Es wird sodann darauf hingewiesen, daß in allerhöchster Zeit eine lebhafteste Agitation unter den Kollegen der Grünbranche unternommen werden soll, da hier ein beispielloser Indifferentismus vorhanden ist. Gerade der letztere Umstand bringt es mit sich, daß die Löhne in der Grünbranche stetig sinken. Während früher durch die Jugendigkeit der Kollegen zur Organisation dem Arbeitgeber Hülfe eingeflößt wurde, so daß derselbe kaum wagte, Lohn-Abzüge vorzunehmen, ist es heute gerade das Gegenteil. Die Unmöglichkeit der Kollegen ist das beste Mittel für den Unternehmer, die Löhne zu kürzen, und daß es ausgeführt wird, müssen leider die Kollegen täglich erfahren. Möchten endlich die Kollegen zur Einsicht kommen, daß die Organisation die einzige Waffe ist, um bessere Lebensbedingungen zu schaffen, dann werden sie es auch als ihre Ehrenpflicht betrachten, freizugehen und die Organisation treu zu bleiben.

Zum Bericht über die Mitglieder-Versammlung des Unterstättungsvereins deutscher Tabakarbeiter (siehe 2. Beilage des „Vorwärts“ vom 22. August) ging uns folgende Erklärung zu:

In dieser Versammlung bin ich wegen meines Nicht-erscheinens bei der Berichterstattung über die Generalversammlung des Unterstättungsvereins deutscher Tabakarbeiter heftig getadelt und persönlich angegriffen worden. Es heißt in dem Bericht: „Kollege Drecher spricht sein Bedauern darüber aus, daß Drecher, mit dem er sich befaßt Berichterstattung in Verbindung gesetzt hat, trotzdem nicht anwesend ist.“ Dem gegenüber habe ich zu erklären, daß Kollege Drecher mir erst 4 Stunden vor der betreffenden Versammlung durch eine Postkarte bekannt machte, daß die Berichterstattung stattfindet etc. Die betreffende Postkarte konnte mich nicht erreichen, da ich nicht in Berlin war. Auf alle übrigen Vorwürfe, welche genau auf denselben schwachen Füßen stehen, werde ich in der nächsten Versammlung persönlich antworten. Drecher.

In Charlottenburg fand am Freitag Abend eine auch von Frauen stark besuchte Parteiversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Genosse F. J. Zubeil erstattete in seinem Referat Bericht über die parlamentarische Tätigkeit des Reichstages in der verflochtenen Session. Redner berührte im Verlaufe seiner Rede hierbei den vorjährigen Sedantummel und das Verhalten unserer Partei. Gleichzeitig war im Reichstags unsere Fraktion gezwungen, Stellung zu nehmen gegen die eingebrachten Gesetzesvorlagen, insbesondere zum Bürgerlichen Gesetzbuch. An den nahezu zweistündigen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine kurze Diskussion, an der sich die Genossen Sperel und Siegrist im Sinne des Referats, ersterer als Bäder namentlich über die traurige Lage der Bäderarbeiter äußerten. Hierauf gelangte eine Resolution, in welcher sich die Versammlung mit der Haltung und Tätigkeit unserer Fraktion im Reichstags einverstanden erklärt, einstimmig zur Annahme. Scharenberg als Parteispeditur erstattet nun Bericht über die Parteispedition. Die Einnahmen betragen für das verflochtenen Quartal 1729,79 M., die Ausgaben 1800,06 M., so daß ein Bestand von 422,73 M. verbleibt. Für Bäder wurden insgesamt 876,41 M. vereinnahmt, bleibt ein Bestand von 876,06 M., wovon bereits 500 M. als geliehen zurückgezahlt wurden. Der Abmontenkand habe sich in letzter Zeit ungemein gehoben, dagegen seien eine Anzahl Restanten aus früheren Quartalen vorhanden, die durch vielfachen Wohnungswechsel bei Bau- und Ziegeleiarbeitern verursacht wurden und leider nicht zu vermeiden sind. Dem Vorschlag Siegrist: Gegen die sämtlichen Restanten, besonders wenn sie später wieder bürgerliche Blätter lesen, energisch vorzugehen, könne man nicht zustimmen, weil bei dem in Charlottenburg fortdauernden üblichen Wohnungswechsel immer Restanten vorhanden sind, die, wenn sie wieder zurückkommen, dann nur abgestoßen und den Segnern in die Arme getrieben werden. Sommer, König, Kehr, Schnell, Flemming, Grünberg und Gerte sind darüber verschiedener

Meinung, am besten wäre es, wenn alle Restanten, die bereits aus dem Jahre 1893 datieren, gestrichen würden. Auf die Einwendung eines Redners, daß auch Kinder verwendet würden, erwidert Scharenberg, daß dies seines Wissens nur zwei seien, die im Herbst konfirmiert wurden, im übrigen werde streng darauf geachtet, daß die Kinder nicht dazu verwendet werden. Wegen unpunktlicher Lieferung möge man sich rechtzeitig beschweren, um regelmäßige Sendung zu erlangen. Nachdem hierauf die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekundet, wird dem Speditur Entlassung erteilt. Als Revisoren für das nächste Quartal werden die Genossen Schleck, Sellin und Eisenhut gewählt und die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In der öffentlichen Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Niddorfs am 18. August in den Viktoria-Sälen referierte Genosse Kamp über die Lage der Angehörigen im Handlungsgewerbe und wies mit verschiedenen Zahlen die Notwendigkeit der Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses nach. In der Diskussion forderte Frau Göbe die Parteigenossen auf, keine Einkäufe nach 8 Uhr zu besorgen, da hierdurch die Sache schon gefördert würde. Unter Verschiedenem machen die Schuhmacher auf die Mißstände bei den Zimmermeistern aufmerksam und empfehlen dieses den Genossen zur Beachtung bei Einkäufen. Ferner giebt der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag, den 30. August in den Viktoria-Sälen die Bassalfest stattfindet.

Niddorfs. Hier tagte am 18. August in den Viktoria-Sälen die Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Genosse Bruno Börsch hielt einen Vortrag über: Befreiung des Privatgeheimnisses. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise und fand der Vortrag allgemeinen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Verhandlungsangelegenheiten rügte der Bevollmächtigte scharf die Nachlässigkeit der Kollegen betreffs des Besuchs der Vertrauensmänner-Versammlung. Nachdem noch von seiten des Vorstandes auf die nächsten Mitgliederversammlungen aufmerksam gemacht wurde, in denen wissenschaftliche Vorträge gehalten werden, erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung. — Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 15. September, statt.

Weihenice. Eine öffentliche Vereins-Versammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins tagte am Montag, den 17. August bei Häbling. Genosse Sassenbach hielt einen Vortrag über: Verfassungskämpfe und Demagogieverfolgungen in Deutschland. Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende bekannt, daß von seiten des Vereins am Sonntag, den 4. Oktober, mittags 1 Uhr, ein Besuch der Urania (Laudenstraße) stattfindet. Billets zum Preise von 60 Pf. sind zu haben beim Vorsitzenden, Genossen Penkert, Langhausstr. 115, sowie bei allen Abteilungs-führern.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 9-10½ Uhr: Süd-oest. Schule Waldemarstr. 14: Öffentliche Gesundheitspflege (Nahrungsmittel und Genussmittel, Wohnung und Gesundheitspflege, Schulgesundheitspflege, Fortbildung, Parfüm für Arbeiterinnen.) Herr Dr. Gustav Heymann. — Nordschule, Wallerstraße 20a: Natur-Erkennnis. (Antike und moderne Naturbetrachtung. Reduktion durch Experimente, Galilei und Newton. Experimentelle Forschung. Physiologie und naturwissenschaftliche Forschung. Innerer Zusammenhang der Naturkräfte. Rob. Mayer, Helmholtz. Gesetz von der Erhaltung der Kraft und des Stoffes. Einheitslehre der Materie. Grundzüge des Darwinismus.) Herr Dr. G. Jost. Bei allen Unterrichtsstunden werden neue Zeitschriften, Tamen und Hecren, jeder Zeit ausgenommen.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender: H. Neumann, Postenwallstr. 2. Alle Änderungen im Vereinsstatutenbuch sind zu richten an Friedrich Korum, Mantelstr. 49, v. 2. 2c.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Änderungen im Vereinsstatutenbuch sind zu richten an Karl Eißler, Kleine Postenwallstr. 7, 1. 2c.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend sind zu richten an: Germania 3 a n, Schönhauser Allee 177 c.

Dienstag, 25. August abends: 1. „Arbeits“ (Arbeiter) Photographenverein „Vorwärts“ Lodenwandstr. 19. 2. „Arbeits“ (Arbeiter) Verein 1890“ Lindenstraße 71. 3. „Arbeits“ (Arbeiter) Verein 1890“ Lindenstraße 71.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend von 7-8 Uhr abends statt.

Freig.-Arc. Daß uns der Lauf des Lichtes als Zickzack erscheint, beruht auf einer optischen Täuschung; durch Momentphotographien ist erwiesen, daß der Licht sich in geraden und Schlangenlinien bewegt. Maschinell Einfluß der Sonnenflecke auf die Witterung berichtet wird, beruht auf wenig haltbaren Muth-maßungen. Die Frage läßt sich nicht beantworten.

Chemnitz. Es wäre wohl Ehre für das Buchblättchen, wenn wir uns mit ihm in eine Polemik einlassen wollten. Das läßt man freuchen.

100 R. 3. 1. Ein Züchtigungsrecht der Dienstherrschaft gegenüber dem Gesinde besteht in fast ganz Deutschland mit Ausnahme: der Rheinprovinz, Frankfurt a. M., Anhalt, Baden, Hamburg, Bremen, Ostf.-Volzhagen, Großherzogthum Hessen, des Fürstentums Württemberg, des platten Landes beider Mecklenburg und Waldeck. Das Züchtigungsrecht ist entweder ausdrücklich anerkannt oder durch Verweigerung des Rechtsweges gegen seiten der Herrschaft ererbte Verleumdungen und Thätlichkeiten ausgedrückt. Dies Recht des Gesindes, schuldig geprügelt und beleidigt zu werden, ist in den §§ 77-79 der für den größten Theil Preussens gültigen Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810 enthalten. Derselben lauten: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Horn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern. Auch solche Ausdrücke der Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der Geringschätzung erkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermuthung, daß sie die Ehre des Gesindes dadurch habe kränken wollen. Außer in dem Fall, wenn das Leben oder die Gesundheit in gegenwärtiger und unvermeidlicher Gefahr geräth, darf es sich der Herrschaft nicht thätlich widersetzen.“ Statt des hierdurch auf indirektem Wege geschaffenen Züchtigungsrechts der Herrschaft, wollten die Junker ein direktes, ausdrückliches Züchtigungsrecht in gleicher Weise, wie es dem Gesinde „Unterthan“ gegenüber ihnen durch folgende Bestimmung bis dahin eingeräumt war: „Die Ertheilung der Stockschläge ist geschwidrig, dagegen aber der Gebrauch einer ledernen Peitsche erlaubt, mit welcher auf dem Rücken über die Kleider eine mäßige Anzahl von Hieben gegeben werden kann.“ Suarez, der Vater des Landrechts, meinte jedoch, die erwähnten Bestimmungen der §§ 77 und 78 ließen dem richterlichen Ermessen Raum genug, das sich ohne hin immer auf die Seite der Herrschaft neigen wird.“ Die Rechtsprechung hat seine Ansicht nicht zügen gestraft. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat, wie aus den Ausführungen in der Kommission und im Plenum hervorgeht, vom 1. Januar 1900 ab beide Sorten des Züchtigungsrechts aufgehoben. Geblieben ist aber das Ausnahmerecht, das Diensthofen wegen Nicht-erfüllung ihrer Vertragspflicht, zu der es auch gehören soll, zu bilden, die seiten der Herrschaft ihm angefügt werden, „mit Ehrverletzung und Bescheidenheit anzunehmen“ ins Gefängnis gesperrt werden können. Die Befreiung dieses und aller anderen Ausnahmeregeln gegenüber dem ländlichen und häuslichen Gesinde verlangt ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Fraktion, der voraussichtlich noch im Winter zur Verathung gelangt. Das Polizeiblatt, an das Ihre Bekanntschaft sich gewendet hatte, hat also gelogen, wenn es das Verheben eines Züchtigungsrechts in Abrede stellte. 2. Was Sie unter der „Ostervolte“ verstanden wissen wollen, ist und nicht ersichtlich.



**Achtung! Maurer. Achtung!**  
 Donnerstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Röllig,  
 Neue Friedrichstr. 44:

**Öffentliche Bandedputirten-Sitzung.**  
 Zum regen Besuch ladet ein  
**Die Lohnkommission.**

NB. Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 21. August ist die Lohnkommission auf 2 Mann  
 reduziert und wird die Thätigkeit wie folgt geregelt: Bureaustunden sind von 9-11 Uhr vormittags und von 6-8 Uhr  
 nachmittags. Die übrige Zeit wird zum Kontrollieren der Bauten benutzt.  
 Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 (Zahlstelle Berlin).

Dienstag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr,  
 in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 Kassenbericht vom 2. Quartal. — Bericht des Vorstandes, der Werkstatt-  
 Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. — Erfahrungswahlen zum Vor-  
 stande. — Anträge.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Große öffentliche Versammlung**  
 der  
**Schmiede Berlins u. Umgegend**  
 am Mittwoch, 26. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann,  
 Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:  
 1. Der moderne Rechtsstaat und das Koalitionsrecht. Referent Paul  
 Jahn. 2. Besprechung über den Beschluß der Lohnkommission vom 8. August.  
 3. Verschiedenes.  
 Die Lohnkommission.

**Achtung! Maurer. Achtung!**

Am **Mittwoch**, den 26. August, abends 8 Uhr:

**Zwei große Versammlungen**  
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer  
 Berlins und Umgegend.

Die erste im Lokale **Süd-Ost**, Waldemarstraße 75,  
 bei Bröder.  
 Die zweite im Lokale **Gwinemünderstr.** 75, bei Hübner.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:  
 1. Ist der Kampf um den Neunstundentag ein Klassenkampf  
 und wie ist es möglich, den Sieg zu erringen? 2. Diskussion.  
 3. Verschiedenes.  
 Kollegen, wenn Ihr es ernst meint mit dem Neunstundentag, so seid  
 ihr verpflichtet, alle in diesen Versammlungen zu erscheinen.  
 Der Vorstand.

**Buchbinder!**

**4 große öffentliche Versammlungen**  
 sämtlicher in  
 Buchbindereien beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Dienstag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr:  
 in Königshof, Bülowstraße 57, und bei Henke, Haunstraße 27.

Mittwoch, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr:  
 bei Zubeil, Lindenstraße 106, und bei Gröndel, Brunnenstraße 188.

Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:  
 1. Bericht der Lohnkommission über die aufzustellenden Forde-  
 rungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Referenten: W. Tilger, P. Schneider und Frau Graßenberg.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Lohnkommission.

**Große öffentliche Versammlung**  
 sämtl. Droschkenkutschler  
 Berlins und Umgegend

am **Dienstag**, den 25. August, abends 9 Uhr, im Englischen  
 Garten, Alexanderstraße 27c:

Tages-Ordnung:  
 1. Die Vorschläge des Dr. Quart zu Frankfurt a. M. zur Förderung  
 der Gewerkschaftsbewegung und sind wir mit ihnen einverstanden? Referent:  
 W. Schütte. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Kollegen, beweist durch Euren zahlreichen Besuch, daß es Euch Ernst  
 ist mit der Förderung der Gewerkschaftsbewegung und erscheint Mann für  
 Mann in dieser Versammlung.  
 Die Vertrauensmänner. J. A.: H. Schultz.

**Achtung! Gürtler. Achtung!**

Mittwoch, den 26. August 1896, abends 8 1/2 Uhr, in Henke's  
 Salon, Haunstraße 27:

**Große öffentl. Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Timm über: „Die Gewerkschaftsfrage auf  
 dem Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in London“.  
 2. Diskussion. 3. Bericht über: „Unsere augenblicklichen Verhältnisse“. 4. Ver-  
 schiedenes.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen unbedingt notwendig.  
 Der Vertrauensmann der Gürtler,  
 Richard Heinrich, Wienerstr. 61.

**Max Richter, Grüner Weg 65,** Vereinsgeschäst,  
 Bilder, Büsten, Säulen,  
 (Marx, Engels, Lassalle) jeder Größe nebst Bildereinführung. Saal-  
 decoration, Stocklaternen etc. en gros und en detail.  
 5262L\*

**6 Pfund Albrecht's**  
 Brot für  
 50 Pfennig **Bäckerei,**  
 liefert Wrangel-Strasse 8.  
 Langestr. 26, Falckensteinstr. 2.

**Fruchtweine**  
 Johannisbeerwein, weiß und rot, Stachel-  
 beerwein, Heidelbeerwein 2 Pf. (1/2 Liter) 75 Pf.,  
 2 Liter 1 Mark 25 Pf.



Rohstoffe der Berliner Groß-Textilfabrik  
 Berliner Gewerbe-Ausstellung  
 Messr. Hiesbach-Gallstelle, Maschinenausp. 1.  
**Eugen Neumann & Co.**  
 Detail-Verkaufsläden:  
 Belle-Alliancepl. 6a, N. Friedrichstr. 81, Cranien-  
 straße, Gendarmenpl. 29, Potsdamer-Platz 7.

Sonnabend: Resterverkau  
 Beachtenswert für Schneider  
 [5568L\*]

**August-Delettoffstoffe**  
**Brenner & Cie.**  
 Alte Jakobstr. 57/59.  
 Jedes Maß zu Engrospreisen.

**Möbel-Verkauf**

des Möbelspeichers Rosenthaler Strasse 13.  
 Wegen beabsichtigter Vergrößerung meiner  
 Räumlichkeiten verkaufe ich mein Warenlager  
 zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Um-  
 sätze und für Brautleute ist somit die einzig  
 reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, so-  
 wie einzelne Stücke gebiegen und billig ein-  
 zukaufen. Man lasse sich nicht durch unbillige  
 Anpreisungen blenden, sondern besichtige sich  
 die Möbel, welche man kaufen will, genau und  
 vergleiche dieselben mit meinen nur gebiegenen  
 Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Ver-  
 kaufe ganz Einrichtungen, sowie einzelne Stücke  
 ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbels-  
 händler. Nach größtem Lager gebrauchter und  
 vertieften gewöhnlicher Möbel zu wahrhaften  
 Spottpreisen: Kleiderständer 15 Mark, Aufbaum-  
 Kleiderständer 20, Büschel-Kleiderständer 25,  
 Kommode 2, Sopha 16, Bettstelle mit Sprun-  
 federmatratze und Keilkissen 18, Spiegel 9,  
 Stühle 2, Aufbaumtrümmel mit Stuhl 20,  
 Tischgarnitur 50, neue, hochfeine Tisch-  
 garnitur 100 Mark. Hochfeine Aufbaum- und  
 Mahagoni-Möbel (Kochtisch). Auch gebe ich  
 Einrichtungen auf Totalzahlung. Kein Ab-  
 zahlungsgeld. Eigene Tapezierwerkstätten,  
 vier große Möbelspeicher. Gebaute Möbel  
 können sofort auf meinen Lagerplätzen  
 3 Monate stehen bleiben und werden dann  
 durch eigene Weipanne sauber transportiert und  
 aufgestellt, auch nach außerhalb.

**Sophastoffe**  
 auch **Reste**  
 in Nips, Damast, Eröpe,  
 Phantast, Gobelin und  
 Plüsch spottbillig!  
 Proben franko!  
 in allen Qualitäten zu  
 Fabrikpreisen.

**Läuferstoffe**  
**Emil Lefèvre, Berlin S.,**  
 Granienstraße  
 158.

**Haben Sie Wanzen? Haben Sie Schwaben?**

Dann ist es Ihre Schuld! — Verwenden  
 Sie doch R. Hoffers Spezialmittel, welche  
 diese Thiere u. ihre Brut sofort tödten  
 und ihr Wiederkommen verhindern.  
 Dose 50 Pf. und 1 M. beim Erfinder  
**Rud. Hoffers, Mantelstr. 87 u.**  
**Reichenbergerstr. 55.**

**Rohtabak.**

Grösste Auswahl! Billigste Preise.  
 Sämtliche Fabrikations-Methoden.  
**Heinrich Franck,**  
 Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
 Dienstag, 25. August, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen,  
 Beuthstr. 20-22:

**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über Rechte und Pflichten der  
 Staatsbürger. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.

**Verband aller in der Metallindustrie**  
 beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgegend.

Mittwoch, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal  
 von C. Fischer, Beusselstr. 9:

**Bezirks-Versammlung**  
 für Moabit und Charlottenburg.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Dr. J. Jost: Religion und Sittlichkeit im  
 Lichte der Naturwissenschaft. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten  
 und Verschiedenes.  
 Gäste haben Zutritt!  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.

**Louisenstädtisches Klubhaus**

Annenstr. 16. Telephon: Amt VII No. 3733. [5568L\*]  
 Empfehle meinen Saal zu Festlichkeiten und Versammlungen zur  
 unentgeltlichen Benutzung. Vereinszimmer jeder Größe zu Vorstand-  
 sungen und Arbeitsnachweisen sind noch zu vergeben. Gleichzeitig empfehle  
 ich meine Restaurationsräumlichkeiten zum gemüthlichen Aufenthalt und  
 werde ich für gute Speisen und Getränke zu billigem Preise bester Sorge  
 tragen. Um vielseitigen Zuspruch bittet  
 Hugo Grosse.

**Cohn's Festsäle**

Beuthstr. 20 (im Industriegebäude).  
 Empfehle meine  
**Festsäle (100-1000 Personen fassend)**  
 zu Versammlungen und Vergnügungen zu den billigsten  
 Bedingungen. Vereinszimmer von 20-100 Personen.

**8 Tage zur Probe**

bestellt der Unterzeichnete 1 Stück No. ...., und kann der Betrag per  
 Nachnahme erhoben werden, dagegen verpflichtet sich die Firma  
 Kirberg & Comp. das Instrument, nachdem solches 8 Tage geprüft  
 und nicht gefällt, per Nachnahme des sämtlich ausgelegten Geldes  
 retour zu nehmen, sodass dem Besteller kein Pfennig Kosten entstehen.  
 Ort ..... Name .....

**Doppel-Feldstecher „Sport“**



**Fernrohre für 1 Auge**

No. 25 mit 4 Linsen und 3 Auszügen,  
 Starke Vergrößerung, aus  
 gepresstem Carton, unter Garantie  
 per Stück 3,20 Mark;  
 Zahlreiche  
 Dankeschreiben.  
 No. 80  
 mit  
 6 Linsen,  
 achromatisch, und  
 3 Auszügen, ganz aus  
 Messing, Körper mit Leder über-  
 zogen, in Etuis, starke Vergrößerung.  
 per Stück 6,- Mark.

Preis-Katalog sämtlich. Fernrohre, Feldstecher, Operngläser,  
 Lupen, Microscope, sowie sämtlicher Solinger  
 Messerwaaren, Scheeren, aller Arten Schusswaffen, versenden an  
 Jedermann umsonst und portofrei.

**Kirberg & Comp. in Gräfrath bei Solingen.**  
 Ältestes Geschäft dieser Art am Platze.

Zum Verzweigen ist es, beinahe unverwundlich sind die Wanzen;  
 gründliche Ausrottung nur noch mit einem tatsächlich sicheren Mittel mög-  
 lich. Soviel wir wissen, ist das Concentrirte **WANZEN-FLUID** das einzige  
 derartige Mittel, da es nicht nur die Wanzen auf der Stelle tödtet, sondern  
 auch die Nester derselben zerstört. Dasselbe ist jedoch, ebenso wie das  
 gegen die Schwaben als wirklich radikal bekannt **POUDRE MARTIAL** unter  
 Garantie nur direkt beim Fabrikanten selbst, Herrn Otto Reichel, Eisen-  
 bahnhofstr. 4, in Flaschen zu 50 Pf., 1,-, 2,- und 3,- M. nebst Spritz-  
 apparat zu 50 Pf. erhältlich, und wird jede schriftliche oder telephonische Be-  
 stellung hier selbst nach jeder Wohnung frei geliefert.

**B. Günzel, Lothringertstraße 52.** Spezialität: Portraits  
 sozialistischer Führer,  
 Lassalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Hüften  
 Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisstempel.)

**Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof**  
 (Ecke Neue Promenade) **Börse.**

Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum  
**Ausverkauf:**  
**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
**Fertige Wäsche! Leinwandwaren!**  
 zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.  
 5598L\*